

Handwritten text at the top of the page, possibly a date or page number.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 16. August 1983 - D ***

Nr. 189 - 33. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Ausg. Springer Verlag AG, Postl. 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Westdeutsche Zeitung, Postl. 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Hamburg (040) 347-1 - Faksimile an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Mr. Dänemark 8,00 Skr. Frankreich 8,50 F. Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 66 p. Italien 1200 L. Jugoslawien 100,00 Din. Luxemburg 28,00 Lit.
Niederlande 2,00 fl. Norwegen 7,50 Nkr. Österreich 13,50 S. Portugal 100 Esc.
Schweden 6,50 Skr. Schweiz 1,00 Sfr. Spanien 165 Ptas. Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitszeit: Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wurde nach Erhebungen des Ifo-Instituts mehr zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen als die Reduzierung der Wochenarbeitszeit. Nach Infratest wollen nur 39 Prozent der Metall-Arbeitnehmer weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten.

Papst in Lourdes: Mit rund 200 000 Gläubigen hat Papst Johannes Paul in Lourdes eine Messe zelebriert. Wegen Bombenanschlägen vor dem Besuch waren strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden.

USA und Mexiko uneins: Die Präsidenten Reagan und de la Madrid haben sich zwar gemeinsam für Selbstbestimmung und Nicht-Intervention in Zentralamerika ausgesprochen, beurteilen die Lage in Nicaragua und die US-honduranischen Manöver jedoch unterschiedlich.

Shmitt bleibt: Der amerikanische Außenminister hat Berichte über angebliche Rücktrittsabsichten dementiert.

Shamir in Bagdad: Israels Außenminister ist in Rumänien eingetroffen, dem einzigen Ostblockland, das seine diplomatischen Beziehungen zu Israel nach dem Krieg 1967 nicht abgebrochen hatte.

Kämpfe in Libanon: Die Gefechte zwischen linken Drusen-Milizen

35-Stunden-Woche kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit

Ifo-Studie: Senkung der flexiblen Altersgrenze entlastet Arbeitsmarkt

Ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der deutschen Wirtschaft würde nach einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung kaum nennenswerte Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit haben. Eine Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre könnte dagegen bis 1985 zu einem Abbau der Arbeitslosenquote um fast 350 000 führen.

Bei der im Auftrag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgenommenen Umfrage wurde zunächst eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde beziehungsweise - verteilt auf zwei Jahre - um zwei Stunden zugrunde gelegt, bei vollen Lohnausgleich sowie einer Tarifanhebung innerhalb der Inflationsrate. Danach würden in der Industrie bei einer 35-Stunden-Woche nur etwa 25 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, bei 38 Stunden lediglich 50 000.

Im Baugewerbe würden gar bei einer einstündigen Arbeitszeitverkürzung nur 4000 Arbeitsplätze zusätzlich eingestellt werden, bei einer Reduzierung um zwei Stunden gerade

10 000. Angesichts von sieben Millionen Industrie- und rund 650 000 Bau-Beschäftigten sind dies verschwindend geringe Größenordnungen.

Als Grund hierfür nannte das Institut nach der Befragung von rund 4000 Betrieben, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in der Industrie nur zu etwa 14 Prozent durch Einstellung

trotz der dann notwendigen weiteren Rationalisierung deutlich überwiegen.

In einer zweiten Umfrage bei rund 11 100 Industrie-, Bau- und Handelsfirmen stellte das Ifo-Institut im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit drei Ruhestandsmodelle zur Wahl: Eine Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre und alternativ dazu zwei sogenannte Teilruhestandsregelungen mit nur noch 30 beziehungsweise 20 Arbeitsstunden pro Woche ab dem 55. Lebensjahr. Dabei wurde vorausgesetzt, daß den Firmen "keine ins Gewicht fallenden Kostenbelastungen" entstehen.

Bei der Senkung der flexiblen Altersgrenze nahm das Institut an, daß die Hälfte der 58- und 59-Jährigen sowie zwei Drittel der 60- bis 62-Jährigen Arbeitnehmer ausscheiden würden. Von 1983 bis 1985 könnte damit fast eine Million älterer Arbeitnehmer zusätzlich in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Laut Ifo würden zwar bei weitem nicht alle freien Arbeitsplätze wieder besetzt werden. Allerdings könnte knapp eine halbe Million

SEITE 6:
„Ruhestand nach freier Wahl“

von zusätzlichem Personal ausgeglichen würde. Dagegen würden mehr als 60 Prozent des Arbeitsmarktes durch zusätzliche Rationalisierungsaufhebungen

Nur acht Prozent der Firmen sähen sich bei einer 35-Stunden-Woche veranlaßt, neue Vollzeitkräfte für die Produktion einzustellen, weitere drei Prozent Teilzeitkräfte und immerhin elf Prozent Arbeitnehmer mit zeitlich befristeten Verträgen. 84 Prozent der Industriebetriebe würden dagegen in erster Linie zur Rationalisierung greifen.

Die negativen Effekte einer kürzeren Wochenarbeitszeit werden nach Auffassung der befragten Firmen

Fortsetzung Seite 6

Papst warnt vor modernen Strömungen

Er prangert Einschränkungen der Religionsfreiheit an / Mariendogmen bekräftigt

Papst Johannes Paul II. hat gestern am zweiten und letzten Tag seiner Pilgerreise nach Lourdes vor 180 000 Gläubigen dazu aufgerufen, während des im April zu Ende gehenden heiligen Jahres den 2000. Geburtstag der Jungfrau Maria zu feiern. Er ermahnte die Pilger, sich nicht durch moderne Strömungen von der kirchlichen Lehre abbringen zu lassen. Dabei unterstrich er nachdrücklich die Gültigkeit der beiden Dogmen von der Unbefleckten Empfängnis Mariens und der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel sowie die Bedeutung der Einzelbeichte und verurteilte die Tendenz der heutigen Zeit, die Begriffe der „Sünde zu relativieren“.

Am Vorabend hatte der Papst in ungewöhnlich scharfer Form Einschränkungen der Religionsfreiheit kritisiert. Nach Angaben aus Kirchenkreisen meinte er damit in erster Linie die osteuropäischen Länder, ohne diese jedoch ausdrücklich zu nennen. Er kritisierte, daß Hunderttausende Christen wegen ihres Glaubens dauernden Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt seien.

Vor mehreren tausend Gläubigen hatte der Papst zugleich vor den Gefahren der Gewalt gewarnt. „Heute werden zu Gefängnis, Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Ausweisung aus dem eigenen Land andere Arten der Bestrafung hinzugefügt, die weniger auffällig, aber ausgeprägter sind“, sagte Johannes Paul.

Der Papst forderte die Walfahrer dazu auf, nicht nur für alle Verfolgten zu beten, sondern auch für die Mißhandelten und Gedemütigten, für die Unterdrückten, Arbeitslosen und die Einsamen.

SEITE 2:
Gesundheit und Glaube

fahren gewarnt, die dem Menschen von der Gewalt drohen. „Heute werden zu Gefängnis, Konzentrationslager, Zwangsarbeit und Ausweisung aus dem eigenen Land andere Arten der Bestrafung hinzugefügt, die weniger auffällig, aber ausgeprägter sind“, sagte Johannes Paul.

Am Sonntag war der Kirchenführer von dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand begrüßt worden. Wie Mitterrand nach der Unterredung mitteilte, stand dabei das Vertrauen im Mittelpunkt der von beiden Seiten ausgedrückten Sorgen. Der Papst habe ihm außerdem von seinem Besuch in Polen berichtet. Zu den Gegensätzen zwischen Kirche und Staat in Frankreich wegen der geplanten Verstaatlichung der katholischen Schulen und der Gesetzgebung über den Schwangerschaftsabbruch sagte Mitterrand lediglich, jede Seite habe ihre eigenen Auffassungen.

Nach den beiden vorhergegangenen Anschlägen konnte ein dritter Brandanschlag, der vermutlich im Zusammenhang mit dem Papst-Besuch stand, auf die St. Etienne-Kathedrale in Toulouse vereitelt werden.

Mexiko warnt USA vor „Feuersbrunst“

Gipfel in La Paz: Reagan betont Forderung nach Selbstbestimmung in Mittelamerika

US-Präsident Ronald Reagan ist es bei seinem Besuch in Mexiko nicht gelungen, seinen Amtskollegen Miguel de la Madrid für die Mittelamerika-Politik Washingtons zu gewinnen. Einige Beobachter vertreten nach der Begegnung im Badeort La Paz sogar die Auffassung, daß sich die konträren Ansichten beider Seiten über Ursachen und Wege zur Lösung der Krise in der Region noch verhärtet haben.

Unter Anspielung auf die amerikanischen Manöver in Mittelamerika sagte Miguel de la Madrid, er habe Reagan gewarnt, daß die „Zuschauung von Gewalt und Stärke“ eine „Feuersbrunst“ in der Region entfachen könnte. Sie müsse einem politischen Dialog zwischen den USA sowie Kuba und Nicaragua Platz machen.

Der mexikanische Präsident, der freundschaftliche Beziehungen zu

SEITE 2:
Afghanistan und Nicaragua
Welche Bedrohung auf
den Balkan 4 und 5

Zentralamerika teil. „Wir wünschen, daß seine Völker, unsere Brüder, Herren ihres Willens und ihres Schicksals sind.“

US-Außenminister George Shultz, der teilweise an den mehrstündigen Gesprächen teilgenommen hatte, räumte ein, daß unterschiedliche Ansichten über Zentralamerika in „technischer Hinsicht“ bestünden. Reagan selbst gab in einer Erklärung

vor Journalisten kein Abweichen von seiner bisherigen Mittelamerika-Politik zu erkennen. In Gegenwart der la Madrid sagte er, die USA unterstützen El Salvador beim Widerstand gegen linksgerichtete Eindringlinge, da das „Prinzip der Selbstbestimmung für die Bürger der Vereinigten Staaten ebenso bedeutsam wie für jeden anderen“ sei. „Wir haben für eben dieses Prinzip Kriege geführt“, sagte Reagan. „Wir glauben, daß die Menschen in der Lage sein sollten, ihre eigenen Lösungen zu bestimmen, und das ist der Grund, warum wir dem Ersuchen um Hilfe entsprochen haben.“

Reagan bekräftigte die Haltung Washingtons, daß eine Lösung für die Krisenregion auf der Einrichtung demokratischer Institutionen, der Beendigung der Unterstützung „subversiver Elemente“ und dem Abzug ausländischer Militärs gestützt sein müsse.

Hanoi bezahlt mit Zwangsarbeitern

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Mit dem Export menschlicher Arbeitskräfte versucht Vietnam zur Zeit seine Schulden in der Sowjetunion abzutragen und die laufende Wirtschaftshilfe Moskaus zu bezahlen. Mehr als 100 000 Vietnamesen müssen Zwangsarbeit in sowjetischen Fabriken und Baustellen leisten. Mehr werden folgen, heißt es in Berichten der „Stimme Vietnams“. Denn das im April 1981 geschlossene Arbeiter-Kooperationsabkommen zeige „positive Auswirkungen auf den Aufbau Vietnams“. Dies dürfe sich darauf beziehen, daß Moskau seine Wirtschaftshilfe in den vergangenen zwei Jahren verstärkt hat.

1981 markierte den Beginn der laufenden Fünfjahrespläne der Comecon-Länder. Da Hanoi 1978 dem Comecon beigetreten ist, wurde seine Wirtschaft in die Ostblockentwicklung integriert. Dies dokumentiert sich in einer Reihe von Vertragsabschlüssen, an denen auch die Arbeiter-Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion und dem Ostblock zu sehen sind. Ein solches Abkommen wurde im vergangenen Jahr zwischen Hanoi und Moskau geschlossen. Es sieht die gegenseitige Unterstützung bei der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zum Wissensaustausch und Zahlungsverkehr.

Trotz der propagandistischen Lobesänge Hanois auf „gegenseitige Unterstützung“ und „die sich laufend verstärkende Kooperation“ muß Vietnam mit allem, was es hat, zahlen. Kaffee, Tee, Kautschuk, frische Früchte, Kohle werden jetzt fast ausschließlich in die Länder des Comecon exportiert, primär in die Sowjetunion. Doch das Volumen dieser Ausfuhren deckt nur einen geringen Teil der Schulden Vietnams ab, die westliche Experten auf drei bis 4,5 Milliarden US-Dollar schätzen. Dazu kommen die laufenden Neubelastungen. Die rückzahlbare Sowjethilfe entspricht einem Dollarwert von etwa 850 Millionen pro Jahr.

Hanoi setzt inzwischen große Hoffnungen auf Öl und Gas. 5000 sowjetische Experten arbeiten an der Offshore-Exploration östlich von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon. Wann das Öl fließen wird, ist aber fraglich. Einstweilen erweist sich die Arbeiterverflechtung als das sicherste Zahlungsmittel Hanois. Finanzdaten sind jedoch ein streng gehütetes Geheimnis. Darüber zu sprechen, käme dem Eingeständnis eines Sklavenhandels gleich.

plätzen in der Sowjetunion. Im ersten Jahr, so die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, lernen die Vietnamesen die russische Sprache und ihren Beruf. In weiteren vier bis fünf Jahren sollen sie am Arbeitsplatz ihre Qualifikation verbessern und Erfahrungen sammeln.

Sechs Jahre also, um zum „qualifizierten Arbeiter“ zu werden? Aus Briefen geht hervor, daß die Vietnamesen freie Unterkunft und Verpflegung während der ersten drei Jahre erhalten. „Taschengeld“ erhalten sie nicht. Die Vietnamesen dürfen einen „Teil“ ihres Lohns nach Hause schicken. Ungelöst ist, warum nur einen Teil und zu welchem Wechselkurs. Besonders heikel ist die Frage nach dem Ort der Arbeitsplätze. Vietnamesen, die im westlichen Ausland leben, behaupten, daß ihre Landsleute auch am Röhrenbau für sibirisches Erdgas nach Westen arbeiten. Vor allem Vietnamesen, die von den Umerziehungslagern Hanois in die Sowjetunion kamen.

In der Sowjetunion, so sagen die Ex-Vietnamesen, lebten ihre Landsleute „noch schlechter und noch gefährlicher“ als zu Hause. Sowohl Moskau als auch Hanoi haben diese Behauptungen dementiert.

DER KOMMENTAR

Weniger arbeiten

GÜNTHER BADING

Noch haben die Tarifkommissionen der Gewerkschaften nicht getagt. Noch weiß niemand, wie konkret die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, nach der 35-Stunden-Woche gar, aussehen wird. Dennoch hat die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung emotionale Züge angenommen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden würde den Arbeitsmarkt gar gewaltig entlasten, hörte man vom DGB und aus der in dieser Frage an der Spitze marschierenden IG Metall. Zu teuer, mindestens 18 Prozent mehr Lohnkosten, argumentierten die Arbeitgeber.

Mit der jetzt vom Münchner Ifo-Institut vorgelegten Studie ist es vorbei mit Glauben und Nicht-Wissen. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bringt kaum eine Entlastung der schwierigen Arbeitsmarktlage. Dagegen sei das bei der Lebensarbeitszeit-Verkürzung der Fall, etwa durch Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze auf 58 Jahre.

Die IG Metall, und in ihrem Gefolge andere Gewerkschaften, haben für 1984 den Einstieg in die 35-Stunden-Wo-

che als tarifpolitisches Ziel proklamiert. Sie werden wegen der Ifo-Studie auf diesem Weg nicht umkehren; auch dann nicht, wenn man ihnen die parallel veröffentlichte Infratest-Umfrage vorhält, wonach nur 39 Prozent der Metall-Arbeitnehmer weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten wollen; 54 Prozent wollen alles beim alten lassen.

Ein Gutes sollte die Münchner Studie jedenfalls haben. Die Diskussion wird sich entkrampfen, fällt doch künftig das stets mit dem Unterton moralischer Entrüstung vorgetragene Arbeitsmarkt-Argument weg. Ifo hat die IG-Metall-Forderung auf ihren wahren Gehalt reduziert: Man will für dasselbe Geld weniger arbeiten. Nichts anderes.

Neue Bedeutung bekommen jetzt andere Modelle der Gewerkschaften, so der „Döding-Plan“ des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten und die konkret auf Lohnverzicht zugunsten von Arbeitsplätzen hinauslaufenden Vereinbarungen der IG Chemie. Was noch fehlt, ist ein Rahmengesetz, das Tarif-Renten-Modelle, die dann den Arbeitsmarkt wirklich entlasten, möglich macht.

Ben-Ari: Freundschaft trotz Kritik

dpa, Bonn

Israel sieht das deutsche Eintreten für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht und die Kritik an der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland als Unannehmlichkeiten zwischen Freunden, die das allgemeine gute Verhältnis nicht belasten. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa sagte der israelische Botschafter in Bonn, Yitzhak Ben-Ari: „Es gibt Differenzen in diesen und einigen taktischen Fragen, aber insgesamt sind die deutsch-israelischen Beziehungen freundschaftlich.“ Ben-Ari wertet die am 31. August beginnende Israel-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl als „richtigen und bedeutenden Schritt“.

Der Botschafter stimmte mit Bundeskanzler Kohl darin überein, daß die guten Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Israel nicht zu Lasten der arabischen Welt gehen sollten. Eine Politik des „Entweder-Oder“ sei falsch.

Ben-Ari erwartet von den Gesprächen Kohl mit Ministerpräsident Begin keine besonderen Probleme. Wichtig sei vor allem, daß sich der Bundeskanzler ein Bild von der „Wirklichkeit der israelischen Existenz“ mache. Dies könne dazu beitragen, daß sein Verständnis für das israelische Sicherheitsbedürfnis und die Notwendigkeit wachse, sich verteidigen zu müssen. Befriedigt äußerte sich Ben-Ari darüber, daß Bonn und seine EG-Partner wieder zu einer „vernünftigen“ Nahost-Politik zurückgekehrt seien, die die Realitäten berücksichtige, und auf „kompasse Erklärungen“ wie in Venedig 1980 verzichteten.

Chiles Regime will Wahlen zum Kongreß vorverlegen

Zugeständnis Pinochets nach dreimonatigen Unruhen

AP, Santiago
In Chile sollen die für 1990 in Aussicht gestellten Wahlen nach den Worten des neuen Innenministers Sergio Onofre Jarpa schon „viel früher“ abgehalten werden. In einem jetzt veröffentlichten, aber schon am Donnerstag, dem ersten Tag der blutigen unterdrückten Proteste gegen das Militärsystem gegebenen Interview, sagte der Minister: „Ich kann nicht sagen, wann, aber schon vor 1990 werden wir einen gewählten Kongreß haben.“ Die Verwirklichung politischer Gesetze, die dafür erforderlich seien, werde „sehr viel früher“ beginnen als dies vorgesehen war.

In Santiago wurden seine Äußerungen als erstes Anzeichen größerer politischer Zugeständnisse nach drei Monaten wachsenden Widerstands gegen den diktatorisch regierenden Staatspräsidenten General Augusto Pinochet gewertet. Bei den jüngsten Unruhen waren 24 Menschen ums Leben gekommen.

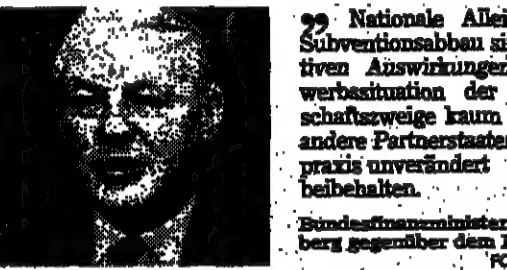
Der bisherige Terminplan sah vor, daß Pinochet bis 1989 regiert. Dann sollte die vierköpfige Militärjunta,

der der Präsident nicht angehört, ein neues Staatsoberhaupt einsetzen, welches per Volksabstimmung im Amt bestätigt werden muß. Kongreßwahlen sollten dann für das folgende Jahr - 1990 - vom neuen Präsidenten ausgeschrieben werden.

Daß sich die Bevölkerung von der angekündigten Vorverlegung der Kongreßwahlen beschwichtigen läßt, wird in Santiago allgemein ausgeschlossen. Die Opposition beharrt darauf, daß es keinen Frieden ohne „Dialog unter Gleichen“ geben könne, und zwar über alle Fragen einschließlich der Pinochet noch vorbleibenden Amtszeit.

Immer häufiger werden Befürchtungen laut, daß es aus dem Teufelskreis von politischer Gewalt und Unterdrückung in Chile keinen Ausweg mehr gibt. Erstmals seit dem Militärputsch gegen den gewählten Präsidenten Salvador Allende vor einer Jahrzehnt wird in Kreisen der Regierung, der Opposition und der Kirche ernsthaft über die Möglichkeit diskutiert, daß es in dem Land einen Konflikt mit lateinamerikanischen Stils geben wird.

ZITAT DES TAGES



Fotografieren des Bundeskanzlers

Gerhard Stoltenberg gegenüber dem Journalisten

FOK: JUPP DASCHINGER

WIRTSCHAFT

Benzinpreis: Texaco erhöht wieder um drei Pfennig pro Liter wegen des hohen Dollarkurses.

Kapazitäten: Auslastung der deutschen Industrie trotz sinkender Auftragsreserven im zweiten Quartal laut Ifo-München von 76 auf 77,8 Prozent gestiegen (Vorjahresniveau 77,1 Prozent).

Investitionen: Der Dienstleistungssektor (Gastgewerbe, Verlage, Beratungen usw.) hat 100 000 neue Arbeitsplätze seit 1973 geschaffen, teilt Ifo-Köln mit. Es gebe also keine „allgemeine Investitionsthemie“, obwohl „rechnen“ sich die Investitionen von 1973 eine Investitionsmenge von 200 Milliarden DM (= 1,9 Millionen Arbeitsplätze) bestünde.

Hoechst: Im zweiten Halbjahr weltweit Gewinnsteigerung um 44

Prozent auf 804 Millionen DM vor Steuern. Umsatz mit 18,14 Milliarden DM um 1,2 Prozent höher als Vorjahresniveau.

Deutscher Ring: Beitragsvolumen mit 210 Millionen DM im ersten Halbjahr um zehn Prozent über Vorjahresniveau.

Kreditkredit USA: Trotz hoher Zinsen kräftiger Anstieg. Im Juni um 4,41 Milliarden Dollar netto gestiegen (Mai: 2,7; April: 2,3).

Börse: Die Erholung an den deutschen Aktienmärkten: machte zum Wochenbeginn weitere Fortschritte. Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen bis zu 0,55 Prozent befristet. WELT-Aktienindex 1413,3 (138,9); Dollarmittelkurs 2,7114 (2,7278) Mark; Goldpreis je Feinunze 416,00 (411,50) Dollar.

KULTUR

Fisch: Ein 30-jähriger sowjetischer Geologe, der sich zu wissenschaftlichen Untersuchungen in Spitzbergen aufhielt, hat sich nach Norwegen abgesetzt.

SPORT

Football: Der Nationalspieler Rudi Völler vom VfB Stuttgart wurde zum „Fußballer des Jahres 1983“ gewählt. Auf den weiteren ersten Platz folgte der Hamburger Magath, Hübner und Rolf.

Motorsport: Porsche und BMW dementierten Gerüchte, daß sie 1984 mit eigenen Werksmannschaften in der Formel 1 starten werden. Beide wollen weiter Turbo-Motoren für die Formel 1 produzieren.

AUS ALLER WELT

Ölpest: Badestrände im Südosten Englands werden durch einen zehn Kilometer breiten Ölteppich bedroht, vermutlich aus Raffinerien in der Themsemündung.

Anschläge: Geringer Schaden durch eine Bombe auf das kommunale Rechenzentrum Göttingen.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: In wessen Auftrag? Kommentar von Eberhard Nitschke zur Ausländerfrage. S. 2

Berlin: Die neuen Bistrot-Cafés: Frühstück gibt's auch abends um elf. S. 3

Wie war das? Als die Vollbeschäftigung noch selbstverständlich war. S. 3

Schleswig-Holstein: Hamburg und die Abhängigkeit von den Nachbarn. S. 4

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 5

Millionenschaden: durch Brandanschlag auf ein Berliner Möbelhaus. Die Polizei vermutet in beiden Fällen politische Motive.

Weiter: In ganz Deutschland sonnig und trocken. Nachttemperatur bis 29 Grad.

Fischwirtschaft: Probleme nach dem Austritt Grönlands aus der Europäischen Gemeinschaft. S. 7

Waldsterben: Wissenschaftler suchen nach Gründen für die Umweltschäden. S. 6

Fernsehen: ZDF-Bericht „Kimonos und Computer“. Beobachtungen über Japans Jugend. S. 12

Pesaro: Beim 4. Rossini Opera Festival ertötet die „Dame vom See“ ungeahnten Beifall. S. 13

Grabungen: Hamburg packte auf einem neuen Kapitel seiner Geschichte. S. 14

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In wessen Auftrag?

Von Eberhard Nitschke

Die Geschichtsbücher der Parteien verzeichnen manche Senkrechthaltungen, deren Karrierekurve ebenso steil wie der Aufstieg wieder abfiel. Der politische Werdegang der Liselotte Funcke ist dagegen durch Geradlinigkeit und durch Kontinuität gekennzeichnet. Das populäre Heftchen einer Reihe, die Bonner Prominenz abschildert, hat sich mit seinem Urteil zu früh festgelegt. Kurz ehe eine kleine Delegation der FDP in die Türkei fahren will, um dort Gastarbeiterprobleme zu besprechen, hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Liselotte Funcke, sich in einer Weise gegen eben diese Bundesregierung gewandt, die den Tiefpunkt einer Karriere markiert, wenn nicht sogar deren Ende.

Die Bundesregierung, sagte sie, treffe „eine Mitschuld an der Ausländerfeindlichkeit“, der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann liefere mit seiner Haltung in dieser Frage „täglichen den Rechtsradikalen Futter“.

Nun hat Zimmermann tatsächlich etwas getan, von dem sein Vorgänger und Frau Funckes FDP-Parteifreund Baum sich während seiner Amtszeit fernhielt: Er hat Maßnahmen angekündigt und getroffen, um das ungehinderte Anschwellen des Ausländerstroms in die Bundesrepublik Deutschland einzudämmen. „Begrenzung, Rückkehrförderung, Integration“ sind Grundsätze, die in den Regierungserklärungen von Bundeskanzler Helmut Kohl vom 13. Oktober 1982 und vom 4. Mai 1983 bestätigt wurden, einvernehmlich mit dem Koalitionspartner.

Einzelnen Leuten hat es nicht gefallen, daß Zimmermann gesagt hat: „Ich werde nicht hinnehmen, daß versucht wird, jedes notwendige oder kritische Wort mit dem bequemen Hinweis auf Ausländerfeindlichkeit abzuwürgen.“ Es gibt kein Land, in dem eine großzügigere Ausländerpraxis herrsche, und Frau Funcke weiß das. Die Institution der „Beauftragten“ wurde gewiß etabliert, um Interessen von Betroffenen in Unabhängigkeit von der Regierung wahrzunehmen. Aber sie wurde nicht etabliert, um der billigen Einseitigkeit ein Planstellenbuket zu schaffen.

Die Untätigen

Von Peter M. Ranke

Da stehen sechzehn verschiedene Armeen, Truppenteile und Milizen in Libanon, einschließlich der UNO-Blauhelme. Und blaue Uniformen, einschließlich der UNO-Blauhelme, helfen sie zu wollen. Dennoch kann der Drusenführer Walid Jumblatt mit Hilfe Syriens Beirut durch die Sperrung seines Flugplatzes blockieren und eine ganze Stadt in den Würgegriff nehmen.

Mitten im Frieden, unter den Augen einer angeblich zivilisierten Welt, wird das kriegsgeschundene Land, das sich gerade wirtschaftlich zu erholen begann, wieder ruiniert. Die Hauptstadt Beirut ist zur Geißel der kriegsbesessenen Drusen und der hinter ihnen stehenden syrischen Truppen geworden. Präsident Amin Gemayel wird erpresst, und die alliierte Truppe der Amerikaner, Franzosen, Italiener und Briten sitzt mit 4200 Mann in der Falle.

Kann die libanesische Armee die Drusen entwaffnen? Kaum. Sie fürchtet die Syrer und fühlt sich ohne weitere westliche Verstärkung nicht dazu fähig. Aber die westliche Verstärkung bleibt aus, weil die alliierte Friedenstruppe in Beirut ja nicht kämpfen, sondern nur abschrecken soll. Die Israelis wiederum wollen so schnell wie möglich abbrechen und keine weiteren Verluste erleiden.

Doch da stehen in Südlibanon seit 1978 rund sechstausend UNO-Soldaten aus zehn Nationen, die Blauhelme, völlig nutzlos. Es ist eine Truppe ohne wirklichen Auftrag, die aber bisher über 700 Millionen Dollar gekostet hat – verschwendetes Geld.

Diese Blauhelme könnten jetzt aber Beirut schützen und damit libanesische und alliierte Soldaten zum Vorgehen oder Kampf im Schuf freistellen. Das wäre eine beeindruckende Drohung, um die Regierungsgewalt wiederherzustellen. Doch ein neuer Einsatz der Blauhelme ist dem Veto der Sowjets im Sicherheitsrat unterworfen, obwohl Moskau bisher keine rote Kopeke zu den UNO-Friedenstruppen beigetragen hat. Daher ändert sich nichts. Syrer und Drusen können Beirut weiter blockieren und erpressen.

Gesundheit und Glaube

Von Günter Zehm

Was ist wirklich dran? Das werden sich in diesen Tagen wieder einmal zahlreiche medizinische Skeptiker fragen, wenn sie die Bilder vom Papstbesuch an der „wunderbaren“ Quelle von Lourdes sehen. Die Schulmedizin muß sich ja schon seit längerem massiver Angriffe erwehren. Materialismus wird ihr vorgeworfen, „Reduktionismus“, Anbetung der Apparate und Ignoranz gegenüber der Psychosomatik. Ihr Ansehen erleidet Einbußen, und im selben Maße steigt das Ansehen unorthodoxer, „gesamtheitlicher“, religiöser geistlicher Heilmethoden.

Die Amtskirche, ob katholisch oder evangelisch, hat sich mit der Anerkennung von „Wunderheilungen“ außerhalb des schulmedizinischen Kanons bisher sehr zurückgehalten, und zwar völlig zu Recht. Natürlich geht es davon aus, daß jeder Kranke zur Heilung auch des geistlichen Beistands und der Fürbitte bedarf, aber die Lokalisierung dieses Beistands, seine Fixierung an gewisse Örtlichkeiten oder herausgehobene Persönlichkeiten, ist ihr im Grunde gar nicht willkommen. Sie spürt das heidnische Element in solchen Fixierungen, die alte Brunnen- und Schamanenmagie, und ist bemüht, die Konstellation zu verchristlichen.

So wird aus dem Ort der „Wunderheilung“ ein schlichter Wallfahrtsort, ein Ort, an dem nicht Magie, sondern das Wort und die Botschaft Gottes dominieren. Dem (heidnischen) Genius loci wird gewissermaßen das Wasser abgegraben. Die besondere Heilkraft kommt nicht mehr aus der Erde, sondern hörbar von oben; es ist die Stimme der Hoffnung im Glauben, der bekanntlich nicht nur Berge versetzen, sondern gelegentlich auch einen im Sinne der Schulmedizin unheilbar Kranken gesund machen kann.

Jeder Heilkundige weiß inzwischen von der großen Kraft der Hoffnung; und er weiß auch, daß die Hoffnung ein Symbol braucht, um voll wirksam werden zu können, ein Placebo. Viele Apotheken führen inzwischen derartige Placebos, viele Ärzte verschreiben sie. Und auch Lourdes und vergleichbare Orte sind überdimensionale Placebos der Hoffnung und des Vertrauens.



„Ich warne vor Wasserschaden!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHL

Grand Design in der Sahara

Von Heinz Barth

Wie zu befürchten war, ist Präsident Mitterrand, der sich nur widerstrebend zur Entsendung der französischen Fallschirmjäger nach Tschad bereit fand, mit seinem Entschluß zu spät gekommen. Die libysche Invasion hat ihr vorläufig nächstes, aber durchaus nicht letztes Ziel, die De-facto-Teilung des nördlichen Tschad, erreicht. Es ist von nicht zu unterschätzender strategischer Bedeutung, daß Oberst Khadafi jetzt die gesamte nördliche Hälfte Tschads, einschließlich eines großen Teiles der Grenze zum Sudan, unter seine Kontrolle gebracht hat.

Nach der offiziellen, nun schon zehn Jahre zurückliegenden Annexion des Aouzou-Streifens, die Frankreich nie ernsthaft zu verhindern suchte, hat Libyens Staatschef damit die Ausgangsbasis für die Expansion seines Einflusses auf Zentralafrika entscheidend verbreitert. Begreiflich, daß er zur Zeit an einer Konsolidierungsphase interessiert ist, um seinen Machtzuwachs zu festigen. Trotz der Entsendung der Fallschirmjäger summt der Draht zwischen Tripolis und Paris so emsig weiter, wie Hissène Habré, der Präsident Tschads, schon immer argwöhnte. Es paßt in dieses Bild, daß Khadafi seinen Unter-Satelliten im nördlichen Tschad, Gukuni Wedeye, anwies, die Organisation Afrikanischer Staaten in Gespräche über eine „dauerhafte“ Zukunft des Landes einzuschalten.

Bei dem Mitterrand, auf das der Libyer bei der Mehrheit der OAU-Mitglieder stößt, wird das nicht viel bewirken. Die Frage ist nur, wieviel die scheinbare Kompromißbereitschaft Khadafis in Paris bewirkt. Offensichtlich hat Frankreich seine Fallschirmjäger nicht in Marsch gesetzt, um Faya-Largeau zu befreien. Sie haben die klare Weisung, nur zu kämpfen, wenn sie angegriffen werden. Damit signalisiert Paris den libyschen Aggressor, daß militärische Verwicklungen größeren Ausmaßes unvermeidlich wären, sollte er versuchen, auf die Hauptstadt N'Djamena vorzustoßen.

So spricht vieles für eine Besinnungspause. Andererseits kann

Mitterrand aber den von Paris anerkannten Präsidenten Tschads nicht fallenlassen. Ihm ein ähnliches Schicksal zu bereiten, wie es die Amerikaner in Südvietnam einst General Thieu bereiteten, würde Frankreich den Rest von Ansehen bei den frankophonen Republiken Afrikas kosten, der Paris nach zehn Kriegsjahren in Zentralafrika noch verbleiben ist. Die französische Haltung war schlimmer als unklar – sie war widerspruchsvoll in ihrem Konzept, ständig pendelnd zwischen dem Prestigedenken, das sich Frankreich so schwer abgewöhnen kann, und der Angst, in den Ruf des Neokolonialismus zu geraten.

Genau das ist das Problem des Sozialisten Mitterrand, der dabei nicht nur auf die Stimmung in den frankophonen Ländern, sondern weit mehr noch auf den linken Flügel seiner eigenen Partei und die Kommunisten in der Koalition Rücksicht nehmen muß. Es ist



Khadafis Stoßtrupp: Gefangene Rebellen in Tschad. FOTO: BRANDTVISIO X

nicht einfach, eine konsequente Linie in der Afrikapolitik zu verfolgen, wenn es gleichzeitig dem französischen Außenminister erlaubt ist, den Vereinigten Staaten wegen ihres Verhaltens in Mittelamerika – noch dazu von Kuba aus – Lektionen zu erteilen.

Mit diesem Widerspruch kann Mitterrand auf absehbare Zeit nicht fertig werden. Ihm bleibt nur die Wahl zwischen zwei Alternativen, die beide für ihn wenig annehmbar sind. Entweder er demaskiert sich vor dem frankophonen Afrika, indem er den Präsidenten Tschads zwingt, wider seinen Willen die Teilung des Landes zu akzeptieren. Das käme einer Abtreibung der bisherigen Einflusspositionen Frankreichs an Khadafi gleich, der nicht zögern würde, seine Expansionspolitik über die Grenzen Tschads hinaus zu verfolgen. Oder Mitterrand entscheidet sich zu einem Konfrontationskurs, mit dem er sich dem Druck aus Washington anpassen würde. Dies wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe der „Unabhängigkeit“ Frankreichs gegenüber der Dritten Welt, an der Paris seit de Gaulle immer festhielt.

Die Wahl ist nicht leicht – es ist im Grunde die Wahl zwischen einer ideologischen und einer in strategischen Kategorien denkenden Afrikapolitik. Ein revolutionärer Fundamentalist wie Khadafi ist durch nichts zu beschwichtigen, sondern nur durch militärische Mittel in seine Grenzen zu verweisen. Solange dies nicht geschieht, wird er immer einem „Grand Design“ auf Arabisch nachgehen – das heißt der Illusion, aus dem Norden Afrikas ein Großreich des Islam zu schneiden, das vom Sudan bis zur westlichen Sahara reicht.

Das ist ein Konzept, dem der Westen nur in gemeinsamer Wachsamkeit entgegenzutreten kann. Amerika hat allen Grund, die Franzosen daran zu erinnern, daß sie in Nordafrika keine Einfluß-Sphäre beanspruchen können, wenn sie nicht bereit sind, sich diesem Anspruch gemäß zu verhalten. Der Kubaner macht Washington genug zu schaffen. Es kann nicht auch noch für Frankreich die Last des Libyens auf sich nehmen.

IM GESPRÄCH Nicanor Parra

Poet gegen Gewalt

Von Günter Friedländer

Zwei Chilenen haben Nobelpreise gewonnen, und beide waren Dichter: Gabriela Mistral und Pablo Neruda. Das Land, „das Gott mit einem Lächeln erschuf“, hat eine beeindruckende Zahl von Dichtern und anderen Künstlern hervorgebracht, die die Welt nicht von den Höhen des Elfenbeinturms betrachten, sondern den Alltag des Volkes teilen. Einer der bedeutendsten ist Nicanor Parra. Er hat sich mit einem neuen Gedicht an Chile gewandt, das den Titel „Aufruf zum Volksentscheid“ trägt.

Der Name Parra – Nicanor ist der ältere Bruder der verstorbenen Violeta – war in der Vergangenheit mit Protestbewegungen verbunden. Aber Chile sollte nicht mehr protestieren, meint Nicanor: „Ich bin ein friedliebender Mann und gegen alle Gewalttätigkeit.“ Ihm erschreckt, was er „die Argentinisierung des chilenischen Prozesses“ nennt. Im Hintergrund der chilenischen Protestbewegungen glaubt er das Rattern der Maschinengewehre zu hören. Chile müsse aus der nihilistischen Sphäre der Hysterie, der gegenseitigen Drohungen, des Rachedurstes befreit werden.

Nur ein Volksentscheid, sagt der Dichter, kann das erreichen. Wenn das Volk Pinochet will, ist das in Ordnung. Und wenn es ein anderes Regime will, ist es auch in Ordnung. „Das chilenische Volk im vollen Tageslicht... seinen souveränen Willen kundtut. Wir sollten uns alle wie gute Brüder umarmen, wie ich vorschlagen, bevor es zu spät ist.“

Würde Pinochet sich einem Volksentscheid unterwerfen? „Ich glaube an den Patriotismus des Präsidenten“, sagt Parra. Aber könnte ein Volksentscheid nicht ein marxistisches Regime zurückbringen? „Ich glaube das nicht. Diese Alternative wurde in unserer Geschichte ja schon überwunden.“



Lehnt Frankreichs Surrealismus ab: Parra. FOTO: DE WIT

Fünfzig Schriftsteller und Intellektuelle unterschrieben Parras Aufruf unmittelbar nach der Veröffentlichung. Der Mann mit dem zerfurchten Prophetengesicht und der grauen Löwenmähne ist, wie der Präsident des chilenischen Schriftstellerverbandes Luis Sanchez Latorre sagt, „nicht nur in Chile, sondern überall in der Welt und in jeder Sprache eine literarische Institution geworden“.

Aber auch eine literarische Institution kann gefährlich sein. Das von Frankreichs Regierung abhängige französische Kulturinstitut in Santiago hat Parra kürzlich ein, bei einer kulturellen surrealistischen Tagung zu sprechen. Er nahm an und sagte dort: Besser als die Veranstaltung angeblich intellektueller Gespräche wäre, „wenn die nie ausgewogene französische Regierung sich entschiede, ihre nuklearen Verpflichtungen zu erfüllen... und den schmutzigen nuklearen und konventionellen Waffenhandel mit den Militärs der Dritten Welt aufgeben würde... Cambo – ich sage nein zum nuklearen französischen Surrealismus“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Der SPD-Präsident fordert die CDU/CSU-FDP-Koalition zu Beginn ihrer Zusammenarbeit an, sie werde die Steuer- und Abgabensystem mindern. Dennoch verdient Graf Lambsdorff Beachtung, wenn er diese Absicht jetzt bekündigt. Er wird sich beim Wort nehmen lassen müssen. Und mit ihm Finanzminister Stoltenberg, der sich kürzlich gegen so viel jetzt der Wirtschaftsminister geäußert hat. Zu hohe Abgaben untergraben den Gemeinsinn. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Schon viele Politiker haben sich geäußert. Aber bis jetzt ist nichts gegen das Übel getan worden.

Kölnische Rundschau

Die Forderung nach einer „Abstimmung“ im Bundestag heißt es in der Zeitung.

Es wird zu Recht keine neue Abstimmung mit Gesetzescharakter geben, welche die Raketenstationierung verhindert oder aufschiebt. Eine solche Abstimmung hat es in Form eines Beschlusses der Bundesregierung längst gegeben. Die Forderung aus dem linken Bundestagslager, im Herbst „abzustimmen“, hat zu allererst taktische Gründe. Mit einem Votum, dessen Ergebnis wegen der klaren Mehrheit von CDU/CSU/FDP im Bundestag schon vorher feststünde, möchten die Oppositionspolitiker die Union und die FDP als „Raketen-Parteien“ hinstellen.

Allgemeine Zeitung

Die Forderung heißt es in dem Mainzer Blatt.

Es scheint zu dem Leidensweg zu gehören, den dieser Papst des Friedens und der Gerechtigkeit zu gehen hat: Fast überall, wo Johannes Paul II. seinen Fuß hinsetzt, begegnet er

neben millionenfach kundgegebener Liebe- und Sympathie-Austritten des Hasses und der Gewalt. Selbst seine private Pilgerreise nach Lourdes wird von Fanatikern begleitet, deren Sprache die Bombe ist... Dieser Papst ist nun einmal kein facher Stein im Bach, über den das Wasser hinflißschert. Das ist ein ernstlicher Block, der sich Zeitströmungen in den Weg legt, die er als wider die göttliche und menschliche Ordnung gerichtet einschätzt. Das hat nichts mit Fundamentalismus zu tun, wohl aber mit der Notwendigkeit, in einer Zeit, die so vieles tragwürdig macht und zahllose Menschen verunsichert, unverzüglich zu einer Wertordnung zu stehen.

Neue Presse

Die Zeitung kommentiert Willy Brandts Rede.

Jedem ist aufgefallen, daß Böcker die Ichform wählte. An dieser Stelle seiner Rede hat der noch amtierende Ministerpräsident nur für sich gesprochen und nicht für seine Partei. Nichts ist also klar außer der isolierten Position Holger Böckers.

WIESBADENER TAGBLATT

Die Zeitung kommentiert das Verhalten der bündnislosen SPD.

Abgesehen davon, daß den Wähler natürlich brennend interessiert, wie die SPD es gegebenenfalls mit den Grünen halten wird oder wie sie notfalls über eine große Koalition denkt, ist die Zurückhaltung Böckers in dieser Frage taktisch verständlich. Denn eine Koalition mit den Grünen, ja selbst die Duldung einer SPD-Minderheitsregierung durch die Grünen mit all den Folgen möglicher Erpressbarkeit durch die jungen Leute der alternativen Partei, wäre für viele sozialdemokratische Wähler nicht akzeptabel.

Der Vergleich zwischen Afghanistan und Nicaragua

Ein ungünstiges Land als Alibi für Anti-Amerikanismus / Von Enno v. Loewenstern

Gäbe es Nicaragua nicht, unsere Friedensbewegten müßten es erfinden. Das ungünstige Land erfüllt zehntausend Meilen östlich eine Alibi-Funktion: Wann immer ein Kritiker der hiesigen Einseitigkeit darauf hinweist, daß die UdSSR ihre Aggressivität doch eindrucksvoll genug in Afghanistan beweise, schallt es zurück: Und Reagan in Nicaragua?

Willy Brandt sagte einmal: „Das haben Großmächte so an sich.“ In der SPD heißt das Äquidistanz. Die sogenannte Friedensbewegung ist allerdings längst darüber hinaus. Ihre Schlagworte klingen auf der einen Seite klar und präzise: „Amis raus aus Nicaragua“. Auf der anderen Seite wird sehr viel feinsinniger formuliert, man sei „für eine politische Lösung“ in Afghanistan, die „den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt“. Für den Alltagsgebrauch aber lautet die Parole: Andropow

intervenierte hier, Reagan dort; was ist der Unterschied?

Um das zu erfahren, braucht man eigentlich nicht in die Ferne zu schweifen. Kein Kritiker denkt es sich daran, Äquidistanz die Bundesrepublik mit der „DDE“ zu vertuschen, da die Unterdrückung dort, Großmächte haben das so an sich, nicht ärger sein kann als hier. Aber wehe dem, der die Bewegten darauf anspricht; er wird sofort angebrüllt: „Aha – geht doch rüber, nicht wahr?“, was besagen will: Ihr wollt uns wohl hinaustreiben wie Hitler die Unerwünschten von damals! Womit das Thema abgewürgt wäre. Dennoch, Nicaragua wird benötigt. Irgendwo in weiter exotischer Ferne, so soll der mündige Spießbürger ahnen, zeigt Uncle Sam seine wahre Fratze.

Nun hat Reagan Mexiko besucht und hat die simple Wahrheit ausgesprochen: Nichtmischung und damit auch das Ende der bewaffneten Subversion, Abzug aller Mil-

itärer, Zusammenarbeit zur Überwindung der Wirtschaftskrise, Stärkung der demokratischen Institutionen. In El Paso sagte er es noch einfacher: Selbstbestimmungsrecht.

Die UdSSR hat dagegen klargestellt, daß sie Afghanistan allenfalls dann räumt, wenn man ihr garantiert, daß dort keinesfalls das Selbstbestimmungsrecht, sondern der sowjetische Satrap herrscht. Und so fordern auch hier die Friedensfreunde kein Selbstbestimmungsrecht für Afghanistan, noch auch für Mitteldeutschland oder die anderen sowjetisch besetzten Gebiete. Typisch sagte es vor einem Jahr die „Zeit“:

„Mehr Freiheit für die Polen – wer würde sich das nicht von Herzen wünschen! Aber manche Reden, die aus dem Weißen Haus und aus dem Pentagon zu uns dringen, legen den Gedanken nahe, daß es im Grunde nicht nur um mehr Freiheit geht, sondern um Befrei-

ung vom kommunistischen System. Dies aber würde zu einer Destabilisierung der weltpolitischen Machtverhältnisse mit unvorstellbaren Folgen führen. Dies kann in niemandes Interesse liegen, auch nicht im Interesse Washingtons und auch nicht in dem der Polen.“

Und so wird denn auch Reagan niemals von dieser Seite aufgefordert, Freiheit und Selbstbestimmung zu bringen, sondern das Schlüsselwort – auch Mexikos-Präsident de la Madrid gebrauchte es jetzt gegenüber seinem Gast – heißt „friedliche Verhandlungslösung“. Wie das in der Praxis endet, kann man von Prag 1948 bis Nicaragua heute studieren.

In Nicaragua hat eine bürgerliche bis linke Koalition (mit Hilfe der USA) den Diktator Somoza gestürzt. Aber dann wurden im Wege der friedlichen Verhandlungslösung alle demokratischen Junta-

Mitglieder verjagt, und so wie Gottwald 1948 in Prag behielten die Ortega und Genossen die Macht. Das Land wird militärisiert, die Wirtschaft wird ruiniert, Schlangengiften bilden sich vor den Geschäften; und was die Wahlen betrifft, so werden sie in El Salvador als Betrug abgetan und in Nicaragua verschoben. Das wiederum sieht jeder Friedensfreund ein, denn das Land ist „nicht rein“ – es könnten ja konterrevolutionäre Elemente gewinnen und die „Lebensbejahenden Erregungschaften“ (wie der Weltkirchenrat die dortigen Zustände nennt) rückgängig machen.

Insofern gleichen Nicaragua und Afghanistan einander in der Tat. In beiden Fällen sorgt die UdSSR dafür, daß es zu keiner Selbstbestimmung kommt. Nur: Gottlob haben das nicht alle Großmächte so an sich. Und deshalb kann hier weiterhin in Freiheit gegen die Freiheit demonstriert werden.

الحمد لله

Die Not wird größer, aber die Mexikaner halten still

Mexiko erlebt ein bedrückendes Jahr. Preise und Steuern steigen massiv, Löhnerhöhungen bleiben weit unter der Inflationsrate von fast 100 Prozent. Eine Zeitung schrieb: Tortillas und Bohnen sind ein Luxus.

Von WERNER THOMAS

Es wird nie richtig hell. Tief hängt eine graue Wolkendecke über der Mammuto-Metropole. Meist mittags entläßt sich ein plötzlicher Sturzregen. Die Straßen gleichen dann Kanälen, und die Autos zerknüllen sich an den Kreuzungen zu einem hoffnungslosen, von schrillen Hupkonzerten untermalten Chaos.

Die Menschen schimpfen schrecklich über das triste und kalte Wetter. Es paßt zur Stimmung des Volkes. Mexiko marschiert durch die längste wirtschaftliche Talsohle seiner Geschichte. Obgleich der Lebensweg bereits vor mehr als einem Jahr begann, sind die Leute immer noch fassungs- und ratlos. Wie konnte das geschehen? Hatte der frühere Staatschef José Lopez Portillo nicht unter Hinweis auf den Ölreichtum ein Ende der Armut und des Elends versprochen?

Lopez Portillo, bis Dezember vergangenen Jahres noch ein machtvoller Präsident, ist zur Zielscheibe der Wut, des Hasses und des Spotts geworden. Wie eine Meinungsumfrage der Zeitschrift "Contenido" ermittelt, geben 59 Prozent der Mexikaner die Mißwirtschaft und der Korruption während der Lopez-Portillo-Ära die Schuld an der Misere. Die gesunkenen Ölpreise seien nur ein Nebenfaktor gewesen.

Die Zahlen sprechen für sich. Etwa 60 Prozent der Menschen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. In den

letzten einhalb Jahren haben zwischen einhalb und zweieinhalb Millionen ihre Beschäftigung verloren. Die Wirtschaft, die Ende der siebziger Jahre noch um acht Prozent wuchs, wird 1983 einen vierprozentigen Schrumpfungsprozeß verzeichnen. In den ersten vier Monaten wurden 40 Prozent weniger Autos verkauft als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die gesamte Industrieproduktion fiel um 11 Prozent. Selbst der Bierkonsum ging um 20 Prozent zurück. Die Inflationsrate pendelt zwischen 90 und 100 Prozent.

Auf der Reforma, dem breitesten Boulevard von Mexico City, drängen sich die Schuhputzer-Brigaden. Zerlumpte Kinder singen für einige Pesos in den Bussen und Untergrundbahnen. An den Kreuzungen warten Straßenhändler auf Rotlicht, damit sie die kurz stoppenden Autofahrer überfallen können. Ihr Warenortiment reicht von Bleistiften bis Blumen. In den Freiluft-Restaurants der schicken Zona Rosa wird pausenlos gebettelt.

Die Bauruinen fallen auf - Momente des Geldmangels. Selbst das neue Hochhaus-Hauptquartier des staatlichen Ölkonzerns Pemex, mit 230 Metern das höchste Gebäude der Metropole, auf dessen Dach sich ein Hubschrauber-Landepfad befindet, wird vorerst nicht fertiggestellt. Die Geschäfte und Restaurants wirken leerer als sonst. Früher waren die Lokale und Bars in den Nachmittagsstunden von gutgekleideten Männern überfüllt, den Speisekarten der Regierungsbürokraten und der Privatwirtschaft. Heute nicht mehr.

Die Misere hat viele Mexikaner ins Verbrechen getrieben. Die mit 16 bis 17 Millionen Menschen wohl größte Metropole der Welt ist gefährlich geworden. Viele Leute haben keine Arbeit und müssen ihre Familien ernähren, meinte lakonisch ein Polizeisprecher. "Sie überfallen Passanten, Geschäfte oder Banken." Die Ge-

waltverbrechen sind seit Jahresbeginn um 25 Prozent gestiegen, die kriminellen Delikte jugendlicher um 55 Prozent. Von den meisten Verbrechen erhält die Polizei aber gar keine Kenntnis.

Auch Arbeitende leiden. Das Reallohn ist in den letzten zwei Jahren um 40 Prozent gesunken, und dieser Trend setzt sich fort. Die Regierung tolerierte keine Löhnerhöhungen über 20 Prozent. Der Mindestlohn dürfte lediglich um 15,6 Prozent auf 533 Pesos pro Tag steigen, etwa 9,20 Mark. Die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung verdient diesen kargen "salario minimo".

Millionen Mexikaner, unter ihnen viele Angehörige der Mittelklasse, können sich keine Fleischmahlzeiten mehr leisten. Der monotone Speisezettelfür Tortillas und Bohnen. Für manche Leute sind selbst die Tortillas zu teuer geworden, die heute 15 Pesos pro Kilo kosten, doppelt soviel wie Ende vergangenen Jahres. Kürzlich meldete die Zeitung "Ovaciones" per Schlagzeile: "Tortillas und Bohnen sind ein Luxus".

Der Dollar ist König. Wer die amerikanische Währung in Pesos umtauschen kann, lebt billig. Kein Wunder, daß Touristen-Ströme aus den USA das Land überfluten.

Ausländische Beobachter wundern sich immer wieder, daß die Krise bisher ohne ernsthafte soziale Unruhen verlief. Es hat wohl eine Welle von Streikaktionen und Demonstrationen gegeben. Protestmärsche irgendeines Gewerkschaftsverbandes gehören zum Straßenbild Mexico Citys. Am 1. Mai soll es bei Auseinandersetzungen zwischen Lehrern und Arbeitgebern im Zentrum der Stadt fast 50 Todesopfer gegeben haben. Die politische Stabilität Mexikos wurde jedoch nicht gefährdet.

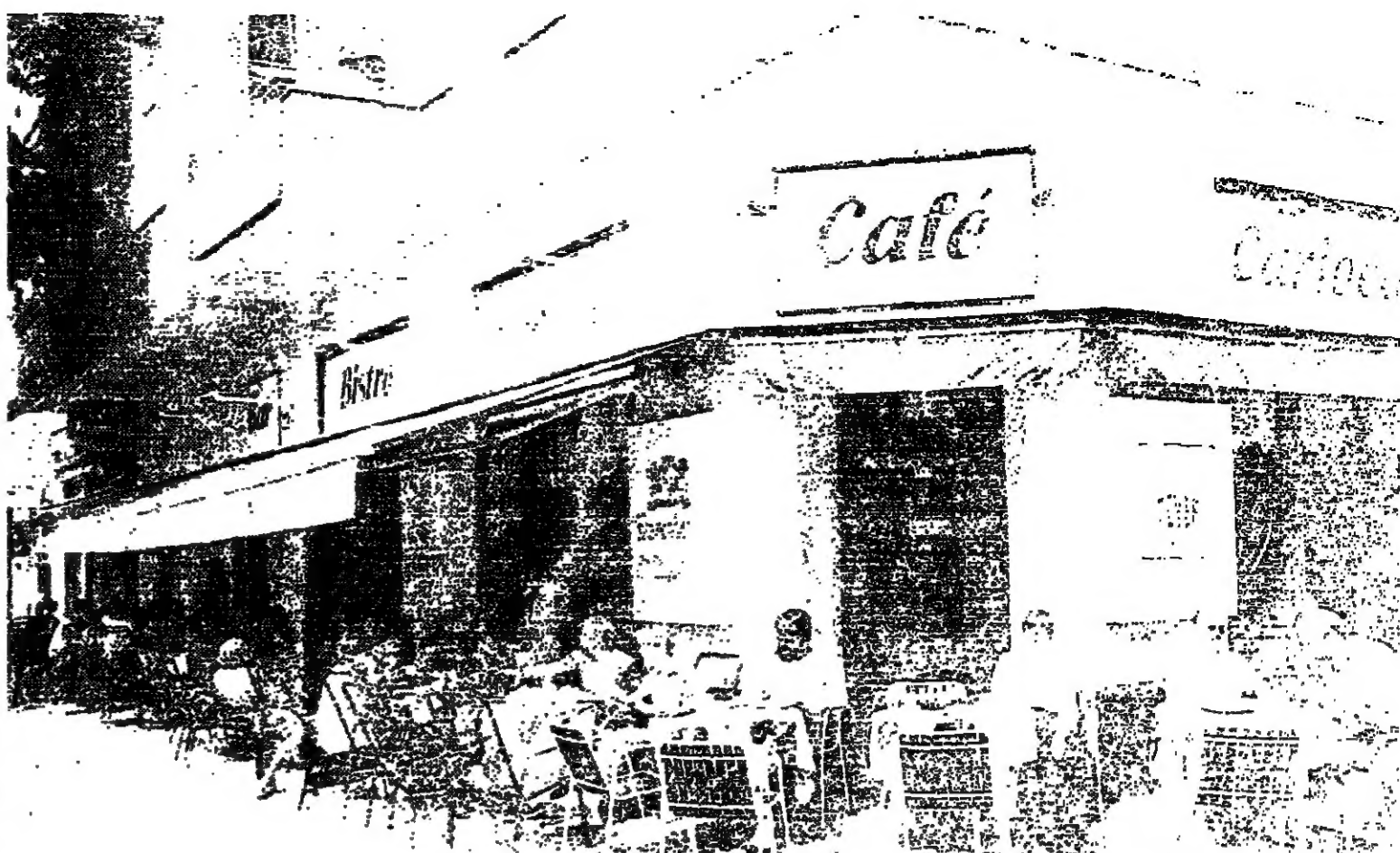
Dieses Volk verliert durch eine stoische Geduld und Leidensfähigkeit, ein Erbe der indianischen Vergangenheit. Die Toleranzschwelle liegt hier höher als anderswo in Lateinamerika. Die Mexikaner werden jedoch auch von dem raffiniertesten politischen System des Kontinents kontrolliert. Die "Partido de Institucionalización" (PRI), seit 54 Jahren am Ruder, konnte in den letzten Monaten wiederum ihre Elitistatistik unter Beweis stellen. Wo Probleme auftauchen, reagiert sie rechtzeitig, isolierte oder "schmierte" Opponenten.

Der neue Präsident Miguel de la Madrid Hurtado will keine Verantwortung für die Krise tragen, obgleich er Haushalts- und Planungsminister der alten Regierung war und von Lopez Portillo zum Nachfolger ernannt wurde. De la Madrid hat die Nation den Gürtel brutal eng geschnallt. Kein Mexikaner kann sich an vergleichbare Austeritäts-Maßnahmen erinnern: höhere Preise und Steuern, die Mehrwertsteuer stieg auf 15 Prozent, niedrige Lohnabschlüsse, radikale Reduzierung der Einfuhren. In den ersten vier Monaten registrierte die Regierung stolz einen Handelsbilanzüberschuß von vier Milliarden Dollar. Weil kaum noch was importiert wird.

"Wir brauchen noch mindestens drei Jahre", antwortet der Präsident bei Interviews auf die Frage, wann sich das Land wieder erholt. (SAD)



Kampf um das tägliche Brot: Gelegenheitsarbeiter in Mexico City. FOTO: AP



Ein bißchen Pariser Flair auf dem Markt für allerlei Zwischenmenschliches: "Caricoa", eines der Berliner Bistro-Cafés. FOTOS: THOMAS MACHOWINA

Frühstück gibt's auch abends um elf

Abseits vom Ku'damm ist in Berlin eine neue Art Café entstanden. Produkte der Berliner Szene, sind diese Bistro-Cafés vor allem für die jüngere Generation mehr als Treffpunkte. Sie spiegeln ein Stück Gemütsverfassung.

Von HANS NERTH

Zuerst mag es ein Studentenzirkel gewesen sein, nicht viel mehr. Zu Beginn der prosperierenden Siebziger, da suchten ein paar junge Leute ihren individuellen Treff in einer eigenen Kneipe. Sie fanden in der stillen Emser Straße in Wilmersdorf eine Schuster-Werkstatt, deren Prinzipal sich gerade auf Altenteil zurückgezogen hatte. Sie schleppte eine bequeme Theke herbei, verschafften sich einen Brauerei-Kredit und schütteres Kneipen-Mobiliar, ließen das kleine Firmenschild "Schulmeier" einfach über dem Laden hängen und schenkten darunter Bier aus. Früherweise, denn der Andrang war beträchtlich. Und auch der Lärm, wenn noch zu mitternächtlicher Stunde die Humpen über die Köpfe der Wartenden hinweg bis auf die Straße gereicht wurden. Es hagelte Bürgerproteste und Anzeigen verärrter Anwohner.

Aber niemand ist zu gleicher Zeit auch andersorts ähnliche Unternehmungen junger Leute für junge Leute, die gerade ihren "Null Bock" auf ständigen Umgang mit den etablierten Älteren entdeckt hatten und die das Geschäft selber machen wollten? Trafen sich nicht schon Ideologen einer extrem linken Szene im "Khan" in der Pariser Straße, nur um die Ecke - oder war das "Bleibtreu" mit seinen gastronomischen Pop-Offerten für Frühfrühstücker wie für Abstauber der wachsenden Protestbewegung Vorreiter aller Neugründungen dieses Genres?

Wie schnell ein Trend sich ändert: Damals, vor einem guten Jahrzehnt erst, tönten lautstarker Gesellschafts-Debatanten zum "Persiko", einem Altießer Aprikosenlikör, der gerade seine unverhoffte Renaissance als Modegeschäft der Nach-Achtundsechziger erlebte. Inzwischen hängt das Linksblatt "tar" schlaff am Wandkahn, füllt Kleber der Alternativen, aber auch so manches Hinweisposter auf Ereignisse der Rock- und Theaterszene lustlos die Nischen zwischen nostalgischen Mobiliar, blinde Garderobenspiegel und unsäglich klappern Anrichten in Null und nachgemachtem Spät-Klassizismus aus Omas guter Stube.

Damals hörte man Hieb und Schlagworte von Ausbeutung und schändlicher Gewinnmaximierung gleich immer vom Nebentisch herüber - inzwischen weisen Preislisten der Szene-Lokale meist höhere Beträge aus als die Karte einer gutbürgerlichen Kneipe nebenan. Damals, ja damals waren die "Typen" eben noch keine Typen, sondern nannten sich demonstrativ "Genosse", gaben sich nicht grün, sondern rot, tiefrot natürlich, und standen mit dem Fortschritt auf du und du. Gesinnung trug man per Anstecker an grobkariertem Hemdbrust und trank, immer auf dem Sprung zu irgendeiner Demo irgendwohin, sein schnelles Helles oder, um geistiger Klarheit willen, zunehmend Kaffee.

Daraus entstand das Neu-Berliner Café als ein Archetyp des Untypischen. Off-Ku'damm natürlich, abseits schneeschlecker Rennstrecken: Insider-Treff und nachhaltige Bleibe für junge Unbehauste, denen das Adjektiv "un-heimlich" so erstaunlich glatt von den Lippen geht. "Unheimlich stark" ist hier nicht nur die allerfrischeste Wummer-Scheibe einer Musikbox, sondern auch der Mini-Hänger in Beige und Lila, den Karin hinter der Theke trägt.

Karin, geschäftig-flott zwischen

Zapfhahn und Kassenblock agierend. Karin, mit großen grünen Acryl-Ohrringen, Streichholz-Haarschnitt von lila bis blond, Germanistik-Studentin im neunten Semester, Germanistik und ein bißchen Sozialpädagogik; Lokaldienst immer montags, donnerstags und samstags von neunzehn bis zwei Uhr dreißig früh. Karin, derzeit mit einem großen Bärlagen zusammenlebend, den alle nur "Würfel" nennen und der seinen Taxi-Job ein paarmal täglich für eine Zigarettenpause unterbricht, wenn eine Tour ihn gerade hier vorbeiführt: "Hallo, Karin, machst du mir mal einen Schwarzen?"

Sie haben nichts gemein mit den einstigen Repräsentationscafés Unter den Linden, kaum etwas mit dem legendären "Romanischen" am oberen Tauentzien auch, und wenig genug mit jenen brav-bürgerlichen Etablissements alter Stadtteile, in denen noch immer flinke Serverinnen hinter weißen Schürchen und unter gestreiften Häubchen Kuchenteller balancieren, diese jungen Bistro-Cafés "Caricoa", "Schalander", "Adams", "Ludwig" oder "Central". Selters und Tonics, Säfte und bayrisches Weizenbier bestimmen den Umsatz weit stärker als der Sud aus der Espresso-Maschine. Salate nach Saison ersetzen die Konditor-Törtchen. Statt Mohnkuchen und Berliner Bienenstich gibt's Disco-Sound, "mainstreaming", oder laute Live-Auftritte neuer Gruppen in Musik-Cafés wie "Madow" oder "New York": statt Apfelstrudel und Sahne-Baisers frischen Szene-Klatsch.

Natürlich müßte auch ein Vergleich mit den klassischen Caféhäusern Wiens in ihrem Habitus einer zersplitterten und vielfach ganz ungemütlichen Gemütslichkeit hinken: Vom "Daffee" bis zum chromglänzten "Swing", von der rauchigen Galerie "Murmur" über den "Zillemarkt", das "Grottesque" bis hin zu jenem stilvollen, viel frequentierten "Café Einstein" der Uschi Bauchauser in der Kurfürstenstraße findet sich nirgends ein Neo-Berliner Etablissement, in dem Kitsch und Mief eine durable Legierung eingingen wie etwa im "Hawelka" in der Wiener Dorotheergasse. Kein einziges Beispiel ließe sich anführen für die beherrschende konservierte Attitüde eines Wartesaales, ähnlich dem "Café Museum", und natürlich nichts, was sich mit der lackierten Noblesse eines "Dehmel" vergleichen ließe.

Kaffee von der Spree ist in aller Regel ein Einheitsaufguß mit zwei beiliegenden versiegelten Sahne-

näpfchen, wie sie auch im Flugzeug oder am Selbstbedienungsbüfen von Discount-Shops üblich sind. Feine Differenzierungen zwischen einem "Braunen", "Kapuziner", "Einspänner" oder einer "Melange" gedeihen nicht an nüchternen Berliner Tagen, in den überlangen Nächten abseits des Weltgeschickes, allenfalls ein bißchen Pariser Flair.

Doch, da mögen sie schon ihre Vorbilder sehen, die Jung-Gastronomen vom Revier um den Oliver Platz, die abgebrochenen Studier der Wirtschaft, Verfahrens- und Elektrotechnik hinter ihren Tresen zwischen Bleibtreustraße und Knebeck: Flaniercafés sind angezeigt, auch in abseitigen Straßen, wo längst niemand mehr müßig schlendert, allenfalls Punkertrüps ihre röhrenden Kraftmaschinen ausrollen lassen. Straßencafés mit Stühchen draußen für hurtige Begegnungen, das bißchen Neugier oder die demonstrative Arroganz auf einem Markt für allerlei Zwischenmenschliches nach hiesigem Gusto: eine kleine Verzweiflung und ein unverblühtes Durchgangsglück für ein paar Tage.

Und dann reden sie sich mit Vornamen an, der Ossie und die Bonnie, wissen ihre Familiennamen kaum, wissen eigentlich nichts voneinander. Wollen auch nichts wissen, wollen ihre Persönlichkeit nicht rampen lassen durch Dauerbindung, sind Freunde, aber keineswegs besonders innige Freunde. Wenn sie sich wieder treffen, hier oder nebenan, spielen sie eine Runde Billard zu einem Vin de pays, fragen sich beiläufig nach ihrem gegenseitigen Befinden ab und nach gemeinsamen Bekannten: Wie es dem wohl geht, den man so lange nicht sah, ob es diesen noch immer auf Ibiza hält, Punky, den kleinen Lyriker mit der großen Seele und den ratlosen Augen.

Literatencafé - das mag so manchem Berliner Nachwuchs-Gastronomen einmal vorgeschwebt haben. Et was wie in den pulsierenden Zwanzigern zwischen Wittenbergplatz und Kadeke, wie in Berlin-Kreuzberg noch in den Sechzigern. Doch Kundschaft läßt sich nicht kommandieren, und ein gewünschtes Ambiente stellt sich nicht dadurch schon ein, daß man Bizarres neben Lächerliches hängt, alte Eisenbahnstühle über gedrechselte Treppengeländer aus Abrißbuden nagelt, dazu eine schwebende Pendule mit Grün garniert. Reichlich wucherndes Grün, Tropen grün allenthalben, und mittendrin

womöglich noch der neurotische Papagei auf schaukelnder Stange.

Ramsch addiert sich zu Refugien in Neo-Biedermeier für ein Völkchen von Tagträumern und Dupletten, denen die Welt draußen ziemlich gleichgültig ist, inklusive Raketenrummel und Wirtschaftskalamitäten: Diese jungen Off-Ku'damm-Lokale sind für Egoisten gemacht, kaum für Artisten, und nur die "Neue Weltlärm" der Hertha Fiedler am toten Ende der Nestorstraße lockt mit ihren Einladungen zu Vernissagen und Fetten wie eh und je ein bißchen Prominenz an - aber sie ist halt nur ein Szenetreff ziemlich konservativer Art, eine gemütliche Kneipe, die um acht Uhr abends für lange, alkoholsatte Nächte öffnet, kein Frühstückscafé.

Denn öffentliches Frühstück, karge bis fulminante Morgenverköstigung, muß in Berlin sein. Möglich doch, daß es einen Probanden der Nacht just gegen Sonnenaufgang nach Schampus und schottischem Lachs verlangt; daß eine beschwipste Herzerunde, Kongreßteilnehmer oder die Kollegschaft eines überlangen Betriebsausfluges, Appetit auf Rollmops und Bier, auf Spiegelei mit Speck zu steifem Mokka verspürt ... Off-Ku'damm hat die gastronomische Pflicht einer Vergnügungsmetropole ohne Polizeisteunde inzwischen zur Kür erhoben.

Kein Szene-Café von Ruf, das nicht mit phantastischen Offerten seinen Tagesbeginn annüncierte: Ab acht "Biologisches Frühstück" mit Müsli und womöglich gar selbstgebackenem Kleiebrötchen im "M"; halb neun dann "Katerfrühstück" inklusive Gurke und dem Schnaps zum Abgewöhnen im "Caricoa", "Standard" für sechsfünftägig im "New York", und "Sunshine-Frühstück" im "Tiago" zu neunzehnhundert, mit Kännchen Kaffee oder Tee, Orangensaft oder Sekt, Obstquark und großer Aufschnittplatte für Pärchen mit roterzitternden Augen; oder andere "Zweierbeziehungen", die sich erst gegen Mittag oder noch später einfinden mögen: Frühstückszeit ist immer, auch abends um elf - oder dann schon wieder.

Frühstück als Ersatz-Wellnessscheidung. Wo die alten gängigen Rezepte für moderne Lebensgestaltung ihre Dürftigkeit offenbart haben, hier nun der Aufruf zu opulenten Neubegegnungen - nicht eben billig und dennoch täglich Tausende Male befolgt von Sporttypen mit der sattbraunen Haut unter fabelhafter Frisur, zwischen zwei Geschäftsterminen bereinschleppend und lässig mit den Startschlüsseln ihrer Sportcabrios klimpernd; von Jungfamilien mit ihren Wickelkindern im Tragkorb, auf der Flucht vor Enge und Müdigkeit ihrer preisgünstigen Hinterhofwohnungen; von Abiturienten ohne die Illusion einer Zukunft mit immer "mehr Lebensqualität": von Ego-Typen, milchhäutig und dennoch bärtig, locker und dabei verkleinert, selbstbewußt und unsicher, herablassend-hänslich die allgemeinen Zeitläufte kommentierend, dabei stets darauf bedacht, sich selber ein möglichst großes Genußquantum zuzuführen.

Dann blättern sie in Zeitungen, den aushängenden oder mitgebrachten, schenken sich überm Butter-Croissant magere Tipps für Gelegenheitsjobs aus den Annoncenteilern zu, jonglieren mit Jargon-Kürzeln über eine frische Rock-Gruppe, einen gelungenen Neuwagentyp, eine günstige Wohnmöglichkeit, inklusive oder ohne weibliche Beigabe, ... und schließlich kommen die Probleme.

Kommunikations- und Identifikationsprobleme. Schwierigkeiten bei der Selbstverwirklichung, sexueller Frust und soziale Diskrepanzen: eigentlich nichts, was nicht schon ihre Väter und Väterväter bewegte. Auf den Terrassen zwischen Pariser Straße und Niebuhr hat die ganze Welt in einer Kaffeetasche Platz.



Im "Schalander": Statt Apfelstrudel Szene-Klatsch

WIE WAR DAS?

Als Vollbeschäftigung noch selbstverständlich war

Von GISELA REINERS

Anfang der siebziger Jahre stöhnte eine gelangweilte Angestellte beim Arbeitsamt: "Man traut sich kaum, in Urlaub zu gehen aus Sorge, es könnte der letzte Arbeitslosenvorbeikommen. Den möchte man schließlich mal gesehen haben." Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Jahr 1970 sage und schreibe 0,7 Prozent. Im Juni desselben Jahres hatte sie den Tiefpunkt von 0,4 Prozent erreicht. (Diese Rekordmarke war zuvor nur 1962 und 1965 berührt worden.) 94 767 Menschen suchten damals Beschäftigung.

Heute sind es allein bei den jungen Leuten unter 20 gut doppelt so viel, die einen Arbeitsplatz suchen. Insgesamt waren es im Juli 2,2 Millionen - 8,7 Prozent. Für das nächste Jahr wird mit durchschnittlich 2,5 Millionen gerechnet.

Allgemein geht man davon aus, daß Vollbeschäftigung herrscht, wenn die Arbeitslosenquote, also der Anteil der Jobsucher an der Zahl der Beschäftigten, drei Prozent beträgt. Die Marke von drei Prozent wurde in der Bundesrepublik im Oktober 1974 erreicht - fast genau ein Jahr nach der ersten Ölkrise. 1973 war die Arbeitslosenquote nur um 0,1 Prozentpunkt höher als 1972. Sie betrug 1,2 Prozent. 1974 war sie um 1,4 Punkte auf 2,6 Prozent geschnitten. Für die Bundesrepublik bedeutete das eine enorme Steigerung, die zahlreiche Wirt-

schaftsförderungs- und Beschäftigungsprogramme im Lauf der kommenden Jahre auslöste. Dennoch blieb die Bundesrepublik im europäischen und weltweiten Vergleich "eine Insel der Stabilität" (Bundeskanzler Helmut Schmidt).

Rund 672 000 Menschen waren damals auf der Suche nach Lohn und Brot - zu der Zeit damals eine erschreckend hohe Zahl, heute ein Wunschtraum. Hatte die deutsche Wirtschaft auch durch den Öl-schock einen Dämpfer erhalten, die Rahmenbedingungen waren immer noch gut. Noch von den sechziger Jahren war man es gewohnt gewesen, daß Arbeitskräftemangel sozusagen ein Schicksal war. Nur: Er hatte die Arbeitskosten in die Höhe getrieben, Rationalisierungsdruck erzeugt, das Ausweichen von Menschen gegen Maschinen ebenso wie die Verlagerung von zahlreichen Produktionsstätten in sogenannte Billiglohnländer vorangetrieben.

Der Bedarf schien fast unermesslich, die Nachkriegsglücken schlossen sich erst allmählich, alles wurde gebraucht, alles konnte abgesetzt werden, die Preise wurden großzügig gesteuert. Energie war billig, vor allem das Öl. In den sechziger Jahren kostete der Liter Benzin um die 50 Pfennig, und selbst im Oktober 1974 wurden dem Autofahrer nur 63 Pfennig abverlangt.

Japan wuchs erst zum Rivalen im Kampf um die Marktanteile der Welt heran. Auch die Entwicklungsländer mischten schüchtern

mit. Damals war Stahl noch gefragt für Großbauten, im Raffinerie- und sonstigen Anlagenbau. Mit 53,32 Millionen Tonnen Stahl, Kennzeichen wirtschaftlicher Macht und industrieller Leistungsfähigkeit, erlebte die Bundesrepublik einen nie gekannten Boom.

Deutsche Waren fanden reißenden Absatz auf den Weltmärkten. 50,8 Milliarden Mark betrug 1974 der Ausfuhrüberschuß - ebenfalls ein Rekord, der erst 1982 geringfügig übertroffen wurde. Unterstützt wurde das Exportgeschäft von einer unterbewerteten Mark. Der Dollarkurs lag bei etwa 2,36 Mark, das Kapital strömte nicht wegen hoher amerikanischer Zinsen auf den fremden Kapitalmarkt und trieb nicht fortwährend den Zins in der Bundesrepublik in die Höhe.

Allerdings trübte eine hohe Inflationsrate das schöne Bild der Zeit, als noch Vollbeschäftigung herrschte. Um sieben Prozent sank der Wert des Geldes im Jahr 1974 - heute sind es unter drei Prozent. Im August 1972 hatte der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, Helmut Schmidt, gesagt: "Das deutsche Volk kann fünf Prozent Inflation eher vertragen als fünf Prozent Arbeitslosigkeit." Nur drei Monate nach dem arbeitsreichen Oktober 1974 war es soweit: Ende Januar 1975 suchten rund 1,2 Millionen Menschen nach Arbeit - die Erwerbslosenquote betrug fünf Prozent. Vollbeschäftigung wurde zum schönen Traum.

Mainz schlägt „Ruhestand nach freier Wahl“ vor

Minister Geil kündigt Bundesrats-Initiative an

Ein vom Staat auferlegtes vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben, ohne das individuelle Schicksal der Betroffenen zu berücksichtigen, sei unzumutbar, heißt es in einer Untersuchung des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums. Zugleich sei es falsch anzunehmen, daß 440 000 vor dem 65. Lebensjahr aus verschiedenen Arbeitsmarkten rund 400 000 Arbeitslosen eine Rückkehr an die Arbeitsplätze ermöglichen könnten.

Sozialminister Rudi Geil hat diese Dokumentation unter dem Titel „Ruhestand nach freier Wahl“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist als Antwort auf zwei Gesetzesentwürfe gedacht, die in den vergangenen Wochen in Bonn zur Regelung eines „Vorruhestandes“ eingebracht wurden. Beide Vorlagen sind von der SPD erarbeitet worden.

Von der neuen Dokumentation erhofft sich Minister Geil, daß sie zur Grundlage eines von allen CDU/CSU-regierten Ländern akzeptierten neuen Gesetzesentwurfs über das brisante Thema wird. Die Rechenfehler anderer Vorschläge seien, so Minister Geil, in dem 100 Schreibmaschinenseiten umfangreichen neuen Text vermieden worden.

Der erste Bonner Gesetzesentwurf war vom Land Hessen im Bundesrat eingebracht worden. Ihm hatte sich später das Land Bremen angeschlossen. Der zweite wurde von der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet und liegt seit kurzem dem Bundestag vor. Beide Entwürfe befinden sich noch im ersten Stadium ihrer Beratung.

Entlastung der Bundesanstalt

Wesentlicher Grundzug des hessischen Entwurfs ist die Forderung, daß Arbeitnehmer schon mit 58 Jahren in den „Vorruhestand“ gehen können und dann bis zu 80 Prozent des letzten Bruttoeinkommens als „Vorruhestandsgeld“ anstatt Lohn und Gehalt und später Rente erhalten. Rund 936 000 Arbeitnehmer zwischen 58 und 65 Jahren würden bis Ende 1986 von dieser Regelung betroffen werden. Dabei ist in dieser Berechnung eine rund 50prozentige Inanspruchnahme unterstellt.

400 000 Arbeitslose, die so wieder an einen Arbeitsplatz kämen, würden dann die Bundesanstalt für Arbeit

um 6,8 Milliarden Mark jährlich entlasten können.

Das Fraktionspapier der SPD wirke „wie eine nachträgliche Korrektur des übereilt veröffentlichten Entwurfs, den Hessen und Bremen im Bundesrat eingebracht haben“, kritisiert Geil. Hier würden nur noch 100 000 Fälle von Inanspruchnahme angenommen. Die Belastung der Arbeitgeber, die Zuschuß zum „Vorruhestand“ zu zahlen hätten, sei aber gleich groß geblieben. Freiwilligkeit werde dabei so verstanden, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Einzelfall zustimmen müßten, während die Freiwilligkeit nach rheinland-pfälzischer Auffassung „die Entscheidung des Arbeitnehmers zum obersten Prinzip“ erhebe. Das Konzept „Ruhestand nach freier Wahl“ sähe keine schematische Vorverlegung der Altersgrenze auf das 58. Lebensjahr vor, sondern „biete eine Neuordnung des Übergangs in die Altersruhe an, der die Möglichkeit einer verkürzten Lebensarbeitszeit einschließt“.

Vollbeschäftigung utopisch

Minister Geil, der davon ausgeht, daß Vollbeschäftigung, wie sie noch zu Beginn der 70er Jahre zu verzeichnen gewesen sei, mindestens bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine Utopie bleiben werde, vertritt daher den Standpunkt, daß im Augenblick Überlegungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit „das einzig Sinnvolle“ sein könnten. Er warte aber vor übertriebenen Hoffnungen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. Außerdem müßten die berechtigten Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmer berücksichtigt werden, bei denen nachlassende körperliche und geistige Leistungsfähigkeit oft nicht biologisch bedingt sei, sondern „schlicht Folge einer sozialen Abseitsstellung nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben“. Der Minister verwies dabei auf Phänomene wie „Pensions-tod“ und „Rentenschock“.

Schließlich kritisierte der Minister an den SPD-Gesetzesentwürfen, daß sie von einer falschen Annahme ausgingen. Es sei eine Fiktion zu unterstellen, daß jeder Arbeitnehmer bis zum 65. Lebensjahr beschäftigt werde. Tatsächlich liege das durchschnittliche Alter des Übergangs in die Rente schon beim 60. Lebensjahr oder häufig sogar noch vor diesem Zeitpunkt.

Kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit

Fortsetzung von Seite 1

Menschen Arbeit bekommen oder vor Entlassung geschützt werden. Die Arbeitslosigkeit könnte dann Ende 1985 um fast 350 000 unter dem Stand liegen, den sie ohne Herabsetzung der Altersgrenze erreichen würde.

Die Entlastungswirkungen der beiden anderen Modelle wurden dagegen erheblich geringer eingeschätzt: Durch Modell B (30 Stunden ab 55. Lebensjahr) könnte die Arbeitslosigkeit bis 1985 um rund 100 000 Menschen gesenkt werden, durch Modell C (20 Stunden) um rund 210 000. Bei 58 Jahren Altersgrenze würden 54 Prozent des Arbeitsausfalls in Industrie oder Umsetzungen ausgeglichen, im Großhandel 52 und im Einzelhandel 51 Prozent. Bei den beiden anderen Modellen würde der Arbeitsausfall dagegen nur zu 32 Prozent bis 45 Prozent durch beschäftigungswirksame Maßnahmen ausgeglichen.

Vor der Wahl gestellt, würden 84 Prozent der Industrie- und Baubetriebe die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze gegenüber den anderen beiden Lösungen bevorzugen. Dagegen sprachen sich 23 Prozent der Groß- und 35 Prozent der Einzelhandelsbetriebe für die Teilzeitmodelle aus. Bei der Diskussion über die Finanzierung eines niedrigeren Rentenalters sollte laut IfD die erhebliche Entlastungswirkung berücksichtigt werden. Schon im ersten Jahr könnten durch den Abbau der Arbeitslosigkeit gesamtwirtschaftlich rund 3,4 Milliarden Mark gespart werden.

Nach der mitveröffentlichten Umfrage der Infratest-Kommunikationsforschung im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall sprachen sich 54 Prozent der Metall-Arbeitnehmer für die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche aus, nur 39 Prozent für eine Verkürzung. Der Gedanke einer Verkürzung finde umso mehr Anhänger, je gestärkter das Verhältnis zu Arbeit und Beruf sei.

Als Zahlenbeispiel, „mit denen Arbeitnehmer für einen Verkauf werben sollen“, hat der Vorstandspräsident der Industriegerwerkschaft Metall, Jörg Barczyk, die IfD-Umfrage bezeichnet. Barczyk verwies auf Berechnungen der IG Metall, wonach in der gesamten Wirtschaft durch die 35-Stunden-Woche für 1,6 Millionen Arbeitnehmer Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Waldsterben deutlich zugenommen

In 314 Forschungsvorhaben suchen Wissenschaftler nach Gründen für die Umweltschäden

EBERHARD NITSCHKE, Bonn. Bund und Länder fördern zur Zeit mit 55,9 Millionen Mark 314 Forschungsvorhaben, über die man dem Geheimnis des Waldsterbens auf die Spur kommen will. Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Heinz Riesenhuber, erklärte gestern bei der Vorlage einer Dokumentation „Umweltforschung zu Waldschäden“, daß die Bundesregierung trotz der noch offenen Ursachen/Wirkungs-Kausalkette, die kurzfristig auch durch vermehrte Forschungen nicht voll zu schließen sein werde, auf jeden Fall vorsorglich die Senkung der Emissionen der wesentlichen Schadstoffe anstrebe.

Während die erste offizielle Erhebung über das Ausmaß der Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland von 1982 das zusammengefaßte Ergebnis brachte, daß 7,7 Prozent der gesamten Waldbestände krank sind, werden von der vor kurzem angelaufenen zweiten Erhebung nach dem Urteil von Forstexperten erschreckende Zahlen erwartet, von denen Riesenhuber vor der Presse in Bonn nur sagte, daß sie „deutlich höher“ als die bisherigen sein würden. Man müsse davon ausgehen, daß das Fortschreiten der Schäden von Einflüssen begünstigt werde, die aus dem diesjährigen Witterungsverlauf herrührten. Das derzeit verfügbare Datenmaterial, das der neuen Dokumentation beigelegt wurde, erlaube allerdings „noch keine Hochrechnungen und Auswertungen hinsichtlich der Schadenssituation insgesamt“.

Vielfältige Bemühungen
Ein naturwissenschaftlich exakter Nachweis des kausalen Prozesses von den Emissionen zu den Schäden lasse sich bisher noch nicht nachweisen, sagte der Minister, weil die vielfältig „vernetzten“ ökologischen Abläufe der Natur weder vollständig bekannt, noch bisher im Laborversuch reproduzierbar seien. Die schädigenden Wirkungen der Luftverunreinigung ergäben sich, wie anlässlich des vom Forschungsinstitut im Januar 1983 in Jülich durchgeführten Symposiums „Saurer Regen - Waldschäden“ übereinstimmend festgestellt wurde, vor allem durch Schwefeldioxid, Stickoxide und deren Säuren, Ozon und Schwermetalle. Anlagen zur Stickoxidminderung befinden sich in der Bundesrepublik noch nicht im großtechnischen Einsatz. Es seien jedoch Ver-

fahren auf der Basis deutscher Technologie „konzeptionell verfügbar“.

In Kürze werde hier mit der Umsetzung in den großtechnischen Maßstab begonnen. Auf dem Sektor Kraftwerke habe die atmosphärisch betriebene Variante der „Wirbelschicht-Feuerung“ mit geringer Emission die Marktreife erreicht, die druckbetriebsseitig in der Entwicklung. Das Forschungsinstitut fördert zur Emissionsbegrenzung im Kraftfahrsektor vor allem auch „unkonventionelle Antriebsysteme“, wie die keramische Gasturbine, die Brennstoffzellen, die Gas- und die Hydrogenenergie, sowie die Speicherung. Neben Methanol, das besonders bei Verwendung von Methanol-Kraftstoff M 100 eine „ausreichende Lösung als Kraftstoff für konventionelle Motoren“ sei, würde insbesondere auch Wasserstoff als Energieträger erprobt.

Die „Kampfansage an Waldschäden mit Wissenschaft und Technik“, wie sie Minister Riesenhuber nannte, sieht vor, die Koordination der bisher verstreuten Bemühungen um Eindämmung des Waldsterbens vor Zentrales Instrument dabei ist der im Juni 1983 neu berufene Forschungsbund, dem 14 Professoren verschiedener Fachrichtungen angehören. Daneben hat im Mai dieses Jahres die „interministerielle“ Arbeitsgruppe „Waldschäden/Luftverunreinigung“ ihre Arbeit aufgenommen, die vor allem auch Forschungslücken aufzeigen soll. Diese Lücken bestehen, wie Riesenhubers Dokumentation aufzeigt, vor allem noch bei den biochemischen Reaktionsvorgängen, bei diagnostischen Untersuchungen und waldbaulichen Maßnahmen. So ist zum Beispiel kein Fall klar, ob durch Düngung die Vitalität von Waldbäumen gestärkt werden kann. Sechs Forschungsvorhaben widmen sich allein diesem Problem. Weitere Forschungslücken haben sich hinsichtlich des Transports und der Ausbreitung von Schadstoffen, der ökonomischen und ökologischen Folgen des Waldsterbens herausgestellt.

Das Koordinationskonzept geht davon aus, daß es bereits umfangreiche etablierte Forschungstätigkeiten an Hochschulen, Landes- und Bundesanstalten gibt, die von unabhängigen Geldgebern finanziert werden. Diese Arbeiten gelte es zu „stimulieren und durch weitere Forschungsgruppen, auch aus anderen Disziplinen, wirkungsvoll zu ergänzen“. Es wird

die Strategie verfolgt, eine Senkung der Emissionen der wichtigsten Schadstoffe zusammen anzustreben, statt die Hoffnungen auf die Reduzierung eines einzigen, und möglicherweise dann doch nicht ausschlaggebenden Schadstoffs, zu setzen. Der Schadensverlauf, heißt es in der Dokumentation, weist bei den verschiedenen Baumarten und in den verschiedenen Waldregionen neben gemeinsamen Zügen auch abweichende, jeweils art- und standortspezifische Merkmale auf.

Europäische Koordination

Nicht auszuschließen ist danach, daß im Anschluß an eine durch Luftverunreinigung bedingte Schwächung von Bäumen „Sekundärprozesse“ wie Pilzbefall und Käferschädigung in solcher Geschwindigkeit ablaufen, daß die eigentliche Ursache überdeckt wird. Bei einem Anhalten des Krankheitsverlaufs zum Beispiel in Baden-Württemberg sei damit zu rechnen, daß ganze Bestände zumindest in den Hochlagen der Mittelgebirge völlig absterben.

Bei Durchsicht der Dokumentation aus dem Forschungsinstitut fällt auf, wie häufig hier Andeutungen wie „bedarf noch der Überprüfung“, „noch Fragen offen“ oder „weiterhead unklar“ vorkommen, obwohl mehrere Großforschungsanstalten und Bundesanstalten mit eigenen Vorhaben im Problembereich aktiv sind. So betreibt die Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Hamburg vor allem mit den Bereichen Schadensursachen und deren Bewältigung, Holzqualität und Züchtung. Das Umweltbundesamt arbeitet an der Erstellung von Emissions- und Immissionskarten in der Kernforschungsanlage Jülich konzentriert sich die Anstrengungen auf den Bereich der Luftchemie. Der Deutsche Wetterdienst erhebt klimatologische Gegebenheiten. Eingeschaltet sind außerdem unter anderem die Deutsche Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt in Köln und das Forschungszentrum der Gesellschaft für Kernenergie-Verwertung in Schiffbau und Schifffahrt in Geestacht.

Auf europäischer Ebene wird die Koordination zur Bekämpfung des Waldsterbens anlässlich eines Symposiums der Kommission der Europäischen Gemeinschaft von 19. bis 21. September in Karlsruhe gehalten.

Brandt: Moskau hat Folgen nicht durchdacht

Key, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die von der Friedensbewegung angekündigten „Protestaktionen gegen eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen ausdrücklich befürwortet. Im Parteivorstand „Vorwärts“ erklärt Brandt wörtlich: „Es kann keinen Zweifel daran geben, daß es legitim ist, die Sorge über eine neue Umdrehung der Rüstungsspirale nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.“ Dies sei „vernünftig“. Er warte für den Herbst „eine Vielzahl eindrucksvoller Kundgebungen und Demonstrationen“.

Der SPD-Chef sprach sich zwar für gewaltfreien Protest aus, weil nur der die Chance habe, von vielen verstanden zu werden. Er meinte jedoch gleichzeitig, daß jeder einzeln eine Entscheidung über sein Verhalten bei Aktionen treffen müsse, „die zu Konfliktsituationen mit dem Gesetz führen können“. Nach seiner Erkenntnis herrsche aber in den verschiedenen Teilen der Friedensbewegung die Auffassung vor, sich nicht in Lagen hineinzuverstricken, und auch nicht hineinmanövrieren zu lassen, die nur Scharfmachern Gefallen bereiten.

Weiter ging Brandt in dem Interview auf die von NATO-Doppelbescheid, der unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gebildet worden war. Sein Ziel sei eine Null-Lösung gewesen, innerhalb der die sowjetische Mittelstreckenrüstung soweit reduziert würde, daß „es null weiterer atomarer Aufrüstung auf westlicher Seite bedürfte“. Der Parteichef räumte ein, daß sich Moskau offensichtlich nicht über die Konsequenzen der Aufstellung von SS-20-Raketen im Klaren gewesen war und „auch darunter leidet“, nicht alle getroffenen Maßnahmen vorher durchgerechnet zu haben. Dies aber, so Brandt, „ist jetzt nicht mein Problem“. Er warte die Sozialdemokraten, sich vorzeitig auf ein Nein zur Nachrüstung festzulegen: Dies wäre „Wasser auf die Mühlen jener, die sagen, es hat ja gar keinen Sinn, zu verhandeln“.

Nürnberg: Kein Handlungsbedarf

GISELA REINERS, Bonn. Zu der neuerlichen Kritik von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß am Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Fritz Himmelreich: „Der Knochen ist doch abgeknagt.“ Die flexible Nutzung der Vorschriften über die Vermittlung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen sei eine Frage der Praxis und nicht des Gesetzes.

Der CSU-Vorsitzende hatte sich in der vorigen Woche in einem weiteren Brief an den Präsidenten der Bundesanstalt in Nürnberg, Josef Stügel, dafür ausgesprochen, vorhandene gesetzliche Möglichkeiten zur Beteiligung Dritter an der Vermittlung besser zu nutzen. In diesem Zusammenhang verweisen sowohl die Arbeitgeber als auch das Bundesarbeitsministerium auf zahlreiche Aktionen der Arbeitsverwaltung, bei denen Private eingeschaltet sind, wie z. B. die „Bild-Zeitung“, die gestern mit einer Lehrstellen-Vermittlungsaktion begonnen hat. Das Ministerium wie Arbeitgeber und Gewerkschaften, die zusammen auch in den Selbstverwaltungsgremien der Nürnberger Bundesanstalt sitzen, sehen keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Militärabkommen in Mittelamerika

Guatemala und El Salvador haben nach Angaben aus beiden Ländern eine enge militärische Zusammenarbeit vereinbart. Ein kurz nach dem Militärputsch in Guatemala vom 8. August vereinbartes Abkommen sieht vor, daß Guatemala die salvadorianische Armee bei der Bekämpfung von Rebellen unterweist und im Gegenzug von El Salvador Waffen erhält. Nach Angaben eines Regierungssprecher in San Salvador hatte sich die militärische Kooperation bisher auf die Zusammenarbeit im Grenzgebiet beschränkt.

Nach dem Abkommen sollen guatemalische Experten Angehörige der 24 000 Soldaten umfassenden salvadorianischen Armee in Guatemala im Anti-Guerrilla-Kampf ausbilden. Als Gegenleistung werde El Salvador leichte Waffen und Munition aus seinen Beständen an Guatemala liefern, die im wesentlichen von den USA geliefert wurden.

Schweden klagen „fremde Mächte“ an

Der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, General Lemnat Ljung, ist durch die ständigen Verletzungen der Territorialgewässer durch fremde Mächte tief beunruhigt. Es stehe fest, daß in diesem Sommer fremde U-Boote in den Bottnischen Meerbusen eingedrungen seien. Seit September 1980 seien solche Verletzungen etwa 100mal vorgekommen, sagte der General gestern in einem Interview der Zeitung „Svenska Dagbladet“.



Bruno Skorpil, Kronberg

„Ich helfe mit, Beitragssteigerungen zu verhindern“

Wie ich das mache? Ganz einfach: Ich habe mit meiner privaten Krankenversicherung einen modernen Selbstbeteiligungstarif vereinbart und wähle nicht immer die teuersten Wege zur Gesundheit, wenn ich mal krank bin, sondern die wirksamsten. Ich spreche auch mit meinem Arzt über die Höhe des Honorars, bitte meinen Zahnarzt um Kostenvoranschläge und prüfe die Rechnung anhand der Gebührenordnung.*

Denn im Endeffekt müssen wir Versicherten immer dann Beitragssteigerungen hinnehmen, wenn zu viele und zu teure Leistungen verlangt wurden.

Wenn alle mithelfen, werden wir es schaffen, die Kosten und damit die Beiträge in vertretbaren Grenzen zu halten. Es geht um den Bestand unseres leistungsfähigen Krankenversicherungssystems. Und das betrifft die gesetzlich wie die privat Versicherten.

Die privaten Krankenversicherungen

Sie nutzen auch ihnen.

* Übrigens: Seit 1. Januar 1983 gilt eine neue Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ). Privatversicherte können sie beim PKV-Verband kostenlos anfordern.

Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 51 1040, 5000 Köln 51

Frankreich schickt weitere Fallschirmjäger nach Tschad

Rebellenführer stellt Bedingungen für Verhandlungen

DW, NDJama/Beinn

Frankreich will die Zahl seiner Soldaten in Tschad in den nächsten Tagen von rund 500 auf 700 Mann vergrößern. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs, das Guy Penne, Afrikanischer Berater des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, in NDJama mit dem tschadischen Präsidenten Hissène Habré führte. Die Franzosen sollen tschadische Truppen bei den Kämpfen gegen die Rebellen unter dem früheren Präsidenten Goukouni Weddeye beraten, haben aber auch Anweisung, sich im Ernstfall mit der Waffe zu verteidigen.

Die neuen Einheiten sollen in der Hauptstadt NDJama Fallschirmjäger ersetzen, die näher an die Front, nach Abéché im Osten und Salal im Westen, abkommandiert worden sind. Bei Salal haben die tschadischen Truppen eine neue Verteidigungslinie errichtet. Die „Front“ verläuft inzwischen fast genau in der

Mitte Tschads, etwa 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt.

Rebellenführer Weddeye hat verlangt, daß die USA, Frankreich und Zaire Berater und Truppen aus dem Land abziehen, bevor irgendwelche Friedensgespräche beginnen könnten. Wie die libysche Nachrichtenagentur Jana meldete, stellte Weddeye diese Forderung in einem Brief an den amtierenden Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), den äthiopischen Führer Mengistu Haile Mariam.

Darin habe sich Weddeye bereit erklärt, „mit der OAU zusammenzuarbeiten, um eine gerechte, friedliche und dauerhafte Lösung für die internen Probleme Tschads zu verwirklichen“. Die Agentur bezeichnete die mit libyscher Unterstützung kämpfenden Rebellenverbände Weddeyes als Verbände der „legitimen Regierung“ und nannte Präsident Habré einen „Usurpator“.

Seite 2: Grand Design in der Sahara

Kaum noch Chancen für Grund- und Hauptschullehrer

Umfrage über die Situation in den Bundesländern

dpa, Hamburg

Die Zahl der arbeitslosen Lehrer ist zu Beginn des neuen Schuljahres höher als je zuvor. Eine dpa-Umfrage in den Bundesländern ergab, daß nur ein geringer Teil der Bewerber für den Schuldienst eingestellt worden ist. Immer häufiger werden befristete Angestellten- oder Teilzeitarbeitsverträge vergeben. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schätzt, daß zum Schuljahresbeginn rund 40 000 Pädagogen mit zweitem Staatsexamen arbeitslos sind, etwa 10 000 mehr als vor einem Jahr.

Ohne Zahlen aus Bayern, wo das neue Schuljahr erst Mitte September beginnt, hat die dpa-Umfrage ergeben, daß von mindestens 30 000 Bewerbern weniger als 20 Prozent eingestellt wurden. Dabei hat sich ein Teil in verschiedenen Bundesländern gebildet.

Ganz besonders schlecht sieht es für Grund- und Hauptschullehrer aus. Deren Bewerbungen wurden beispielsweise in Niedersachsen überhaupt nicht mehr gezählt, weil ohnehin niemand eingestellt wurde. Relativ am besten sind die Chancen für Berufsschullehrer.

Schleswig-Holstein: Zum Schuljahresbeginn wurden 69 Lehrer als Beamte eingestellt, rund 300 erhielten „befristete, volle oder halbe“ Angestelltenverträge.

Hamburg: Die vom Senat garantierten 200 offenen Stellen im Jahr wurden diesmal alle von Lehrern besetzt, die bisher einen befristeten Vertrag hatten. Echte Neueinstellungen gab es nur 64.

Niedersachsen: 563 Lehrer wurden neu eingestellt, 223 von ihnen mit einem 4-Jahres-Deputat.

Bremen: 50 Neueinstellungen, dabei handelt es sich ausschließlich um befristete Teilzeitarbeitsverträge.

Berlin: 246 Lehrer wurden neu eingestellt, 228 Arbeitsverträge wurden verlängert.

Nordrhein-Westfalen: 1850 Stellen sollen neu besetzt werden.

Hessen: Rund 1000 neue Lehrer werden eingestellt, 700 davon hatten unbefristete Verträge bekommen.

Rheinland-Pfalz: 3300 Lehrer hatten sich beworben, 470 wurden eingestellt.

Saarland: 43 Grund- und Hauptschullehrer, die bisher eingestellt waren, wurden als Beamte übernommen. 13 Lehrer erhielten neue Angestelltenverträge. An den anderen Schulen wurden 52 Lehrer als Beamte neu eingestellt. Außerdem 16 mit halber Stundenzahl.

Baden-Württemberg: Von 4320 Neubewerbern wurden 1080 eingestellt, dazu kommen 285 Einstellungen von der Warteliste.

WELT NACHRICHTEN

Wichtiger Indikator

Stw. - Den Aufschwung mit Produktions- und Umsatzzahlen nachzuweisen ist noch immer recht mühsam. Auftragsrückgang und Unternehmensbefragungen spiegeln die verbesserte Stimmung da schon eher wider. Einen stetigen und steilen Aufwärtstrend zeigt dagegen die Größe, die gerade in einer Marktwirtschaft ein wichtiger Indikator ist: die Zahl der Unternehmensgründungen.

Das Handwerk berichtet von einer Existenzgründungswelle, die Kreditbewilligungen im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms des Bundes schnell im ersten Halbjahr um 250 Prozent in die Höhe trieb. Die Zahl derer, die sich selbstständig machen, ist aber nur selten die Voraussetzung für eine Unternehmensgründung mitbringen. Unabhängig davon ist jedoch ohne Zweifel der Drang in der Selbstständigkeit gewachsen. Und das, obwohl die Insolvenzzahlen weiter bedrohlich hoch sind.

Kammern und Verbände haben in den letzten Jahren viel getan, um jungen Unternehmern den Start zu erleichtern. Sie stoßen aber an Grenzen, da die Finanzierungsschwierigkeiten und bürokratische Hemmnisse höchstens mildern, nicht jedoch abschaffen können. Hier sind die Politiker gefordert. Die Bundesregie-

lung ist im Wort, die oft beschworene Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit in der Praxis umzusetzen - damit die Flut von Existenzgründungen nicht in einer Welle enttäuschter Hoffnungen mündet.

Erpreßbar

dos. - Was von der niedersächsischen Landesregierung triumphal als Erfolg verkündet wird, zeigt einmal mehr, daß die Bemühungen der öffentlichen Hände um Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen immer gleichsam mit dem Einsatz massiver finanzieller Mittel. Jüngstes Beispiel ist die „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei, die mit dem von der Konzernspitze gefällten Beschluß, den Standort Cuxhaven aufzugeben und damit 500 Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen, die Stadt und das Land zum Handeln zwang. Die jetzt getroffene Vereinbarung, wonach das Land Niedersachsen für 80 Millionen Mark den „Seedler“-Komplex erwirbt und an die „Nordsee“ verpachtet, hat diese Absicht revidiert. Die Landesregierung, die angesichts der für die Stadt bedrohlich erscheinenden Entwicklung eigene Ministerpräsident Ernst Albrecht für diese Geschäft abgelehnt, kann darauf verweisen, daß es sich um kein Geschenk aus Steuermitteln handelt; der Gegenwert ist das Grundstück. Fraglos aber beweist sich auch in diesem Fall wieder die Erpreßbarkeit der öffentlichen Hand, wenn das Argument des Abbaus von Arbeitsplätzen nachdrücklich genug gehandelt wird.

Blick über die Halden

Von HANS BAUMANN

Zusammen mit den zehn Millionen Tonnen Bundesreserve lagern in den deutschen Steinkohleminen 45 Millionen Tonnen Kohle. Monte Carbone hat damit seinen technischen und wirtschaftlichen Zenit erreicht. Kohlehalden sind teuer, vom Platz her, von der Kapitalbindung und deren Verzinsung. Monte Carbone hat aber noch einen anderen negativen Effekt: Dieses Kohlebergwerk stellt den Blick in die energiepolitische Zukunft. Dieser Berg liegt auf der Brust der politisch Verantwortlichen, wenn sie am 29. September Luft holen wollen für zukunfts-trächtige Vorschläge oder gar Entscheidungen. Dann nämlich beginnt beim Bundeswirtschaftsminister die „Kohlerunde“, die zwangsläufig eine Energiendeckelung werden wird.

Mit der weitestgehenden Wirtschaftslage, mit dem Verfall der Energiepreise und der Nachfrage nach Stahl sind die im Boom verarmten Wunden des „Alten Mannes an der Ruhr“ wieder aufgebrochen: die Monstrukturen, die Kopplastigkeit der Montanwirtschaft. Die Kohle- und Energie-Runde wird daher wohl auch eine Revier-runde werden, denn dem Ruf nach einer Umstrukturierung des Reviers, der nun schon seit Beginn der 1980 nicht mehr verhallt, sollten zum endlich Taten folgen.

Tatsache ist, daß die beiden prägenden Branchen Stahl und Kohle überzogen sind, daß Öl und Gas durch Flauten und spärlichen Umgang mit Energie Pedern lassen mühen, daß aus den gleichen Gründen die Elektrizitätswirtschaft nur noch mit mageren Zuwachsraten rechnen kann, die ihre Investitionslust und -kraft hemmen. Bisher haben die Zeiten der wirtschaftlichen Blüte die Probleme des Reviers immer wieder überdeckt - und kann dann die Flaute, so war die Macht der beiden Montanblöcke groß genug, um ernsthaften Wandel vor allem im politischen Bereich zu verhindern.

Während in Niedersachsen und im Rhein-Main-Becken neue, intelligente Industrien entstanden, die nicht zuletzt das motivierte Potential menschlicher Arbeitskraft anzuheben, blieb das Revier das Land des Bizeps und verkam mit seinen hohen Arbeitslosenquoten zum Armenviertel der Nation. Im Nordrhein-Westfalen leistet zwar ein 15-MW-Reaktor in Jülich hervorragende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der einzigen

deutschen Reaktorentwicklung, dem Hochtemperaturreaktor nach dem Schulten-System. Einen Kernkraftblock aber, der preiswerte Elektrizität liefert und damit die Wirtschaft des Reviers wettbewerbsfähig macht, gibt es bis heute nicht. Mit den Namen der Wirtschaftsminister Riemer und Jochimsen läßt sich dieser kaum noch aufzuholende Rückschritt personifizieren. Selbst als die von ihnen um jeden Preis verteidigte Kohle nach Kernenergie rief, die ihre Zukunft sein wird, weil sie nur mit dieser kostengünstigen Energie veredelt und absetzbar gemacht werden kann, kam das stereotype Nein aus Düsseldorf: Kohle, Kohle über alles.

Nach dem Versäumnis bei der Kernkraft ist Düsseldorf jetzt dabei, einen anderen Schritt zu setzen, indem es die Kohle aus der alten Fährnis zum Teil wieder wettmachen könnte; zu verhindern: die industrielle Umstrukturierung im Bereich der Kohle. Daß Kohle einst zum Stahl gehörte, ist unbestritten. Doch diese Ehe ging schon mit der Gründung der Ruhrkohle AG auseinander.

Heute heißen die Partner - deutlich sichtbar im Jahrbuchvertrag zwischen Kohle und Stromwirtschaft - Kohle und Elektrizität, mit wachsender Intensität, wenn die Tal-fahrt der Konjunktur beendet sein wird. Warum, so wird man sich schon vor der Kohlerunde fragen, sollen nicht die in die Verantwortung für die deutsche Kohle übertragene werden, die - wie früher der Stahl - besonders von ihr abhängig sind, die Stromerzeuger nämlich.

Die Frage gehört auf den Tisch, warum die größten Ruhrkohlepakete bei den Stahl-Altkonzernen Krupp, Salzgitter, Hoesch, Siderhar, Thyssen und Klöckner verbleiben müssen, warum die Veba ihre 27,3 Prozent nicht aufkufen und die Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW) in Dortmund nicht zum neuen Kohlelieferant werden können.

Eine privatwirtschaftliche Heimat würde der Kohle besser bekommen als die Subventionskasse Staat. Vielleicht erinnert man sich in Düsseldorf einmal an das Kohleverbund-Modell des Werner von Dettlaff, der es bei Hibernia mit Erfolg praktizierte. Richtig: Düsseldorf schaut ja nicht zurück, sondern immer nur vorwärts - auf die nächste Wahl.

INVESTITIONEN / Untersuchung des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft

Dienstleistungen haben sich zur starken Wachstumsstütze entwickelt

HEINZ HECK, Bonn

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist bei ihrer Suche nach neuen, wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen als Reaktion auf den weltweiten Strukturwandel offensichtlich ein gutes Stück vorangekommen.“ So lautet das Fazit einer Analyse des Kölner Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW). Danach sind vor allem die Dienstleistungen, also der tertiäre Sektor, auf breiter Basis zu einer starken Wachstumsstütze geworden.

Nach 1973, dem Jahr des ersten Ölpreisschocks, haben 14 von 345 Branchen ihr Investitionstempo trotz verlangsamten Produktionswachstums noch beschleunigt. Die Studie mit dem Titel „Tempoverlagerungen der Produktion, Investition- und Beschäftigungsentwicklung“ wertet dies als Indiz, daß hier „offensiv nach neuen Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten“ gesucht worden sei. Für diese Gruppe sei die Phase der positiven Neuorientierung allerdings noch nicht abgeschlossen.

Dagegen hätten die „sonstigen Dienstleistungen“, die vom Gastgewerbe bis zu Ingenieurbüros und Leasing-Unternehmen reichen, als einziger Wirtschaftssektor seit 1973 sowohl Produktion als auch Investitionen und Beschäftigung erhöhen und sogar die Zuwachsraten aus den „goldenen Sechzigern“ (1960/1973) noch übertreffen können.

Diese Entwicklung erscheint um so bemerkenswerter, als das Tempo des gesamtwirtschaftlichen Wachstums von jahresdurchschnittlich 4,3 Prozent (1960 bis 1973) auf 2,6 Prozent (1973 bis 1980) abgenommen habe. Die frühere Wachstumsstärkung, in der das verarbeitende Gewerbe noch zur Spitzengruppe zählte, hat

Da die deutsche Wirtschaft insgesamt nach 1973 nicht so stark investiert hat wie zuvor, hat sich nach IW-Berechnungen seit 1974 unter bestimmten Annahmen eine rechnerische Investitionslücke von rund 200 Milliarden Mark aufgetan. Dabei wurde unterstellt, daß die Investitionstätigkeit zwischen 1974 und 1980 ohne Bruch im Trend der Zeitspanne 1960/73 fortgesetzt worden wäre. Die beschäftigungspolitischen Wirkungen dieser Investitionslücke beziffert das IW auf einen Fehlbetrag von rund 1,9 Millionen Arbeitsplätzen.

Davon entfielen der größte Teil auf das verarbeitende Gewerbe (1,1 Millionen) und die Bauwirtschaft (etwa 500 000). Vor allem bei den sonstigen Dienstleistungen erreichte sich ein Überschuss von 100 000, in der Landwirtschaft von 40 000. Hätte indes die deutsche Wirtschaft von 1973 bis 1980 tatsächlich rund 1,9 Millionen Arbeitsplätze mehr bereitgestellt, so wäre dies „einer Arbeitsmarktsituation mit Überbeschäftigung gleichgekommen“.

Trotz dieser Lücke spricht das IW nicht von einer allgemeinen Investitionslage. Immerhin habe jeder dritte Wirtschaftszweig von 1973 bis 1980 mehr investiert als zwischen 1960 und 1973 (Jahresdurchschnitt).

Zwischen Investitionen und Beschäftigung registriert das Institut „einen engen Zusammenhang“. Von den zehn Wirtschaftszweigen, die von 1973 bis 1980 am stärksten investierten, haben sieben ihre Beschäftigung erhöht.

AUF EIN WORT



Wir haben unser Augenmerk auf das breite Spektrum der Rohwasserbeeinträchtigung von den industriellen und kommunalen Abwasseremissionen über Sondermülldeponien bis hin zur Überdüngung durch die Landwirtschaft zu richten. Unser Leitmotiv kann jedoch nur heißen: Reinhaltung des Rohwassers statt Wasserreparatur.

Dr. Fritz Giller, Mitglied des Vorstandes der Rheinisch-Westfälischen Energie AG, Köln.

Sparpolitik ist nicht überzogen

WVD, Bonn
Den sich in jüngster Zeit mehrenden Forderungen, im Interesse des Konjunkturaufschwungs die restriktive Haushaltspolitik zu lockern, hat die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer eine deutliche Absage erteilt. In einer Stellungnahme der Organisation heißt es, je energischer durch Ausgabenkürzungen der Haushalt in ein besseres Gleichgewicht gebracht und der öffentliche Verbrauch zugunsten investiver Ausgaben zurückgedrängt werde, desto mehr beseitigen sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen.

FINANZMÄRKTE

Weitere Zinsentspannung beflügelt Wertpapierbörsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Entspannung an den internationalen Zins- und Devisenmärkten machte gestern weitere Fortschritte, und die deutschen Wertpapierbörsen warteten mit weiteren Kurssteigerungen bei Aktien und festverzinslichen Papieren auf. Dennoch war eine gewisse Enttäuschung zu spüren, daß die Abwärtsbewegung des Dollarkurses im Laufe des Tages durch einen Wiederanstieg unterbrochen wurde.

Der Dollar, der von 2,7278 bei der amtlichen Notierung am Freitag gestern morgen auf 2,69 DM unter dem Eindruck sinkender amerikanischer Zinsen gefallen war, befestigte sich zur gestrigen amtlichen Notiz in Frankfurt wieder auf 2,714 DM und außerordentlich bis auf 2,7150 DM. Nach Meinung von Devisenhändlern

wurde der Wiederanstieg durch die Eindeckung von Baissepositionen ausgelöst, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Markt noch nicht bereit war, dem von den Baisiers erwarteten Schwächetrend zu folgen.

Trotz des Wiederanstiegs des Dollarkurses im Laufe des Tages verstärkte sich der Aufwärtstrend an den deutschen Börsen. Die Anfangsgewinne gingen zwar während der Börsensitzung teilweise verloren, doch setzte sich zum Schluß abwärts eine feste Tendenz durch. Favorisiert waren die Großchemiek Aktien mit Gewinnen bis zu vier Mark nach dem guten Höchst-Zwischenbericht sowie VW (plus 10 DM). Die Renten-kurse zogen bis um 60 Pfennig an, und die Bundesbank verkaufte für 147 Millionen Mark Bundesanleihen allein in Frankfurt.

ÖFFENTLICHE HAND

Den Rentenmarkt in diesem Jahr weniger beansprucht

Im ersten Halbjahr 1983 hat sich der Bruttoabsatz festverzinslicher Wertpapiere am deutschen Kapitalmarkt von 103,3 auf 122,7 Milliarden Mark gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit erhöht. Das Wachstum betrug 18,8 Prozent. Noch stärker ist der Nettoabsatz nach Abzug der Tilgungen gestiegen, nämlich um 48 Prozent auf 49,9 Milliarden Mark.

Das höhere Mittelaufkommen ist nach einer Untersuchung der BfF-Bank spürbar durch den Anstieg der „sonstigen“ Bankschuldverschreibungen“ getragen worden, die primär der Kreditgewährung der gewerblichen Wirtschaft dienen, die auf 32,5 Milliarden Mark kletterten. Sie sind im Gegensatz zu Pfandbriefen und Kommunalobligationen nicht an bestimmte Aktivgeschäfte der Banken gebunden. 44 Prozent des Brutto-

absatzes betrafen die kurze Laufzeit bis zu einem Jahr. Die öffentliche Hand hat im ersten Halbjahr Anleihen für netto 14,5 Milliarden Mark aufgenommen, 2,3 Milliarden weniger als im ersten Halbjahr 1982. Einbezogen sind Kassen- und Bundesobligationen, welche die dominierende Rolle spielten. Der Marktanteil der öffentlichen Anleihen ist auf unter 30 (37) Prozent gefallen. Noch deutlicher ist die Quote der Kommunalobligationen am Nettoabsatz gesunken, nämlich von 57 auf 38 Prozent. Da diese in erster Linie der Refinanzierung von Krediten an öffentliche Haushalte dienen, ist der „Staatskredit“ am Rentenmarkt kleiner geworden, während andererseits die sonstigen Bankschuldverschreibungen und die Schuldverschreibungen von Spezialinstituten Anteilsgewinne erzielen konnten.

FISCHWIRTSCHAFT / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Wolfgang von Geldern

Probleme nach Grönlands EG-Austritt

HEINZ HECK, Bonn

„Das Kooperationsangebot der deutschen Fischwirtschaft ist mit großem Interesse aufgenommen worden.“ Das erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Ernährungsministerium, Wolfgang von Geldern (CDU), zu seinem kürzlichen Besuch in Grönland. Durch den mit Volksabstimmung beschlossenen Austritt der Insel aus der Europäischen Gemeinschaft ergeben sich aus deutscher Sicht Probleme gerade für die nördliche Küstenregion. Von Geldern hat in seinen Gesprächen mit der Regierung Grönlands (etwa 50 000 Einwohner) darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Cuxhaven (rund 60 000 Einwohner) etwa 80 Prozent der Bevölkerung direkt und indirekt von der Fischwirtschaft abhängig seien.

Der Bundesregierung liege daran, in den voraussichtlich langwierigen und komplizierten Austrittsverhandlungen (einstimmige Beschlüsse im

Ministerrat erforderlich) eine Kopplung der anstehenden Fragen zu erreichen; also die Vergabe von Fangrechten (50 Prozent der deutschen Hochseefischerei entfällt auf grönländische Gewässer) an die EG-Staaten, der zollfreie Zugang für grönländische Erzeugnisse in die Gemeinschaft nach dem Austritt der Insel, die wirtschaftliche Kooperation und mögliche Finanzhilfen der EG. Besser am Schluß dieser Prozedur, die bisher einmalig in der EG-Geschichte sei, sollte über den künftigen Status Grönlands, das im dänischen Reichsverband bleiben wolle, verhandelt werden.

Wenn in wirtschaftlichen Fragen eine Einigung erzielt werden könne, sei die Statusfrage „zweitrangig“. Insel-Premier Motzfeldt habe seinen Besuch als „politisches Signal“ dafür gewertet, daß die Bundesregierung die persönlichen Kontakte mit Grönland auf hoher Ebene vertiefen wolle,

erklärte von Geldern der WELT. Man sei sich einig gewesen, für die Erhaltung der Fischbestände in grönländischen Gewässern zu sorgen, die die Existenzgrundlage für die Insel darstellen. Eine Delegation der deutschen Fischwirtschaft werde so rasch wie möglich nach Grönland reisen, um Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit zu erörtern.

Von Geldern sieht als Ergebnis seiner Reise zwar noch „keinen Durchbruch“ in den strittigen Hauptpunkten der Austrittsverhandlungen. Doch wertet er positiv, daß er Verständnis gefunden habe für die Bedeutung, die die Bundesregierung aus innen- wie regionalpolitischen Gründen einer ausreichenden Absicherung der deutschen Fischereiindustrie beimesse. Von Geldern rechnet nicht mit einer einseitigen Erklärung der grönländischen Selbstverwaltung mit dem Ziel eines ersatzlosen Ausscheidens aus dem Geltungsbereich der EG-Fischereipolitik.

US-BANKEN

Im Kreditgeschäft werden Vorschriften immer strenger

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer kürzer wird die Kette, die den Aktionsraum der US-Banken im Kreditgeschäft festlegt. Die Gesetzgeber in Washington und die Überwachungsbehörden überbieten sich bei der Formulierung strenger Vorschriften. Hier wirkt sich der Schock aus, der Amerika erschütterte, als die internationale Verschuldungskrise das gigantische und riskante Engagement der Banken in der Dritten Welt, aber vor allem in Lateinamerika, offenbarte. Weniger großzügig sind die Überwacher auch wegen der vielen Bankpleiten während der gerade überstandenen Rezession.

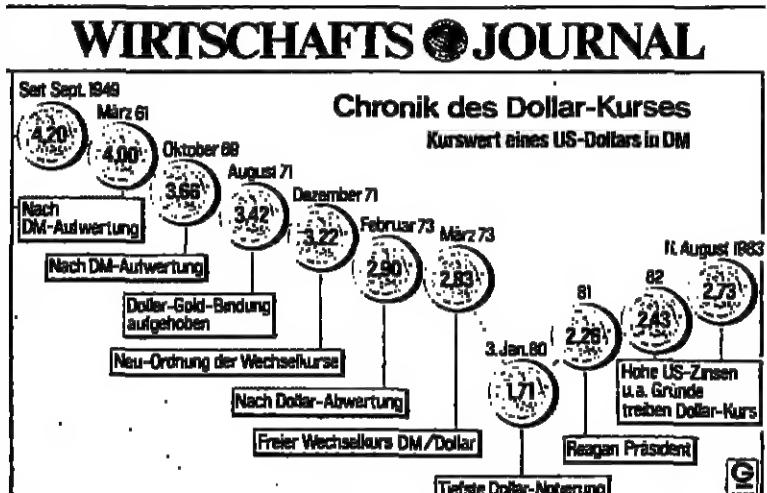
Die Securities and Exchange Commission (SEC), zuständig für die Bilanzwahrheit bei Aktiengesellschaften, hat jetzt die öffentlichen Bankholdings angewiesen, alle Länder aufzulisten, auf die ausstehende Kredite entfallen, die ein Prozent der Bilanzsumme übersteigen. Die neue Regel gilt für Jahresberichte, die am 31. Dezember 1983 abschließen. Bisher waren diese Angaben freiwillig. Wirtschaftliche Schwierigkeiten in einzelnen Staaten müssen genau beschrieben werden, wenn Zinsdienst und Tilgung gefährdet sind. Für die USA verlangt die SEC künftig Angaben über die Konzentration der Ausleihungen auf einzelne Industriezweige, falls sie mehr als zehn Prozent der ausstehenden Kredite ausmachen.

Die SEC-Auflagen sind schärfer als die des Federal Reserve Board und des Controller of the Currency. So muß der Jahresbericht auch alle Dar-

lehen ausweisen, auf die in den letzten 90 Tagen keine Zinsen gezahlt wurden sind oder die umgeschuldet wurden, weil sich die Kreditnehmer in einer Finanzklemme befanden. Angaben werden muß zudem der genaue Umfang und Anteil der Problemkredite an den Gesamtausleihungen.

Erst Mitte Juni hat die amerikanische Bankenaufsicht neue Richtlinien erlassen, wonach die 17 größten US-Institute über einen Eigenkapitalbestand verfügen müssen, der mindestens fünf Prozent ihrer Vermögenswerte entspricht. Unter diesem Limit liegen die Bank of America, Citicorp., Chase Manhattan Corp., Bankers Trust, New York Corp. und Irving Bank Corp., die innerhalb von zwei Jahren etwa 800 Millionen Dollar zur Verbesserung ihrer Eigenkapitalstruktur aufbringen müssen. Das „Fed“ sieht in der Auflage einen Weg, um in Zukunft eine Verschlechterung der Kapitalstruktur der Großbanken zu verhindern.

Amerikas Banken werden noch enger an die Kette genommen, wenn sich die Version des Repräsentantenhauses im Senat über die Zahlungen der USA an den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Vermittlungsausschuß durchsetzt. Danach müssen die Institute bei dubiosen Darlehen an ausländische Kreditnehmer Rückstellungen vornehmen. Unter sagt sind Umschuldungsgebühren, soweit sie die Verwaltungskosten übersteigen, und „exzessive Gewinne“ gegenüber Ländern, die IWF-Hilfe erhalten. Begrenzt wird die Kreditvergabe je Land.



Langsamer Verfall und glänzendes Comeback der westlichen Leitwährung: Diese Wechselkurschronik spiegelt sich im Austauschverhältnis zwischen Dollar und D-Mark wider. Von 4,20 Mark für einen Dollar im Jahr 1949 fiel der Kurs bis auf 1,71 Mark im Jahr 1980. Danach ging es langsam aber stetig wieder aufwärts.

Zölle werden abgebaut

Brüssel (dpa/VWD) - Mit dem Abbau der letzten Zollhürden wird nach dem 1. Januar 1984 der industrielle Freihandel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Freihandelszone (EFTA) in vollem Umfang verwirklicht sein. Die EG wird bis zu diesem Zeitpunkt die noch bestehenden Zölle bei Papierabgaben können. Das betonte der Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, durch den Abbau der noch bestehenden Behinderungen am Binnenmarkt kann sich die EG, nach Haferkamp, einen Markt mit 270 Millionen Einwohnern schaffen. Durch die Freihandelsabkommen mit den EFTA-Ländern Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz und Finnland (assoziiertes Mitglied) erweitert sich dieser Markt auf über 300 Millionen Einwohner. Damit kann Europa über einen größeren Markt als die USA verfügen. Haferkamp plädierte dafür, daß die EG-Maßnahmen zur Schaffung des Binnenmarktes nicht zu einer Abschottung gegenüber den EFTA-Ländern führen.

EG: Besorgnis wächst

Brüssel (VWD) - In der EG wächst die Besorgnis über den anhaltenden Trend in den USA, ihren Gesetzen exterritoriale Geltung zu verschaffen. Als jüngstes Beispiel der amerikanischen Nadelstichpolitik gibt ein Urteil des Obersten Gerichtshofes über die Einheitsbesteuerung, die mittlerweile von 14 US-Bundesstaaten praktiziert wird und die vermutlich auch bundesweit eingeführt werden könnte. Wie aus EG-Kreisen verlautete, haben die EG-Botschafter in Washington in der vergangenen Woche bei der US-Regierung protestiert, daß nach diesem Urteil die Besteuerung einer Tochtergesellschaft nach den Gewinnen der Muttergesellschaft möglich wäre. Davon wären nicht nur die US-Unternehmen mit überseeischen Niederlassungen betroffen, sondern auch ausländische Gesellschaften mit einer Niederlassung in den USA würden nach ihren weltweiten Gewinnen besteuert.

Preisempfehlung erlaubt

Karlsruhe (dpa/VWD) - Kraftfahrzeug-Händler dürfen in einer gemeinsamen Zeitschriften-Werbeanzeige auf die unverbindliche Hersteller-Preisempfehlung hinweisen, wenn sie gleichzeitig verdeutlichen, daß darin die Überführungskosten als Auslieferungslager noch nicht enthalten sind. Nach einem am Montag vom I. Zivilsenat des Karlsruher Bundesgerichtshof-

ses (BGH) veröffentlichten Urteil stellt ein derartiger Vorgang keinen wettbewerbswidrigen Verstoß gegen die Preisangabenverordnung dar.

Notwendige Importkohle

Frankfurt (VWD) - Gegen die in der Diskussion befindliche drastische Reduzierung der erst 1981 erweiterten Kontingente für die Einfuhr von Kohle aus Drittländern wendet sich der Bundesverband Steine und Erden e. V. in Frankfurt. Dann nämlich wären die für den Kohleabsatz von der Branche aus eigener Kraft getätigten Investitionen von mehr als drei Milliarden Mark weitgehend nicht mehr rechtfertigbar, heißt es in einer Mitteilung. Die Steine- und Erden-Industrie, insbesondere ihre energieintensiven Bereiche wie die Zementindustrie, hat ihren Kohleverbrauch seit 1979 auf drei Millionen Tonnen p. a. im Jahre 1982 verdreifacht. Sie zählt damit zu den größten industriellen Kohleverbrauchern der Bundesrepublik.

Mehr Auslandsbanken

Frankfurt (AFP) - Die Zahl der Auslandsbanken in der Bundesrepublik nimmt weiter zu. Nach neuesten Unterlagen der Bundesbank waren Ende Mai dieses Jahres 240 Kreditinstitute aus 40 Ländern mit 106 Zweigstellen, 290 Repräsentanzen und 25 Tochterinstituten. Das weitaus größte Kontingent stellen dabei die US-Banken. Mit Abstand zweitgrößter Standort für die Auslandsbanken ist Frankfurt. Das Geschäftsvolumen der Auslandsbanken lag Ende Mai bei 57,6 Milliarden Mark gegenüber 57 Milliarden Mark Ende 1982 und 34 Milliarden Mark 1977. Dies ist ein Anteil von 2 Prozent an einem Gesamtvolumen von 2,7 Billionen Mark.

Steigender Strombedarf

Frankfurt (VWD) - Der langfristige Trend eines verminderten Primärenergieverbrauchs bei steigendem Strombedarf setzte sich 1982 in der Bundesrepublik fort. Hierauf weist die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt hin. Je 1000 D-Mark Brutto-Inlandsprodukt wurden rund zwei Prozent weniger Primärenergie verbraucht als 1981. Der Brutto-Stromverbrauch je 1000 D-Mark Brutto-Inlandsprodukt blieb dagegen bei einem leichten Zuwachs um 0,2 Prozent nahezu konstant. Die VDEW weist in diesem Zusammenhang auf die rationellere Energienutzung und das Sparen von Primärenergie durch den verstärkten Einsatz der Sekundärenergie Strom hin.

FRANKREICH / Höhere Steuer auf Video-Recorder

Betriebe werden entlastet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Nachdem Wirtschafts- und Finanzminister Delors den Franzosen für 1984 eine weitere Verschärfung ihrer Besteuerung in Aussicht gestellt hat, erwägt er jetzt gewisse Steuererleichterungen zugunsten der Unternehmen. Darüber will sich Staatspräsident Mitterrand heute mit Patronatspräsident Gattaz im Elysee-Palast unterhalten. Die Entscheidungen wird die Regierung allerdings erst Anfang September bei der Festlegung des neuen Haushaltsplanes treffen.

Schon für das laufende Jahr ist die Freistellung derjenigen Unternehmer von der Vermögenssteuer vorgesehen, die mit weniger als 25 Prozent am Kapital der von ihnen geleiteten Unternehmen beteiligt sind. Während alle sonstigen Privatvermögen von mehr als zwei Millionen Franc schon seit 1982 besteuert werden, sollte diese Unternehmensgruppe erst im nächsten Oktober zur Vermögenssteuer auch auf „Arbeitsinstrumente“ herangezogen werden.

Schon letztes Jahr war den Unternehmen die Vermögenssteuer für Beteiligungen von mehr als 25 Prozent bis 1985 gestundet worden. Die-

ser Termin könnte jetzt weiter hinausgeschoben werden. Nicht ausgeschlossen ist, daß die Vermögenssteuer für sämtliche zur Ausübung des Unternehmerberufes notwendigen Werte definitiv abgeschafft wird.

Für die Unternehmen selbst plant die Regierung die Einführung des „carry back“, wie es auch in anderen Ländern, darunter der Bundesrepublik, angewendet wird. Danach können Betriebsverluste von den steuerpflichtigen Gewinnen der Folgejahre abgesetzt werden. Die der französischen Staatskasse aus dieser Weise entstehenden Steuerausfälle werden auf jährlich mehrere hundert Millionen Franc veranschlagt.

Dagegen will sich Delors nächstes Jahr zusätzliche Einnahmen von mehr als einer Milliarde Franc allein durch die Erhöhung der Sondersteuer auf Video-Recorder beschaffen. Erwartet wird, daß diese Abgabe um 30 Prozent auf 612 Franc (200 Mark) je Gerät und Jahr steigt. Auch werden die Fernsehgebühren erhöht. Vor allem aber drohen den Franzosen 1984 direkte Steuererhöhungen in der Größenordnung von 40 Milliarden Franc.

VENEZUELA / Umschuldungs-Verhandlungen mit dem IWF werden fortgesetzt

Sparmaßnahmen sind noch umstritten

Caracas
Venezuela wird nach Angaben aus Finanzkreisen in dieser Woche seine Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein Sparprogramm wieder aufnehmen. Wie am Wochenende zu erfahren war, haben die Verhandlungen des Landes mit seinen Gläubigern über die Umschuldung der 1983 und 1984 fälligen Auslandsschulden des öffentlichen Sektors von 18,4 Milliarden Dollar am Freitag zu keinem Ergebnis geführt. Der Widerstand der venezolanischen Regierung gegen die Einführung harter Sparmaßnahmen vor den Wahlen im Dezember verhinderte nach wie vor eine Einigung mit dem IWF.

Die Vereinbarung eines Sparprogramms mit dem IWF sei aber andererseits von den Banken zur Bedingung eines Umschuldungsabkommens gemacht worden, hieß es. Präsident Luis Herrera sagte in einem Interview, der IWF müsse Verständnis für die Wahlprobleme der Regierung haben und die verhältnismäßig gute Position Venezuelas angesichts seiner Devisenreserven von zehn Milliarden Dollar in Betracht ziehen.

Bei den Gesprächen zwischen Venezuela und dem IWF geht es einerseits um die von dem Land beantragten Mittel in Höhe von 1,1 Milliarden Dollar aus der IWF-Fazilität zur „kompensierenden Finanzierung von Ausfuhrschwankungen“ und ein begleitendes Wirtschaftsprogramm. Andererseits will Venezuela die erste Tranche auf einen IWF-Kredit und Mittel auf seine IWF-Reserveposition von zusammen 2,8 Milliarden Dollar ziehen.

Nach Angaben aus Finanzkreisen hat der IWF Venezuela eine rasche Wechselkursdevaluierung des bolivarianischen Bolívar und kräftige Ausgabenkontrollen empfohlen. Die Regierung sei gegen diese Vorschläge und wolle eine Verschiebung der Sparmaßnahmen bis nach den Wahlen erreichen. Venezuelas Finanzminister Arturo Sosa habe bei den Gesprächen mit dem Bankenberätungsamt in der letzten Woche in New York eine weitere Verlängerung der am 30. September auslaufenden 90-tägigen Tilgungsaussetzung für die Auslandsschulden des Landes ins Gespräch gebracht, hieß es in den Kreisen weiter.

Die Vertreter der Banken hätten diesem Vorschlag nicht zugestimmt und ihr Mißfallen darüber zum Ausdruck gebracht, daß Venezuela seine Zinszahlungen nicht – wie versprochen – auf dem laufenden gehalten habe. Sosa habe zugegeben, daß Venezuela mit Zinsen des öffentlichen Sektors von 196 Millionen Dollar im Rückstand sei.

Venezuela konnte dem Schuldendienst auf seine Auslandsschulden von 34 Milliarden Dollar nicht mehr nachkommen, nachdem im vergangenen Jahr die Öleinnahmen stark zurückgegangen waren. Dies hatte im Februar zur Einführung von Devisenkontrollen und zu einer Abwertung des Bolívar durch die Regierung geführt. Außerdem hatte die Regierung den IWF um Unterstützung und die Gläubigerbanken um die Umschuldung der in diesem und im nächsten Jahr fälligen Verbindlichkeiten des öffentlichen Sektors ersucht. Die erste Gesprächsrunde mit dem IWF hatte im Juli mit dem Ziel stattgefunden, bis Ende September, wenn die vereinbarte Tilgungsaussetzung endet, eine Einigung zu erreichen.

GROSSBRITANNIEN / TUC trifft Arbeitsminister

Neue Gesprächsbereitschaft

WILHELM FÜLLER, London
In dieser Woche werden zum ersten Mal seit 18 Monaten wieder Gespräche zwischen führenden Funktionären des Dachverbandes der britischen Gewerkschaftsorganisation TUC und dem britischen Arbeitsminister Norman Tebbit stattfinden. Seit Januar 1982 boykottierte der TUC den Arbeitsminister wegen dessen Reformgesetzen zur Eindämmung der gewerkschaftlichen Macht und zur Einführung von mehr Demokratie innerhalb des Gewerkschaftssystems.

Am Donnerstag und Freitag werden Gewerkschaftsführer auf eigene Initiative mit Minister Tebbit zusammenkommen, um über das neue Jugend-Ausbildungsprogramm der Regierung Thatcher (Youth Training Scheme) sowie über Regierungspläne zu diskutieren, endlich die Grundlagen für einen Wechsel auf breiter Basis von der alten Lohnstruktur zum bargeldlosen Lohntransfer durch die Abschaffung der sogenannten „Track Acts“, Gesetz zum Schutz gegen den Mißbrauch von Tausch, waren 1831 erlassen worden,

um Arbeiter vor ungerechter Entlohnung zu bewahren. In jener Zeit kam es nicht selten vor, daß der Lohn anstatt in barem Geld in Form produzierter Waren oder Naturalien entrichtet wurde. Damit können die britischen Arbeitnehmer auch heute noch auf der Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter in bar bestehen. Entsprechend tragen in Großbritannien heute noch fast 75 Prozent der Arbeiter ihren Wochenlohn in der Lohnkiste nach Hause.

Weniger als zwei Wochen vor dem Beginn des Jahreskongresses des TUC-Gewerkschaftsverbandes in Blackpool ist die stillschweigende Aufhebung des Gesprächsboykotts gegenüber dem Arbeitsminister durch führende TUC-Funktionäre mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet worden. In Blackpool steht nämlich auf der Diskussions-Agenda, ob ein grundsätzlicher Bann über alle Gespräche mit Minister Tebbit verhängt werden soll, die die Gewerkschaftsreform betreffen. In Regierungskreisen breitet sich jetzt ein gewisser Optimismus aus, daß die neue Gesprächsbereitschaft der TUC-Spitze einen Kompromiß signalisiert.

SAUDI-ARABIEN / Stark geschrumpfte Oleinnahmen

Ausgaben erheblich gekürzt

AFF, Riad
Die öffentlichen Ausgaben Saudi-Arabiens gingen nach den Angaben des Finanz- und Wirtschaftsministers Scheich Mohammad Abalkheil in den ersten vier Monaten des 14. April begonnenen neuen Steuerjahres im Vergleich zu 1982 um sechs Prozent auf 19,9 Milliarden Dollar zurück. Der Minister betonte jedoch, daß sie um neun Prozent höher lagen, als 1981 und um 37 Prozent die Ausgaben der entsprechenden Periode von 1980 übertrafen.

Finanzkreise in Riad unterstreichen dazu, daß die Einsparungen 1983/84 rund 12 Milliarden Dollar erreichen könnten, falls die Staatsausgaben im Gesamtsteuerjahr um sechs Prozent gesenkt werden sollten. Sie würden dann nur noch 60 Milliarden Dollar anstatt der im Budget eingesetzten 78 Milliarden Dollar betragen. Sie erwarten, daß die Regierungsausgaben, die seit der Bekanntgabe des neuen Staatsbudgets auf ein Mindestmaß eingeschränkt wurden, frühe-

stens Ende September gelockert werden. Die Möglichkeit wird jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Restriktionen über einen längeren Zeitraum anhalten.

Über die Staatseinnahmen des Königreiches in den ersten vier Monaten des Haushaltsjahres wurden keine offiziellen Angaben gemacht. Sie dürften jedoch nach den Schätzungen ausländischer Finanzexperten um ein Drittel unter den eingeplanten geblieben sein. Für das Steuerjahr 1983/84 waren Einnahmen von 66,5 Milliarden Dollar eingeplant. Diese Schätzung beruhte auf der Annahme, daß täglich fünf Millionen Barrel Erdöl abgesetzt werden können. Das Produktionsniveau blieb jedoch erheblich darunter.

Die Tendenz sinkender Einnahmen wirkt sich auch auf die Entwicklungspläne aus, die bereits „gestreckt“ werden mußten. Der vierte saudische Wirtschaftsplan (1985 bis 1990), sieht vor, daß die Regierungssubventionen allgemein „rationalisiert“ werden.

Junior will Bürgschaft

Geslar (dca) – Die zur Uhl-Gruppe in Ravensburg gehörende Junior Fenster- und Fassadenbau GmbH, Geslar, hat eine Bürgschaft über 2 Mill. DM beantragt. Nach Angaben des Unternehmens, dem bereits 1981 im Rahmen der Übernahme durch die Uhl-Gruppe von Estel/Hoesch eine Bürgschaft von 8 Mill. DM gewährt worden war, führte der Konkurs eines großen Bauprojektes, bei dem Forderungen von 1,7 Mill. DM bestanden, zu Liquiditätsschwierigkeiten.

Niedrigere Dividende

Hanas (dps/VWD) – Das Versandhaus Schwab AG (Hanas) mußte im Geschäftsjahr 1982/83 (28. Februar) einen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von 6,5 Prozent auf 587 Mill. DM hinnehmen. Das zum Otto Versand (Hamburg) gehörende Handelshaus erzielte jedoch im 1. Halbjahr 1983 eine leichte Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr und eine „plangerechte“ Ergebnisentwicklung“. Für das vergangene Geschäfts-

jahr wird der Hauptversammlung am 18. August eine Dividendenkürzung auf 10 (1981: 11) Prozent vorgeschlagen. Der Bilanzgewinn lag nach Angaben des Unternehmens mit 6,9 Mill. DM um 0,7 Mill. DM unter dem Vorjahreswert.

Stöhr ist zufrieden

Düsseldorf (J. G.) – Von einem „erfreulichen“ Ergebnis und einer „zufriedenstellenden“ Auftragslage berichtet die Stöhr & Co. AG, Mönchengladbach, nach dem ersten Halbjahr 1983, das 92 (im vollen Vorjahr 178) Mill. DM Umsatz brachte. Der Bereich technische Textilien habe „wie gewohnt“ gut gearbeitet. Die Kammgarnspinnerei als großer Verlustträger der beiden letzten Jahre sei in die schwarzen Zahlen gekommen.

Verluste bei Sony

Nürnberg (dps/VWD) – Die Sony Deutschland GmbH, Köln, hat das Geschäftsjahr 1981/82 (31. Oktober) mit einem Fehlbetrag von rund 50 Mill. DM abgeschlossen und weist einschließ-

lich einen Verlustvortrag von rund 25 Mill. DM ein. Minus von 75 Mill. DM aus. Umgesetzt wurden 546 Mill. DM. Obwohl die Zeichen im laufenden Geschäftsjahr – insbesondere im Videobereich – nach Angaben von Sony günstiger stehen, erwartet man auch 1983 Verluste.

Personalien

Dr. h. c. h. Raben Ransing, Gründer der internationalen Tetra-Pak-Gruppe, ist am 10. August im Alter von 88 Jahren gestorben. Raben Ransing und Ralf Stokbrek sind zu Geschäftsführern der Maschinenfabrik Langguth GmbH & Co., Münster, ernannt worden. Richard Seelke, Chefphysikus und Mitglied des Direktoriums des Bankhauses Trinkaus + Burkhart, Düsseldorf, und Dieter Ziesler, Mitglied des Direktoriums, wurden zu Generalbevollmächtigten der Bank ernannt. Oskar Allgauer, Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer der Allgauer-Werke GmbH, Utingen, ist am 11. August im Alter von 73 Jahren verstorben.

FORSCHUNG / Weniger europäische Patente

Japaner an der Spitze

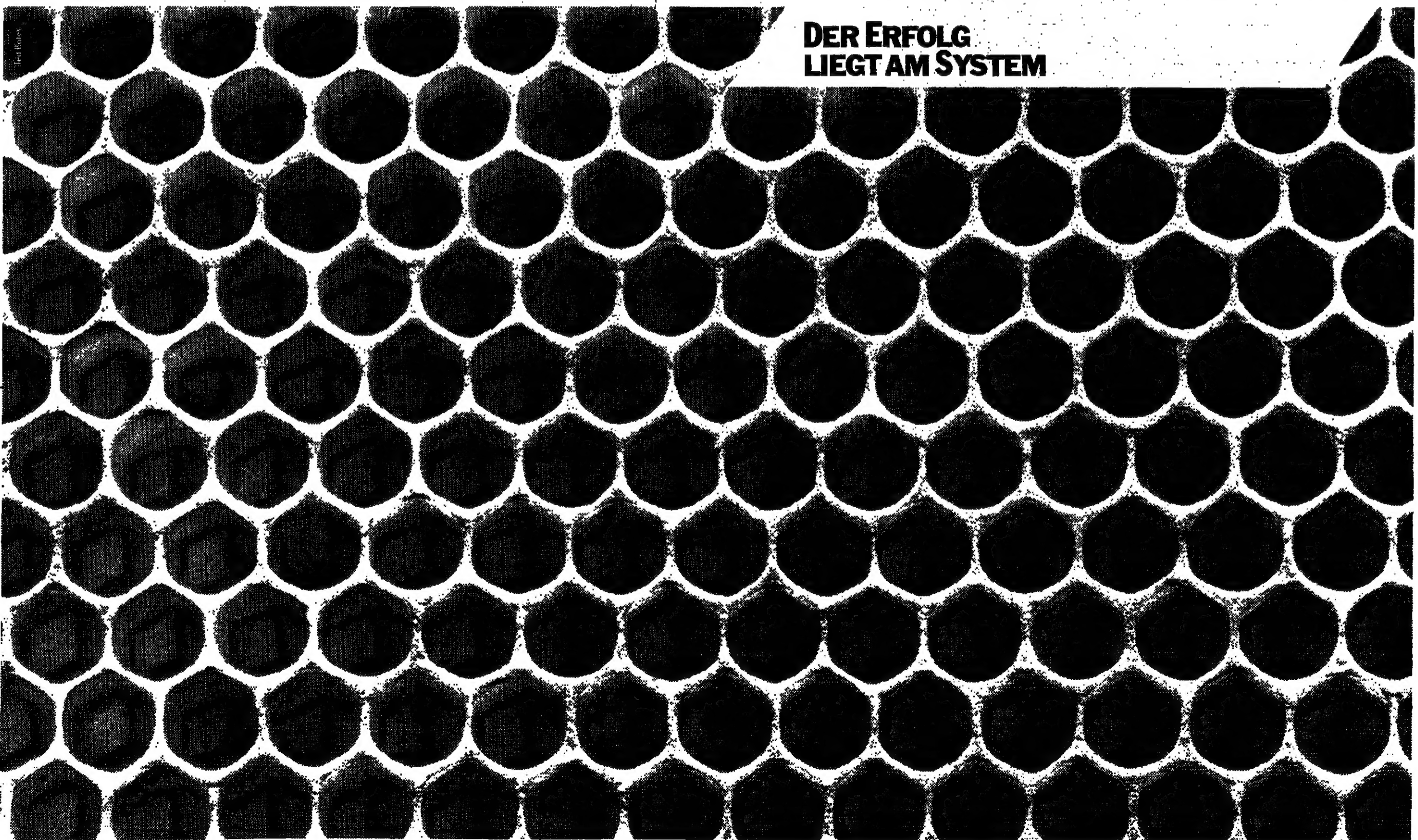
INGE ABHAM, Frankfurt
Als Reflex einer relativen Vergrößerung oder Verknöcherung „reifer“ Volkswirtschaften wertet der Bundesverband der Erfindungsreichen die jüngste Patentschätzung. Zwar haben danach die Zahl der angemeldeten Patente europaweit ständig zugenommen. Während die Anmeldungen beim Deutschen Patentamt in München zurückgegangen sind (auf 47 836 im letzten Jahr nach 51 345 im Jahre 1980), nahmen die Anmeldungen beim Europäischen Patentamt deutlich zu (25 328 Anmeldungen gegenüber erst 17 505 vor zwei Jahren).

Bei der Zunahme der Patente, die immerhin den Erfindungsreichtum eines Landes dokumentieren, haben die Deutschen und auch die übrigen Europäer nicht mitgemischt. Im Schnitt der Jahre 1980 bis 1982 wurden der Statistik zufolge 31 000 bundesdeutsche Patente angemeldet, in der gleichen Zeit zog die Zahl der beim Deutschen oder Europäischen

Patentamt aus dem Ausland angemeldeten Patente um gut 12 Prozent an.

Von den 36 238 (1982) neuen Patenten stammen nur insgesamt 13 356 aus europäischen Ländern und damit über tausend weniger als vor zwei Jahren. Der Verband sieht darin einen Ausdruck von in Europa weit verbreiteter mangelnder Bereitschaft zum strukturellen Wandel und Technikfeindlichkeit. Die USA hätten dagegen die Zahl ihrer Patentanmeldungen gesteigert, vor allem beim Europäischen Patentamt.

Spitzenposition in Sachen Patentanmeldungen nehmen in Europa die Japaner ein, die in den Jahren 1980 bis 1982 ihre Anmeldungen um fast ein Drittel gesteigert haben. Der japanische Erfindergeist wird auch aus einer anderen Vergleichszahl deutlich, kommentiert der Verband: Beim japanischen Patentamt gingen im vergangenen Jahr 273 513 Patentanmeldungen ein. Das sind fast fünfmal so viele Anmeldungen wie beim Deutschen Patentamt in München.



DER ERFOLG LIEGT AM SYSTEM

Im genossenschaftlichen Bankenverbund arbeiten selbständige Partner mit speziellen Aufgaben systematisch zusammen, um ihren Kunden überall eine umfassende Bankleistung zu bieten.

Zu dieser gut funktionierenden

Organisation gehören über 3.800 Volksbanken und Raiffeisenbanken, 8 regionale Zentralbanken, eine Reihe von überregionalen Gesellschaften und wir, die DG BANK.

Wir sind das international operierende Spitzeninstitut mit

Emissionsrecht – ein zuverlässiger Partner großer Firmen. Auch für Privatkunden halten wir eine breit gefächerte Auswahl an qualifizierten Anlagemöglichkeiten bereit: von Obligationen, Investmentfonds, Goldbarren und Goldzertifikaten bis zu steuer-

und renditeorientierten Kapitalanlagen wie Immobilien-, Energie- und Beteiligungsfonds. So ergänzen wir sinnvoll das bestehende Angebot Ihrer Volksbank oder Raiffeisenbank. Informieren Sie sich in einer von über 19.000 Bank-

stellen ganz in Ihrer Nähe.
DG BANK Postfach 2628, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt/Main 1, Telefon (0611) 26 80-1, Telex 4 12 291.
Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken

DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
DIE GESCHÄFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS

Handwritten signature or stamp at the bottom center of the page.

PRIVATBRAUEREI KROPP / Lagerengpaß

Ausstoß über eine Million

HANS BAUMANN, Kassel
Mit dem Rücken zur Wand des „DDR“-Niemandslandes schlägt sich im Kampf um den Bierdurst der Deutschen einer mit besonderer Bravour: die Privatbrauerei A. Kropp. In der vierten Generation wird sie von den Brüdern Helmut und Erich geführt, die beide Komplementäre sind. Bereits nach dem ersten Weltkrieg baute das Haus Kropp einen Geschäftszweig auf, nach dem heute selbst stolzeste Brauer – meist vergessens – Ausschau halten: den Markt für alkoholfreie Getränke. Es kaufte nicht nur die Wolfenbütteler Bierbrauerei GmbH, um „Markt zu machen“, es erwarb auch den Mineralbrunnen-Betrieb „Johanniter-Quelle“ in Rad Wildungen.

Damit war der Grundstein für die heutige Diversifikation gelegt. Aus dem Hause Kropp kommen neben Pils- und Spezialbieren Johanniter-Getränke aller Art, Calender alkoholfreie Getränke, Zwestener Sprudel und Limonaden und Wilhelmsthaler Erfrischungsgetränke von reicher Palette. Abgerundet wird dieser Bereich neben dem Bier von der Kurhessischen Getränke GmbH & Co. Vertriebs KG, die als Handelsware Coca Cola (Konzessionär), Fanta, Lift, Sprite und Cappy anbietet. Kropp ist also kein „Bierlieb“, sondern eine breit gefächerte Gruppe, die zur Zeit über 1,15 Mill. Hektoliter Getränke ausstößt, davon rund 500 000 Hektoliter Bier, zu 90 Prozent Pils der Premiummarke „Martini Meister-Pils“. Der Ausstoß wächst in den letzten 10 Jahren haben die

Gebrüder Kropp 60 Mill. DM investiert (aus Eigenmitteln). Engpässe haben sie nur einen: die Lagerkapazität als Brauerei mitten in der Stadt. Der Fassbieranteil beträgt 25 Prozent; das Flaschenbier wird zu 65 Prozent über den Lebensmittelhandel und zu 35 Prozent über den Getränkefachgroßhandel vertrieben. Das Absatzgebiet ist ein Dreieck zwischen Hannover, Frankfurt und Dortmund. Im Kerngebiet (Umkreis 50 km) werden 60 Prozent verkauft. Rund 1250 Gaststätten (300 angepachtet) werden bedient sowie 1400 Flaschenbierkunden – 800 im Streckengeschäft. Kein Wunder, wenn von den 360 Beschäftigten der Brauerei (zusätzlich 250 im alkoholfreien Bereich der Töchter) über 100 im Fuhrpark und zusätzlich mehr als 30 in den Handwerksbetrieben beschäftigt sind.

Der Umsatz für 1982 wird mit 120 Mill. DM angegeben. Bier brachte dabei bei einem Ausstoß von 1,6 Prozent eine Mehreinnahme von 3,3 Prozent auf 70 Mill. DM. Auch 1983 wird Plus gemeldet. Investiert wird vornehmlich in den Markt. Die Brunnen verdienen „gutes Geld“. Und als Männer des Fortschritts setzen die Brüder Kropp auf das „Bierdrive-System“. Von 10 Hektoliter Absatz an haben bereits mehr als 100 Martinit-Wein Container im Keller, die vom Tankwagen mit Kohlendruck gefüllt und über den Zapfhahn bei automatischer Kühlung geleert werden. Die Kühlkette vom Keller der Brauerei bis zum Zapfhahn ist damit geschlossen – ohne daß der schädliche Sauerstoff eine Chance hätte.

BRÖTJE

In der Gruppe voll beschäftigt

D. SCHMIDT, Rastode
Die Brötje-Gruppe in Rastode, einer der führenden Hersteller von Heizungsanlagen in Europa, verzeichnet nach der branchenweit unbefriedigenden Situation Anfang 1983 in den letzten Monaten eine spürbare Belebung der Auftragslage. Dies gilt nach den Worten von Geschäftsführer Harn Popkes für alle drei Geschäftsbereiche: Heizung/Industrie, Maschinenbau/Automation und Großhandel/Haustechnik. Nachdem 1982 der Gruppenumsatz um rund 5 Prozent auf 420 (400) Mill. DM erhöht werden konnte, rechnet Popkes im laufenden Jahr erneut mit einer leichten Steigerung. Auch die Ertragslage entwickle sich weiter positiv. Die Brötje-Gruppe beschäftigt gut 1800 Mitarbeiter.

Grundlage für die zuversichtliche Einschätzung ist der günstige Geschäftsverlauf der Sparte Heizung/Industrie, dem wichtigsten Geschäftsbereich. Dort sei die Beschäftigung „voll gesichert“, obwohl die Nachfrage nach Heizkesseln nur zum geringeren Teil aus dem Neubau-Bereich herrühre. Dies stärke die Hoffnung auf weiter steigende Aufträge im zweiten Halbjahr, weil dann die Zunahme der Baugenehmigungen wirksam werden müßte. Forcieren will Brötje den Ausbau der Sparte Maschinenbau/Automation, in der derzeit 550 Mitarbeiter beschäftigt sind. Schon heute arbeite dieser Bereich auf einigen Gebieten sehr erfolgreich. So sei Brötje der einzige europäische Hersteller von Nietpositionierern für die Flugzeugindustrie (Airbus).

HOECHST / Deutliche Gewinnverbesserung

Positiver Trend soll anhalten

INGE ADHAM, Frankfurt
Eine Gewinnsteigerung von 44,1 Prozent auf 804 (558) Mill. DM (vor Steuern) erzielte der Frankfurter Pharma-Konzern Hoechst mit seinem Weltgeschäft im ersten Halbjahr dieses Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Verglichen mit den beiden Halbjahresdurchschnitten des Vorjahres stieg der Weltgewinn sogar um 50 Prozent.

In fast allen Regionen wurden bessere Ergebnisse erzielt, erläutert die Hoechst AG in ihrem Zwischenbericht, „erfreulicherweise auch von Gesellschaften, die im vergangenen Jahr Verluste ausgewiesen haben“. Für die AG macht das Gewinnplus 24,4 Prozent auf 454 (366) Mill. DM aus (ebenfalls vor Steuern); gegenüber dem Durchschnitt der beiden vorangegangenen Halbjahre sind es 33,9 Prozent. Die Zahlen für Juli und August lassen erwarten, „daß sich das Geschäft weiterhin positiv entwickeln“. Für die Aktionäre, die für 1982 mit 5,50 (7) DM Dividende je 50-DM-Aktie zufrieden sein mußten, stützt dies die Hoffnung auf eine deutliche Dividenden-Erhöhung für dieses Jahr. In Frankfurt notierte die Hoechst-Aktie am Montag an der Börse mit 159,70 DM gegen 157 DM am Freitag.

Hinter der Gewinnverbesserung steht eine leichte Geschäftsbelebung, die den Weltumsatz auf 18,14 (17,92) Mrd. DM steigen ließ, davon entfielen 13,37 (13,14) Mrd. DM auf das Ausland; eine Besserung habe sich vor allem in Asien, Nordamerika und Afrika gezeigt, schreibt die Verwaltung. Auch die Gesellschaften in Westeuropa hätten höhere Umsätze

erzielt, durch die Änderung der Währungsparitäten ergebe sich bei Umrechnung in D-Mark jedoch ein leichter Rückgang.

Nach Arbeitsgebieten waren besonders Pflanzenschutzmittel, Tenside und Hilfsmittel sowie Pharma (die größte Sparte von Hoechst) erfolgreich, wenn auch mit erheblichen regionalen Unterschieden. Bei Kunststoffen, im Vorjahr besonders verlustträchtig, habe sich das Verhältnis von Preisen und Kosten in Westeuropa etwas verbessert, sei aber in den USA noch immer unbefriedigend, heißt es, die Preissituation bei Düngemitteln wird mit „unverändert schwierig“ gekennzeichnet.

In der AG hat die Zunahme der verkauften Mengen im Mai und Juni dafür gesorgt, daß der Abstand zu den Vorjahreszahlen (im ersten Quartal noch 2,8 Prozent) zu einem leichteren Plus wurde. (Umsatz 6,39 nach 6,36 Mrd. DM). Dabei hinkt das Auslandsgeschäft aber noch nach mit 3,42 (3,49) Mrd. DM Umsatzanteil, 2,1 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Dieser Rückstand resultiert nach Angaben der Verwaltung aus Veränderung der Wechselkurse und Preisabsinken. Dagegen hätten sich im Inland – mit Ausnahme der Entwicklung bei den Düngemitteln – die Preisbewegungen in engen Grenzen gehalten. „Preisbedingte Umsatzzunahmen und -einbußen gleichen sich praktisch aus.“ Das lebhafte Geschäft sorgte auch für eine wieder bessere Kapazitätsauslastung von 79 (im letzten Quartal 1982 nur 67) Prozent; die Vorräte liegen „merklich“ unter den Durchschnittsbeständen des Vorjahres.

DEUTSCHE HYPO

Geschäft mit Darlehen belebt

VWD, Frankfurt
Außerordentlich stark belebt hat sich das Darlehensgeschäft der Deutschen Hypothekbank Frankfurt-Bremen AG (Frankfurt/Bremen) im 1. Halbjahr 1983. Besonders erfolgreich verlief die Hypothekennachfrage für Wohnobjekte und hier speziell für Eigentumsmaßnahmen, schreibt der Vorstand im Zwischenbericht zum 30. Juni. Das Interesse konzentrierte sich dabei nicht nur auf Kredite für Neubauten, sondern auch auf Finanzierungen für den Kauf von Altbauten, für Modernisierungen und Umschuldungen. Bei den vermehrt zur Konditionsanpassung anstehenden Darlehen ist es der Bank gelungen, betragsmäßig rund 80 Prozent zu prolongieren.

Neben den zu finanzierenden Neuzugängen sei dies ein wesentlicher Grund für den Anstieg des Absatzes von Schuldverschreibungen auf 2,68 (1,45) Mrd. DM. Von den 1,80 (0,77) Mrd. DM Darlehenszusagen entfielen 800 (487) Mill. DM auf Hypothekendarlehen und 1,02 (0,28) Mrd. DM auf Kommunalanleihen. Die 1,75 (0,56) Mrd. DM Darlehenszusagen entfielen auf 1,19 (0,13) Mrd. DM Kommunalanleihen und 565,4 (423,1) Mill. DM Hypothekendarlehen.

Sehr zufriedenstellend verlief nach den Worten der Verwaltung bisher die Entwicklung des Ergebnisses, insbesondere des Zinsüberschusses. Die Zinsentnahmen stiegen auf 566,6 (516,1) Mill. DM. Ihnen steht ein Zinsaufwand von 511,2 (488,4) Mill. DM gegenüber. Hieraus ergibt sich ein auf 55,4 (31,7) Mill. DM erhöhter Zinsüberschuß.

SPANIEN

Mindestreserve heraufgesetzt

ROLF GÖRTZ, Madrid
Zur intensiveren Bekämpfung der Inflation entschied die Bank von Spanien, die unverzinslichen Mindestreserven der Banken und Sparkassen um einen weiteren Prozentpunkt auf nunmehr 7,75 Prozent anzuheben. Das ist die zweite Anhebung seit Dezember 1982, als die Pesa zum letzten Mal abgewertet wurde. Durch diese Maßnahme werden 150 Milliarden Peseten, etwa 2,6 Milliarden Mark, aus dem Verkehr gezogen. Außerdem werden die verzinslichen Reserven von 8 auf 10 Prozent erhöht. Damit wird das gewinnbringende Kapital der spanischen Geldinstitute auf 70 Prozent reduziert.

Um die Inflation nach dem Plan der Regierung von zur Zeit 12 Prozent auf mindestens 8 Prozent in diesem Jahr drücken zu können, war zu erwarten, daß die Geldmenge eingeschränkt wird. Die Banken Spaniens fürchten jedoch, daß sich hinter dieser Maßnahme noch ein anderer Beweggrund verbirgt: Die Regierung mußte nach sieben Monaten Amtszeit feststellen, daß es ihr ohne zusätzliche Maßnahmen offenbar nicht gelingt, das öffentliche Defizit von derzeit 800 Milliarden Peseten, etwa 14 Milliarden Mark, zu verringern. Offensichtlich wurden die Staatsverschreibungen trotz ihrer günstigen Bedingungen, die keine Privatbank bieten kann, nicht ausreichend gezeichnet. Die monetären Maßnahmen der restriktiven Regierungspolitik lassen befürchten, daß sich die Zinssätze und Kreditkosten bis über 24 Prozent hinaus erhöhen können. (SAD)

FINANZANZEIGE



MANNESMANN

Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Abfindungsangebot an die Aktionäre der Hartmann & Braun AG, Frankfurt/Main

Die Mannesmann AG und die Hartmann & Braun AG haben mit Zustimmung ihrer Hauptversammlungen einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 AktG abgeschlossen. Der Vertrag wurde in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/Main eingetragen.

In dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag hat sich die Mannesmann AG verpflichtet, auf Verlangen eines außenstehenden Aktionärs der Hartmann & Braun AG dessen Hartmann & Braun-Aktien gegen Gewährung von Mannesmann-Aktien in Verhältnis 1:1 zuzüglich einer Barzahlung wie folgt zu erwerben:

- Gegen Einreichung von:
Stück 1 Stammaktie der Hartmann & Braun AG im Nennwert von DM 50,—
kann
Stück 1 Aktie der Mannesmann AG im Nennwert von DM 50,—
und eine Barzahlung von DM 140,—
entgegengenommen werden.
- Gegen Einreichung von:
Stück 1 Vorzugsaktie der Hartmann & Braun AG im Nennwert von DM 50,—
kann
Stück 1 Aktie der Mannesmann AG im Nennwert von DM 50,—
und eine Barzahlung von DM 110,—
entgegengenommen werden.

Denjenigen Aktionären der Hartmann & Braun AG, die von diesem Abfindungsangebot keinen Gebrauch machen wollen, garantiert die Mannesmann AG für die Dauer des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags je Hartmann & Braun - Aktie im Nennbetrag von DM 50,— einen jährlichen Ausgleich in Höhe der auf eine Mannesmann-Aktie in Nennbetrag von DM 50,— entfallenden Dividende. Der Ausgleich wird erstmals für das Geschäftsjahr 1983 gezahlt.

Wir bitten die Aktionäre der Hartmann & Braun AG, die unser Angebot auf Abfindung annehmen wollen, ihre Aktien

bis zum 17. November 1983 einschließlich bei ihrer Hausbank oder einem der im Bundesanzeiger Nr. 151 vom 16. August 1983 veröffentlichten Kreditinstitute einzureichen.

Einzelheiten sind in der oben genannten Ausgabe des Bundesanzeigers sowie in einem gesonderten Schreiben der Depotbanken an ihre Depotkunden enthalten.

Düsseldorf, im August 1983

Der Vorstand



Bei Wildwechsel droht Unfallgefahr

Deshalb: Langsam fahren.

Die beste Versicherung gegen Wildunfälle ist langsam fahren!

IHRE VERKEHRS WACHT

Wir sorgen für helle Köpfe im Verkehr
- auch durch die Fernsehserie „Der 7. Sinn“.

In Ostfriesland holen wir das Erdgas jetzt aus dem Meer.

Seit einiger Zeit trägt auch eine kleine Erdgas-Lagerstätte zwischen Emden und Borkum dazu bei, daß rund ein Drittel unseres Erdgas-Bedarfs aus heimischen Quellen gedeckt werden kann.

Die meisten der vielen kleinen deutschen Gas-Lagerstätten liegen in der glücklichen Erde Niedersachsens. Die „Emshörn ZIA“ jedoch holt das Erdgas sozusagen aus dem Wasser: Aus 3.500 Meter Tiefe, 7,5 Kilometer vor unserer Küste, fördert die per Pipeline mit dem

Festland verbundene Plattform das kostbare Gas.

Komplizierte technische Vorarbeiten und umfangreiche Investitionen über drei Jahre waren nötig, um die Energie zum Festland fließen zu lassen und sie dort in das Erdgasnetz einzuspeisen.

Seitdem ist die kleine Emshörn-Plattform nicht nur ein sicherer Wegweiser für die Wattfischer, die immer schon wußten, wie „reich“ ihr Meer ist – sondern auch für alle in der deutschen Öl- und Gasgewinnung engagierten Firmen,

die unbeeinträchtigt von so manchen teuren Enttäuschungen die heimische Öl- und Gassuche vorantreiben.

Nur so können wir unsere Abhängigkeit von den wertvollen Devisen verschlingenden Importen ein wenig verringern und einen Beitrag dazu leisten, daß wir auch morgen problemlos tanken und heizen können.



Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.

Vorsichtige Rückkäufe in fast allen Standardwerten

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München
------------	-----------	---------	---------

Aktien-Umsätze

[illegible][illegible]

Ausland	12. B.	11. B.	12. B.	11. B.	12. B.	11. B.	12. B.	11. B.	Amsterdam	Tokio	Zürich	Madrid	Paris
---------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	-----------	-------	--------	--------	-------

[illegible]

کتابخانه اطفال

Bundesanleihen		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Renten erholt

Angeregt durch die rückläufigen Renditen am US-Bonds-Markt lebten am deutschen Rentenmarkt die Anlegerkürte auf. Zwar ließen sich die vorläufig genannten Kurse im Handel nicht voll durchsetzen, doch blieben innerhalb bei den öffentlichen Anleihen Konsumbörse von mehr als einem halben Punkt übrig. Die letzte Oktoberrentenprognose Bundesanleihe lag mit 99,55 DM über immer noch deutlich unter ihrem Einlasskurs von 99,90 DM. Bei den Pfandbriefen wurde eine Klimageschichte registriert, ohne daß sich hier jedoch die Kurse nennenswert veränderten. Ähnlich sah es bei den DM-Anleihen aus.

Bundespost		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Länder - Städte		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Bundesschatz		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Bankschuldverschreib.		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Ausländische Aktien		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

Optionsscheine		
4 1/2 % 77	100,00	100,00
5 % 78	100,00	100,00
5 1/2 % 79	100,00	100,00
6 % 80	100,00	100,00
6 1/2 % 81	100,00	100,00
7 % 82	100,00	100,00
7 1/2 % 83	100,00	100,00
8 % 84	100,00	100,00
8 1/2 % 85	100,00	100,00
9 % 86	100,00	100,00
9 1/2 % 87	100,00	100,00
10 % 88	100,00	100,00
10 1/2 % 89	100,00	100,00
11 % 90	100,00	100,00
11 1/2 % 91	100,00	100,00
12 % 92	100,00	100,00
12 1/2 % 93	100,00	100,00

nwesen sogenannter „Gebührenvergreif“ um sich. Diese Vereine nutzen gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen schädliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen geht es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Abmahngebühren für Abmahnungen.

Im Wirtschaftsleben Beteiligte kennt man als resistanter. Immer stärker wird

- Prüfen Sie sorgsam, ob eine Abmahnung steht und wenn ja, ob sie überhaupt abmahnen kann.
- Fragen Sie Ihre Industriekammer, Ihren Berufsverband oder Ihren Anwalt.

Der Zentralausschuss des Gewerkschaftsbundes e. V. (ZAW) hat Ratschläge gegeben, wie Unternehmen bei Abmahnungen vorgehen können. Fünf Spitzenverbände des Gewerkschaftsbundes haben darüber hinaus eine Broschüre mit praktischen Hinweisen zur Taktik von Wettbewerbsvergreif veröffentlicht.

Was Conny alles kann

erth. - Dank, tausend Dank den Fernsehmachern für diesen wunderschönen Wiederholungssommer! Bot das Frühjahr noch Anlaß zur Befürchtung, die Lust an Reprisen billig eingekaufter Filmwerke könne just vor Beginn der Hauptzeit in einen tiefen Mülltrog umschlagen, und wir würden uns Oscar-Snapshots des Louis de Funès oder all die schönen Momente der Kassetten-Sagas fortan von der Kassette besorgen, so haben die Erfahrungen der letzten Wochen alle düsteren Ahnungen weggewischt.

Klassiker der Filmkunst liefen inzwischen an die anderthalb Dutzende Male, die Zeugen des Staatsanwalts mag es noch vor Ablauf dieses Jahrzehnts auf ein saftiges halbes Hundert Wiederholungen gebracht haben, und es bleibt nur zu hoffen, daß bei der angespannten Finanzlage öffentlicher Sendeanstalten wenigstens die Eats zur Ersetzung zerschlissener Kopien durch frische nicht beschneit werden.

Früher gehörte Schillers „Glocke“ und das „Heiderlein“ zum Lern- und Aufwuchsprogramm eines jeden Viertklässlers - heute, bei unserem jämmerlichen Schulsystem, hat das Fernsehen diese Aufgabe zum Gedächtnisstraining und der Erhaltung von Herzensbildung künftiger Generationen übernommen. So kann Conny, eine zarte Neunjährige aus unserer Nachbarschaft, beim Springen auf dem Straßengitter sämtliche Liebesdialoge wie auch die zahlreichen hysterischen Ausbrüche der Elizabeth Taylor nicht nur wortgetreu hersagen, sie hat auch das innige Schluchzen, das brünstige Rammen und alle Vibrati von Stimmen der verschiedenen Synchronsprecherinnen auf der Palette.

Ihr Brüderchen Robert im Vor-schulalter hingegen hat unseren prächtigen John Wayne in sein kleines Herz geschlossen; besonders das Stück „Geschlossen nach Silberton“ mit den vielen schönen Tönen durch die Winchester des Helden - wobei Klein-Robbie die charakteristischen Entschertungen und Abschlüsse in den entsprechenden Stellen schon erstaunlich präzise wiederzugeben imstande ist und auch den Tiselsong gern mitsingt.

Allerdings, und dies soll nicht verheimlicht werden, hapert es bei Robbie noch immer mit der Aufzählung einzelner Szenenabschlüsse, Blendens, Bildschnitte, Kameraeinstellungen und Fahrten, was schließlich kein Wunder ist - bei erst einmaliger Wiederholung in unserem Knopfbereich.

Zum Erscheinen des deutsch-hebräischen Wortlexikons bei Langenscheidt

Der Diplomat am kalten Pol

Als wir vor fünfundsiebzig und mehr Jahren aus Deutschland und Österreich in das damalige Palästina (Erez Israel) einwanderten, hatten nicht alle von uns eine hebräische Bibel im Handgepäck, aber fast jeder führte das Deutsch-Hebräische Wörterbuch von S. M. Lasser und H. Torcayner (später Tur-Sinai) mit sich. Dieses Standardwerk war 1927 im Verlag von Benjamin Hertz in Berlin und Wien erschienen. Die Autoren saßen in Krakau und Berlin. Viele Wörter waren Vorschläge, denn das gesprochene Hebräisch ging sozusagen noch in den Kinderschuhen.

Dann folgte eine jahrzehntelange Pause. Wohl erschien noch manches hebräisch-deutsche Wörterbuch, nicht aber ein nennenswertes deutsch-hebräisches Lexikon. Inzwischen veränderten sich die beiden Sprachen, das Hebräische und das Deutsche. Unter ganz anderen Bedingungen ging diese Sprachentwicklung auf zwei Heisterstraßen der Gegend vor sich, aber im Endergebnis treffen sie sich dort, etwa im Einfluß von Amerikanismen auf beide Sprachen.

Im Jahre 1971 versuchte David Hertz mit seinem deutsch-hebräischen Wörterbuch, das im Verlag von Max Hueber in München erschien, aber in Israel gedruckt war, die Lücke auszufüllen. Das Buch war aber mit seinen insgesamt nur 249 Seiten zu spärlich, trug auch oft noch die Züge des Experimentellen. Dennoch hatten Jacob Levy und Dr. Chanan Prinz diesen Versuch im Vorwort zu ihrem sechsen erschienenen groß angelegten „Handwörterbuch Deutsch-Hebräisch“ erwähnen sollen, denn auch bescheidene Pionierarbeiten sind lobenswert. Das neue Lexikon ist eine Gemeinschaftsproduktion des deutschen Wörterbuch-Verlages Langenscheidt (Berlin und München) und des bewährten hebräischen Verlages Achscharaf (Tel Aviv).

Den größten Teil des 823 Seiten umfassenden Werkes, das sich allein bescheiden Handwörterbuch nennt - man muß es „bejad chasaka“, mit starker Hand benutzen - bildet natürlich das Deutsch-Hebräische Wörterverzeichnis, das mancherlei Über-raschungen aufweist. Mit großer Sorgfalt wurden in diesem Verzeichnis auch Fremdwörter und neudeutsche Ausdrücke aufgenommen. Eine traurige Abkürzung, die man 1927 noch nicht kannte: KZ - Machane zikna, oder Heger.

Manchmal kommt man nur schwer dahinter, warum sich ein Wort verändert hat, z. B. der Nordpol, der doch noch immer unverändert kalt an seinem Ort verblieben ist. Noch 1938

erschien er in dem von der Zeitung „Ha-Aretz“ herausgegebenen Buchlein „2000 Worte Zeitungshebräisch“ als ha-Zir hazphoni, und ist jetzt ha-kotiv hazphoni. Wahrscheinlich steht im Hintergrund die politische Entwicklung. „Zir“ benutzt man in Israel für einen Gesandten, der nicht am Nordpol kaltgestellt werden soll. Vor über einem halben Jahrhundert war die Eisenbahn Mesalit bairai; sie ist es theoretisch noch heute, aber Rakvet ist jetzt das offizielle Wort. Die Entwicklung vom Stummfilm zum Tonfilm zeigt sich im Wege vom alten „Reina“ zum heutigen „Kolnoa“ für das Kino. Der Notar ist zu seiner griechischen Uniform zurückgekehrt. Im alten Wörterbuch war er auch hebräisch ein Notar und ist heute ein Notarion.

Schließen wir mit der „Intimsphäre“, die es 1927 noch gar nicht gab und die jetzt als „Pratut“ firmiert. In diesem Bereich ist auch (nur keine falsche Scham!) der „Beischlaf“ zu nennen, der 1927 von der Mischna her als „Bija“ bezeichnet wird, heute aber kräftiger und biblischer als „Mischga“ sich denselben Beliebtheit erfreut.

Der gelehrte Jacob Levy setzt über sein außerordentlich geistiges Unternehmen ein Wort von Wilhelm von Humboldt: Mehrere Sprachen sind nicht ebenso viele Bezeichnungen einer Sache; es sind verschiedene Ansichten derselben. Mit Recht unterstreicht er dann, daß diese Äußerung zwar für alle Sprachen zutrifft, aber von noch tieferer Bedeutung für das Verhältnis von zwei so verschiedenen Sprachen wie Deutsch und Hebräisch ist.

Das Hebräische leidet zudem noch unter seiner schweren Lesbarkeit, wie seinerzeit schon Michael Landmann, damals Professor an der Freien Universität Berlin, jetzt Professor an der Universität Haifa, in seinem Buch „Neugestaltung der hebräischen Schrift“ (Bouvier Verlag Herbert Grundmann, Bonn 1977) beklagt hat. Landmann widmet seine deutsch und hebräisch erschienene Studie dem Andenken von zwei Wegbereitern für die Erneuerung des hebräischen Alphabets, Haim Ben Avri und Zeav Jabotinski, und setzt ein Wort des Letzteren als Motto über sein Buch: „Die absurde Orthographie, welche unsere Väter uns vererbt, verhindert die Verbreitung unserer Sprache und hat sich zu einem der schwersten Hindernisse auf dem Weg zu unserer nationalen Renaissance ausgewandelt.“

Banner Ben Avri, der Sohn von Eliezer Ben Jehuda, und Jabotinski traten für ein Hebräisch in lateinischen

Lettern ein. Die Entwicklung ist darüber hinweggegangen, da heute das orientalische Element in der jüdischen Bevölkerung Israels mehr und mehr dominiert und für diese Menschen das hebräische Alphabet wegensnäher ist als das lateinische. Deshalb schlägt schon Landmann eine organische Entwicklung der traditionellen hebräischen Schriftformen vor. Er empfiehlt, Kleinbuchstaben (Majuskeln) einzuführen, die durch ihre Divergenz von den Großbuchstaben (Majuskeln) am Satzanfang und bei Namen das Lesen erleichtern würden. Allerdings wäre diese Verbesserung satztechnisch außerordentlich schwer durchzuführen.

Zähneknirschend nennt der Verfasser das hebräische Alphabet das Abo des Satans. Im ersten Teil seines gelehrten und temperamentvollen Pamphlets geht er auf die geschichtliche Entwicklung der hebräischen Schrift, ihre Schwächen und Gebahren ein. Er analysiert die Konsonanten und Vokale und weist auf die pädagogischen, sozialen und psychischen Folgen der hebräischen Schrift hin, die für ihn ein Werkzeug der Selbstzerstörung eines Volkes ist. Im zweiten Teil der Interpretation und Veränderung der Schrift gewidmet ist, klagt er über die schlechte Information durch die Lesungsschrift, in welcher eigentlich nur das Bekannte gelesen werden kann. Er vermutet, daß die Geheimhaltung als Schutz eines religiösen Konservatismus hier ihren Niederschlag fand.

In einem Schlußappell ruft er nochmals zur Revision der hebräischen Schrift auf: „O Brüder, nicht diese Lettern, sondern laßt uns freudigere zu Papier bringen und angenehmer Erfindet kleine Buchstaben, die sich im griechischen und lateinischen Alphabet so sehr bewähren... Gebt Unterlegungen, damit wir ein starkes Volk bleiben. Schafft Überlegungen, damit Israel lebe.“

Michael Landmann stammt aus einer Familie, die in abgelebten Zeiten dem Stefan-George-Kreis in Deutschland angehört und so zitiert er den Dichter:

Nun naht nach Tausenden von Jahren
Ein einziger freier Augenblick:
Da brechen endlich alle Ketten
Und aus der weitgekehrtesten Erde
Steigt jung und schön

Ich sehe diesen Halbgott eine
Schriftrolle schwingen... mit dem
nach Landmann endlich revidierten
Alphabet in sonnenklarer Lesbarkeit
- für ein weiteres deutsch-hebräisches Lexikon.

SCHALOM BEN-CHORIN



Seine Söhne sind die Porträts: „Dame mit Fächer auf dem Balkon“, 1951 von Hans Meid gemalt. Aus der Pforzheimer Ausstellung. FOTO: KATALOG

Die Stadt Pforzheim ehrt ihren Maler Hans Meid

Gesten der Weltflucht

Der Maler und Graphiker Hans Meid, in Pforzheim geboren, war 1933 hundert Jahre alt geworden. Dies der Grund, dem berühmten Sohn der Stadt eine Ausstellung zu widmen, die mit 450 Exponaten den überwiegenden Teil seines Werks zeigen kann. Nach einem Vergessen in den zurückliegenden Jahren hat vor allem der Graphikmarkt mit steigenden Preisen entdeckungsfördernd gewirkt.

Der obere, große Raum im Reichlinhaus ist ganz den Ölgemälden Meids vorbehalten, die zwischen 1900 und der Mitte der dreißiger Jahre entstanden sind. Konzeptionelle Zusammenhänge in einem Werk zeigen sich oft auch in einem ersten Gesamteindruck. Hier ist es der einer fernen, unentschiedenen Unruhe, die sich beim Betrachten der einzelnen Bilder, die formal die Ausdrucksmittel des deutschen Impressionismus benutzen, also zwischen Slevogt, Corinth und Liebermann anzusiedeln ließe, zugunsten des einen oder anderen Bildes etwas auflockert. Keines der Bilder erreicht jedoch die Qualität der genannten Zeitgenossen, obwohl Hans Meid mit ihnen zusammen in den secessionistischen Ausstellungen ausstellte.

Neben wenigen starken Porträts - „Bildnis einer Dame mit Hut“, 1905, „Mädchenbildnis“, 1908, im letzteren die spezifische Vorliebe für ein ungemischtes helles Rot, das in den späteren Bildern noch einmal und ähnlich gesetzt auftaucht, „Dragonerabschied“, 1930 - bleibt eine beständige anachronistische Inhaltlichkeit der Bilder, deren Sujets wie aus einer Erzählwelt genommen scheinen, die man sich seinerzeit als Weltfluchtgeste denken kann. Wie wenig da formale und inhaltliche Übereinstimmung im Verhältnis zur Zeit erreicht wird, läßt sich an zahlreichen Reminiszenzen an Goya, Degas, Cézanne erkennen. Dieses Werk ist gekonnt selektisch.

Beitritt als interessanter Teil das grafische und zeichnerische Werk. Von Grafischen her kann man den Erfolg, den Meid hatte, am ehesten verstehen. Der illustrative Zusammenhang, der weitgehend dieses Werk bestimmt, wird durch eine trappernde moderne, freie, dichte, eminent schnelle Strich-, Nadel- und Stichelführung unterlaufen. Darin liegt die graphische Bedeutung dieses Mannes, und von daher kann man für Augenblicke die zum Teil skurrile Mischung der Themen vergessen, die neben biblischen Bildern, Weltliteratur, mythologischen Sequenzen und nahezu barocken Liebesbildchen hängende Großstadtbilder und vorüberziehendes Licht, das durch Passanten gebrochen wird, auf Blatt oder auf die Platte bzw. den Stein bringen kann.

Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, daß Hans Meid offensichtlich eine Scheu hatte, in seinem Können Hände und Füße abzubilden. Die verschwinden häufig in weißen Flächen oder Bildunkelheiten, oder die Komposition macht ihre Darstellung schier überflüssig.

Zur Art der Ausstellung: Warum diesen Mann, der in Berlin bis zu den 40er Jahren solchen Erfolg hatte und nach dem Krieg in Ludwigsburg lebte, mit den zahllosen Blättern und Buchillustrationen in eine derartige Hänge-Enge pressen? Es geht ja doch soviel verloren, wenn schon genau sein soll. Die Ausstellung (bis 7. September) schließt mit einem Symposium zum Werk Hans Meids am 5. und 6. Sept. (Katalog 18 Mark).

REINER NERVAL

mung im Verhältnis zur Zeit erreicht wird, läßt sich an zahlreichen Reminiszenzen an Goya, Degas, Cézanne erkennen. Dieses Werk ist gekonnt selektisch.

Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, daß Hans Meid offensichtlich eine Scheu hatte, in seinem Können Hände und Füße abzubilden. Die verschwinden häufig in weißen Flächen oder Bildunkelheiten, oder die Komposition macht ihre Darstellung schier überflüssig.

Zur Art der Ausstellung: Warum diesen Mann, der in Berlin bis zu den 40er Jahren solchen Erfolg hatte und nach dem Krieg in Ludwigsburg lebte, mit den zahllosen Blättern und Buchillustrationen in eine derartige Hänge-Enge pressen? Es geht ja doch soviel verloren, wenn schon genau sein soll. Die Ausstellung (bis 7. September) schließt mit einem Symposium zum Werk Hans Meids am 5. und 6. Sept. (Katalog 18 Mark).

REINER NERVAL

JOURNAL

Die Filmpreise von Locarno

dpa, Locarno
Das 36. internationale Filmfestival von Locarno ist mit der Verleihung des „Goldenen Leoparden“ an den ungarischen Streifen „Die Prinzessin“ von Pal Erdős zu Ende gegangen. Einen „Silbernen Leopard“ erkannte die Jury dem israelischen Film „Wüstenwind“ von Daniel Wachmann zu, während eine bronzenne Auszeichnung an den Streifen „Auftrag“ des Iraners Parviz Sayyad fiel. Spezielle Erwähnungen gab es für den japanischen Schauspieler Yusaku Matsuda und für Siegfried Zimmerschied in „Grenzlos“ von Josef Rödl (Bundesrepublik). Ferner wurde die hervorragende Kamerararbeit von Hugue Ryffel in dem Schweizer Film „L'allégement“ hervorgehoben.

Japaner drängen zu Haskil-Wettbewerb

AFP, Paris
Mit 25 Musikern stellt Japan die stärkste Teilnehmerzahl beim 10. Clara Haskil-Wettbewerb für Pianisten, der vom 23. August bis 1. September in Montreux und Vevey am Genfer See stattfindet. Mit jeweils sechs Teilnehmern folgen die Bundesrepublik, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die USA und Südkorea. Die Schweiz ist mit vier Künstlern vertreten. Insgesamt haben sich 71 Nachwuchspianisten aus elf Ländern zu dem alle zwei Jahre stattfindenden Wettbewerb angemeldet. Die internationale Jury unter Vorsitz von Nikita Magaloff vergibt einen einzigen, mit 10 000 Schweizer Franken dotierten Preis.

Jahrestagung der Dante-Gesellschaft

DW, Krefeld
Vom 14. bis 16. Oktober findet in der Stadtbücherei von Krefeld die Jahrestagung 1983 der 1965 gegründeten „Deutschen Dante-Gesellschaft“ statt. Auf dem Programm stehen Vorträge, in denen die Leistung des vor 100 Jahren verstorbenen Gründers der Gesellschaft, des Dante-Forschers Karl Witte, gewürdigt wird und Fragen der Dante-Interpretation sowie der Sprache im Zeitalter Dantes behandelt werden. Eine gemeinsame Exkursion schließt die Tagung. Gäste sind willkommen.

Jagsthausen von Ellen Schwiess geleitet

dpa, Jagsthausen
Die Leitung der Burgfestspiele Jagsthausen zog jetzt die Bilanz der 34. Spielzeit. Zu den 45 Aufführungen der drei Stücke „Götz von Berlichingen“ von Goethe, „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Shakespeare und „Pinocchio“ von Carlo Colodi kamen fast 45 000 Besucher in die Götzenburg. Als neue künstlerische Leiterin wurde die Schauspielerin Ellen Schwiess benannt, die im Burghof mehrere weibliche Hauptrollen spielte und Management-Erfahrungen mit einem Tourneetheater sammelte.

Römischer Obelisk vom Blitz zerschlagen

UPI, Rom
Ein Blitz hat während eines starken Unwetters einen der ältesten Obelisken in Rom stark beschädigt. Wie von offizieller Seite verlautete, wird das 3400 Jahre alte Monument an der Piazza del Popolo möglicherweise nicht vollständig restauriert werden können. Durch den Blitzschlag wurden Hunderte von Marmorstücken in einem Radius von mehr als 40 Meter über den ganzen Platz verstreut, doch die Grundteile blieben erhalten.

Katharinen-Palast wird renoviert

dpa, Moskau
Die 300 Meter lange „goldene Suite“ des Leningrader Katharinen-Palastes, mehrere Räume russischer Architekturkunst aus dem 18. Jahrhundert, soll renoviert und für Besucher geöffnet werden. Leningrader Restauratoren haben bereits etwa die Hälfte des Palastinneren wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt. Zehnjährige Arbeiten hat allein die Wiederherstellung der „großen Halle“ benötigt.

Rainer Brambach

dpa, Basel
Der Lyriker Rainer Brambach ist im Alter von 66 Jahren unerwartet in Basel gestorben. Der Dichter, dessen Lyrik von lakonischer Einfachheit geprägt ist, hatte in vergangenen Jahren den Kunstpreis der Stadt Basel für sein Gesamtwerk erhalten. Der in Basel geborene Brambach war Anstreicher, Torfstecher und Gärtner, ehe er sich 1959 als freier Schriftsteller versuchte. In den letzten Jahren hatte er mit seinem lyrischen Werk auch internationale Anerkennung erlangt. In Kürze wollte er einen neuen Gedichtzyklus herausbringen. Brambachs Gedichte sind in den Bänden „Tagwerk“, „Marco Polos Koffer“ (mit Jürg Federspiel), „Ich fand keinen Namen dafür“ und „Kneipenlieder“ (mit Frank Gerck) erschienen. Er brachte ferner die Erzählbände „Wahrnehmungen“ und „Für sechs Tassen Kaffee“ heraus.

Stieftöchter der Emanzipation (V): Die Liedermacherin Anna Louisa Karsch, die „deutsche Sappho“

Von zwanzig Thalern lebt man nicht sehr lange!

Vom S-Bahnhof Marx-Engels-Platz, früher Böse, in Ost-Berlin sind es nur wenige Schritte über den Hackeschen Markt die Oranienburger Straße entlang zur Großen Hamburger Straße. Hier öffnet sich ein Stück des alten Spree-Athen. Rechts der erste Berliner Jüdische Friedhof, auf dem man noch vor wenigen Jahren das Grabdenkmal des Philosophen Moses Mendelssohn sehen konnte. Kurz darauf die Sophienkirche. Oben an der Wand der Kirche, außen, eine Gedenktafel. „Kennst du, Wanderer, sie nicht, lerne sie kennen.“ Gemeint ist Anna Louisa Karsch, die 1791 in der preußischen Hauptstadt verstarb - die „Karschin“, wie sie allgemein hieß. Eine heute fast vergessene Frau. Obwohl sie doch einst als „deutsche Sappho“ gefeiert worden ist und obwohl, unter dem etwas unglücklichen Titel „Herzgedanken“, eine Sammlung ihrer Briefe, nebst einiger Gedichte, noch unlängst (Frankfurt/M. 1981) neu herausgegeben wurde. Auch in germanistischen Darstellungen fehlt häufig ihr Name.

Dabei hat Goethe ihr geschrieben und um Verse von ihr gebeten: „was treu und stark aus dem Herzen kommt, mag's übrigens aussehen wie ein Igel oder wie ein Amor“. Und dies eben ihr Fehler: die Karschin war keine „gebildete“ Dichterin, sie hielt es nicht mit „den Regeln“, ihr ging es nicht um „Form“ oder „Formulierung“, sie gehörte nicht zu den Snobs, den Gleim, Sulzer, Ramler, nicht zu Cliguen. Sie war eine Einzelgängerin und hielt auf „Natur“, sowohl im Leben wie in der Kunst. Und deswegen hat sie es, bis heute, in einer Literatur schwer gehabt, die von Professoren dirigiert wird: von Gottsched bis Hölderlin. Trotzdem: „Das feine gebaute Moos bleibt“, wenn Blumen „schon gestorben/ tief unter Schnee noch unverdorben.“ Wie ähnlich ist es mir! Und sie beschloß das Gedicht: „Einst sterb ich! Doch mein Lied geht nicht zum Grabe mit!“

Sogar unsere Emanzen haben die Karschin arg vernachlässigt, obwohl sie doch sonst alles, was in Sack und Pack einherläuft, für sich glauben reklamieren zu müssen. Doch die Karschin paßt nicht ins Schema. Sie war emanzipiert, und auch dieser frühe Zeitpunkt einer Befreiung (die Frau lebte von 1722 bis 1791) paßt nicht ins Bild.

Die Vertreterinnen der Blue-Stokings haben uns einreden wollen, daß das schwache Geschlecht von

einst niemals eine eigenständige Rolle gespielt hätte. Und die Blaustrümpfe von heute müßten als Vorreiterinnen des totalen Feminismus von morgen gelten. Sie alle machen uns einen blauen Dunst vor. Sie klammern sich an die Geschichte. Anna Louisa Karsch als Gegen-Beispiel. Eine Autodidaktin, die vom Schlesierland in die Stadt zog, zweimal heiratete, Kinder großzog, unter ihrer Armut litt. Unterstützung durch intellektuelle Hand, sich durchschlug, von zwei Männern verlassen wurde, ihr Recht durchkämpfte - und noch obendrein schrieb.

Mag ihre Poesie den Ansprüchen der Beweiskraft nicht gewachsen sein, ihre Briefe haben bis heute Gültigkeit.

Man hat bei meiner Wiege weder von Ahnen, noch von Reichthümern gesungen. Mein Großvater war in einer ländlichen Hütte mit dem Titel eines ehrlichen Mannes vergnügt.

Sein genädiger Herr und mehr als fünfzehn umliegende Dörfer gaben ihm, noch überdem den Lobpreis des besten Bierbrauers in Schlesien. Er unterrichtete seinen Sohn, der hernach mein Vater ward, in eben dieser Wissenschaft, und der Sohn verdoppelte seinen Fleiß im Zubereiten des Malzes... Ich war niemals der Liebhaber (meiner Mutter) ihres Hatzens, und ich glaube, diese wenige Achtbarkeit auf mich ist schuldig, daß ich meine ersten Jahre durchlebte, ohne mir meines Daseins bewußt zu sein.“

Sie hat diesen Mangel an Liebe kompensiert: eine Frau, in reifen Jahren, die es zu einem hohen Bewußtseinsstand sowohl von sich als Person brachte als auch von sich als Frau (aber nicht als „Sexualobjekt“), als Bürgerin, als Zeitgenossin, als Schriftstellerin, als Emanzipierte. Sie wird sogar, eine Deutsche Poetin, von Friedrich II., dem Großen, empfangen.



Sie war eine Einzelgängerin und hielt auf „Natur“. Anna Louisa Karsch (1722-1791) nach einer Zeichnung von F. G. Schaldt. FOTO: ULLSTEIN

gen, einem frankophilen Rationalisten, der herzlich wenig von seinen eigenen Dichtern hielt.

Friedrich II.: „Wenn Sie Lieder in den Druck gibt, was gibt man ihr für den Bogen?“

Karschin: „Nicht viel, Ihre Majestät... nur zwanzig Thaler!“

Friedrich II.: „Zwanzig Thaler? In Wahrheit, davon lebt man nicht lange.“

Aber der versprochene Zuschuß blieb aus. Des Königs Nachfolger, Friedrich Wilhelm II., schenkte ihr dann immerhin in Berlin ein Haus. Die Karschin hatte nur noch drei Jahre zu leben.

Auch Moses Mendelssohn gehörte zu ihren Gönnern. Ihre Werke hatten Erfolg und Echo. Erst die Goethe-Schiller, Heine-Welle des 19. Jahrhunderts löschte ihr Arbeiten so gut wie aus. Die zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts entdeckten sie wieder.

G. F. Schmidt, Hempel, Lavater, Chodowiecki haben die Frau, im Bild festgehalten. Umgekehrt hat sie die Lesung, Goethe, Gleim im Wort fixiert. In der Karschin kreuzen sich auf sehr eigenwillige und sonst kaum wiederholte Weise, Wege der Mittelen. Aber sie war, in ihrer Funktion als Befreierin des Geschlechts, so allein nicht. Christiana Mariana von Ziegler als Begründerin eines „Salons“ in Leipzig zu Anfang des 18. Jahrhunderts, Johanne Charlotte Unzer als Liedermacherin in Halle, die großartigen „Frauenzimmer“ der Berliner Theater (man lese den Karschin-Brief über die Aktrizen und die Aufführungen der „Mimna von Barmheim“, einer Heldin, die ja dem Manne als durchaus gleichwertig übergestellt wird). Zusammen mit den großen Geliebten der Epoche (Charlotte v. Stein), den Regentinnen (Maria Theresia, Katharina), den zahlreichen kleinen Gewerbetreibenden und Ladenbesitzerinnen (einem neuen Stand) haben wir Frauen, deren Biographien - neu gelesen! - unser Bild von Historie korrigieren müssen.

Erstmal erschienen die Karschin-Briefe im Societäts-Verlag Frankfurt/M. 1983, herausgegeben von Elisabeth Humm. Die Neuauflage 1981 ist leider um ein Drittel gekürzt und entsprechend verstümmelt. Die Briefe werden nicht chronologisch gegeben, sind unglücklich „modernisiert“ und lustlos eingeleitet. Im Namen der Karschin: Zurück zu den Quellen! Erst in einer lesbaren Original-Ausgabe wird die „deutsche Sappho“ gerettet werden können.

JOACHIM SEYPPEL

Landkauf - die neue Strategie der Naturschützer

AFP, Gland

Sein Wahrzeichen ist der verspielte schwarz-weiße Panda-Bär. Aber es sind nicht nur solche Exoten, denen sich der "World Wildlife Fund" (WWF) gewidmet hat. Er sucht und entwickelt eine Reihe origineller Strategien, um die vor unserer Haustür bedrohte natürliche Umwelt von Tieren zu erhalten. Zu diesem Zweck bedient sich die Organisation, die ihren Sitz in Gland am Genfer See hat, neuerdings der Waffen des "Gegners", der Raumordnungs-Gesellschaften und privaten Immobilienhändler: Sie kauft Land.

Politische Organisationen haben bereits seit einiger Zeit den Kauf von Land als Kampfform entdeckt, um Plänen, die eine Zerstörung der Umwelt bedeuten, begegnen zu können. So kauften alternative Immobiliengesellschaften vor einigen Jahren Land auf dem Larzac, einem Hochplateau in Südfrankreich, um die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes zu verhindern. Die Pläne wurden dann nach dem Amtsantritt Mitterrands fallengelassen.

In Italien, dem bevorzugten Betätigungsfeld dieses Sommers, hat der WWF die Parole ausgegeben: Adoptiert einen Quadratmeter der Küste. Die Aktion ist auf einen Teil der rund 7500 Kilometer langen italienischen Küste gerichtet, die nicht allein wegen ihrer wilden Schönheit gerettet werden soll. Vielmehr sei sie ein unersetzlicher Lebensraum für zahlreiche Wassertiere, die ohne die Rettung unberührter Küstenteile ihre natürliche Umwelt verlieren würden und vom Aussterben bedroht wären.

Als Partner für die Offensive gegen Spekulanten hat sich der WWF die Unterstützung zweier potenter Sponsoren gesichert: die einflussreiche italienische Zeitungsgruppe Rizzoli, in der das Mailänder Blatt "Corriere della Sera" erscheint, und die "American Express Bank". Schon in den ersten Monaten hatte die WWF-Kampagne einen großen Erfolg. Rund 100 Millionen Lire (etwa 170 000 Mark) flossen auf das Konto der Naturschützer.

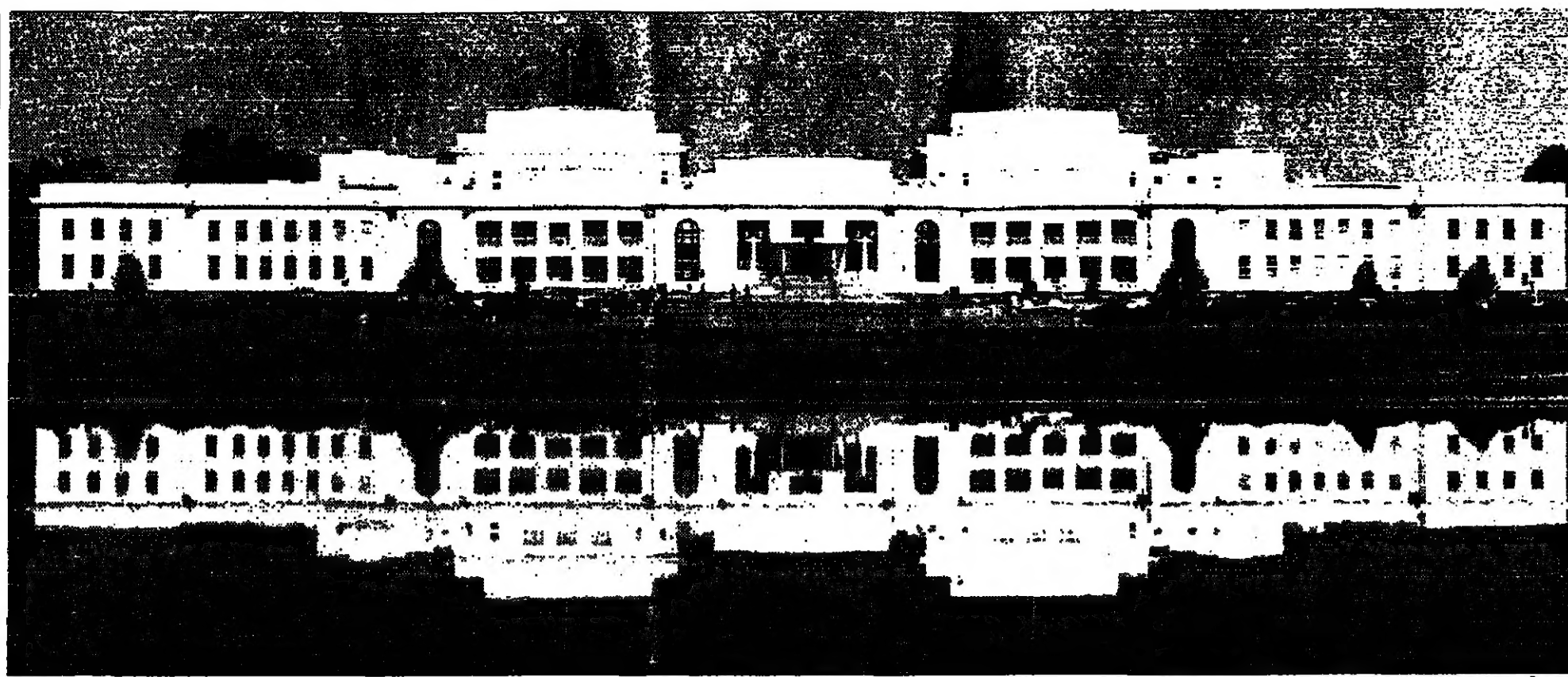
Punktuell hatte der WWF bereits früher mit Landkäufen - in Lothringen so etwa selten gewordene Raubvögel - Tiere vor dem Aussterben bewahrt. Die "Aktion Italien" übertrifft jedoch alles bisher Dagewesene. Nach Angaben von Verantwortlichen des WWF wurde Italien deshalb für diese Mammultaktion ausgewählt, weil hier nirgendwo sonst auf der Welt die Küste durch den Tourismus aufs Äußerste gefährdet sei.

Die Aktion soll im Frühjahr 1984 beendet sein. Dann, so hofft der WWF, sind viele Italiener einem Aufruf der Organisation nachgekommen, für die Erhaltung der unberührten Küstennabschnitte 10 000 Lire (etwa 17 Mark) zu spenden und damit offiziell Landbesitzer zu werden. Als "Gegenleistung" erhält jeder Investor ein pompöses Zertifikat, das ihn als "Grundbesitzer" ausweist.

Die "Aktion Italien" wird jedoch nicht die einzige Kampagne bleiben. Neue Ziele sind bereits ausgesucht. In Großbritannien beginnt der Kampf um den Erhalt des "Großen Blüdings", einer immer seltener werdenden Schmetterlingsart. Auf der vom Tourismus gezeichneten Mittelmeerinsel Mallorca wird der WWF ein altes Trappistenkloster und rund 75 Hektar Land kaufen, um dort eine Beobachtungsstation für die Wanderung der Zugvögel einzurichten.

Daß es in Westeuropa auch anders geht, beweist ein Abkommen, daß in Finnland Landbesitzer mit der dänischen Sektion des WWF geschlossen haben. In der Nähe von Pelkosenniemi, rund 100 Kilometer nördlich des Polarkreises, wird ein hundert Quadratkilometer großes Gelände zu einem Naturpark umgewandelt. Hier fanden Experten eine auf der Welt einmalige Zusammenstellung von 32 verschiedenen Torfarten. Die Besitzer des künftigen Reservats verlieren fast nichts bei diesem Handel - sie dürfen dort weiter Beeren und Holz sammeln, fischen und sogar jagen.

JEAN LEON VANDORNE



Wasser-Werk

Das Parlament in Canberra, fotografiert von WILHELM KNÖTEL

Hamburg parkte auf einem neuen Kapitel seiner Geschichte

Jüngste Ausgrabungen beweisen, daß nicht alles mit der Hammaburg begann

GISELA SCHÜTTE, Hamburg
Dem Fleiß von Archäologen, Naturwissenschaftlern, Studenten und Schülern verdankt die hamburgische Geschichte ein neues Kapitel. Bislang sah man den Ursprung für den Aufstieg der Hansestadt zu einem Handelszentrum in dem Bau der Hammaburg, einer fränkischen Befestigungsanlage aus der Zeit Karls des Großen.

Neueste Ausgrabungen haben ergeben, daß diese vermeintliche Urzelle Hamburgs bereits über einem vor-karolingischen Befestigungswerk errichtet wurde. Durch einen Zufall stieß man nämlich bei der Suche nach den Geheimnissen der sagenumwobenen Hammaburg auf einen Spitzgraben. Und der lag eindeutig unter dem karolingischen Bauwerk. Die Archäologen blättern in ihren Geschichtsbüchern: Da gibt es die Legende vom irrenden Missionar Heriold, der irgendwo im Norden einen Stützpunkt gehabt haben soll. Ist diese Legende auf den Spitzgraben im Herzen der Hamburger Innenstadt zu münzen?

"Ebenso unwahrscheinlich wie die Theorie, hier ein kleines Befestigungswerk der slawischen Obotriten zu vermuten", meint die Chefin der Hamburger Landesarchäologie, Renate Schneider. Sie vermutet, daß der Grabenring mit einem Durchmesser von 53 Metern eine spätsächsische Wegsperre schützte. Denn das Terrain lag an einer außerordentlich wichtigen Verbindung von Geest-

hacht über einen Höhenweg elbbwärts.

Um diese Hypothese zu erhärten, suchen die Stadtarchäologen jetzt nach weiteren Siedlungsspuren, die einen "Steckbrief" für die damaligen Erbauer der Befestigung liefern. Die Ausgrabungen zwischen den Bürohäusern der Hamburger City begannen 1980 auf dem letzten großen, unbebauten Grundstück, dessen Geschichte bestimmt so bewegt war, wie die der Stadt Troja.

Schon in der Steinzeit nämlich war der "verkehrsgünstig" gelegene Siedlungsplatz am Wasser begehrt. Die Ur-Hamburger, die wenigstens vorübergehend an dieser Stelle lebten, hinterließen seit etwa 4000 vor Christi Geburt ihre fein gearbeiteten Steinwerkzeuge. Über viele Jahrhunderte liegt die Geschichte des Platzes dann im Dunkeln. - Bis die Sachsen offenbar das Gelände gegen milde-geister Nachbarn sicherten.

Danach entstand die Hammaburg, hinter deren Wällen der "Apostel des Nordens", der Erzbischof Ansgar 834 eine Taufkirche aus Holz errichtete. Ziel der Grabungen war es ursprünglich gewesen, näheres über das Leben hinter den Wällen zu erfahren, vielleicht sogar Spuren von Pfostenlöchern dieser Kapelle zu entdecken.

Feuerstellen, zahllose Scherben und eine Sammlung von Bodenproben müssen da weiterhelfen, wo handfestes Material fehlt. Naturwissenschaftlern verleiht das Erdreich etwa, wann es wo gebrannt hat, welche

Nutzpflanzen die Menschen anbaute, wo man kochte.

Auf dem Gelände der Hammaburg entstand dann seit 1035 die erste steinerne Kirche in Hamburg, danach, in mehreren Bauphasen, seit 1248 der gotische Mariendom. Auch dieses mittelalterliche Architekturdenkmal beschäftigt die Archäologen.

Der Vandalismus hatte allerdings politische Ursachen. Denn der Dombezirk war als Enklave im Herzen der Stadt mit vielen Sonderrechten ausgestattet. Nach dem Westfälischen Frieden gelangte das Gelände zunächst in schwedischen Besitz, später, nach dem nordischen Krieg 1721, unter englische Hoheit. Als 1803 endlich Hamburg Hauserr im eigenen Dom wurde, schufen die Stadtväter vollendete Tatsachen, bevor sich die Besitzlage nochmals ändern konnte: Sie erklärten die Kirche für baufällig und verkauften sie, bis in die Gräfte hinab, auf Abbruch.

Das Gelände diente als Exerzierplatz, bis 1836 dort die berühmte Gelehrtschule Johanneum erbaut wurde. Die fiel in den Bombennächten von 1943 in Trümmer. Nach dem Krieg parkten die Hamburger auf dem kostbaren und geschichtsträchtigen Grundstück ihre Autos. So soll es auch wieder sein, wenn die Grabungen im kommenden Jahr beendet sein werden - bis einer die Idee für eine denkwürdige Bebauung hat, oder den Archäologen das Geld gibt zum Weitergraben - in der hamburgischen Geschichte...

Fleet Street fiebert: Wann packt Koo aus?

Wettlauf um Memoiren nach Bruch mit Prinz Andrew

HELMUT RÄTHER, London
In Londons Fleet Street hat der Wettlauf um die Abdruckrechte der Memoiren einer Endzwanzigerin begonnen, die - wenn sie wirklich ausgespart - mit Leichtigkeit zur Dollar-Millionärin werden kann: Koo Stark, die Geliebte von Prinz Andrew, beginnt ihre öffentliche Zurückhaltung aufzugeben.

In den Sonntagszeitungen gab es einen Schwall von Andeutungen darüber, mit wem die ehemalige Sex-film-Darstellerin schon verhandelt hat und noch verhandelt. Sie hat für viel Geld, wie die eifertigsten britischen Blätter kritisch bemerken, einen deutschen Illustrierten ein (harmloses) Interview gegeben. In dieser Woche will sie sich im australischen Fernsehen "live" betragen lassen.

Seit sie im Sommer letzten Jahres mit Prinz Andrew, der gerade aus dem Falkland-Krieg zurückgekehrt war, unter dem Decknamen "Mr. and Mrs. Cambridge" zum Urlaub in die Karibik flog, ist Koo von Reportern und Fotografen verfolgt worden wie sonst kaum jemand auf der Welt. Sie hat sich dabei weder über ihre Affäre mit dem Prinzen geäußert noch in der Öffentlichkeit über die ständigen Belästigungen geklagt. Die Schweigsamkeit und das Dulden galten als Grunderfordernis für Mitglieder der königlichen Familie, und das Einhalten dieser Regel durch Koo Stark heizte die öffentliche Diskussion

über eine mögliche Legalisierung der Beziehung erheblich an.

Die Affäre gilt inzwischen als beendet. Koo Stark wird nicht Gast der Königsfamilie im schottischen Schloß Balmoral sein, wie die Zeitungen vor zwei Wochen noch spekulierten: Als Gegenleistung für das Interview in Australien hat sie ein Erster-Klasse-Ticket rund um die Welt und freien Aufenthalt in Top-Hotels erhalten, und sie will drei Monate unterwegs sein.

Immerhin hat sie bereits deutlich gezeigt, daß sie geschäftstüchtig ist und sich keineswegs mit Haut und Haaren verkaufen will. Der "Kanal 10" im australischen Fernsehen gehört Rupert Murdoch, der über Zeitungs-Imperien sowohl auf dem Fünften Kontinent als auch in Großbritannien verfügt. Aber die Murdoch-Blätter kamen an Koo so wenig heran wie alle anderen.

Als die "Sunday Times" in London mit der Prinzessin verhandelte, wollte die Dame nach Informationen des Konkurrenzblattes "Observer" unter allen Umständen Einzelheiten über die Verführung durch Reporter verkaufen. Die schlimmsten Belästigungen erlitt sie dabei durch die Skandalschreiber des Massenblattes "Sun". Da sowohl die "Sunday Times" als auch die "Sun" Murdoch gehören, zerschnitten sich die Verhandlungen vorerst.

LEUTE HEUTE

Freundschafts-Dienst

Cary Grant ist ein Geizhals. Er gibt selten Geld aus, und wenn er etwas kauft, dann handelt er die Preise runter. Selbst bei einem T-Shirt für 10 Mark handelt er. Das verrät ein "Freund" des amerikanischen Film-



schauspielers in dem Buch: "Das Privatleben des Cary Grant". Der gute Freund behauptet ferner, Cary Grant sei eine Gefahr für die Öffentlichkeit. "Aus Geiz leistet er sich keinen Chauffeur. Er fährt seine Rolls-Royce selber. Aber er verwechselt ständig das Gaspedal mit der Bremse."

Glück im Spiel

Für die 23jährige Amerikanerin Annette Barrios aus Kalifornien kam das Glück auf der Hochzeitsreise: Mit drei Dollar Einsatz gewann sie im berühmten "Caesar's Palace" in Las Vegas die Rekordsumme von 1 065 358 Dollar (rund 2,8 Millionen Mark). Sie hatte sich vor dem entscheidenden Spiel von Freunden nur mit Mühe zum Bleiben überreden lassen, weil sie eigentlich müde war.

Abgelehnt

Der amerikanische Bundesrichter Frederick A. Lacey hat jetzt vor einem Gericht in Newark eine Schadensersatzklage auf 100 Millionen Dollar von Anna Hauptmann, Witwe des der Einführung und Ermordung des Lindbergh-Babys für schuldig befundenen und hingerichteten Bruno Hauptmann, abgelehnt. In einer 88 Seiten langen Begründung verwies Richter Lacey darauf, daß die meisten Beschwerdepunkte infolge Verjährung entfielen.

Telebriefe gehen in vier Kontinente

dpa, Frankfurt

Die Bundespost hat gestern den Telebriefverkehr mit 13 Ländern in vier Kontinenten neu aufgenommen. An das System, bei dem Schriftstücke und Zeichnungen bis zum DIN A4-Format als Fernkopien in Minuten-schnelle übermittelt werden können, sind jetzt neben der Schweiz, den Niederlanden, Liechtenstein und den USA seit gestern auch Argentinien, Australien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, Österreich, Schweden, Singapur, Taiwan und Thailand angeschlossen. Schriftstücke und Zeichnungen, die als Telebriefe versandt werden sollen, können bei 600 Postämtern in der Bundesrepublik Deutschland abgegeben werden. Das Original wird kopiert und über Datenleitungen elektronisch an das Empfangspostamt übermittelt. Dann wird das jeweilige Schreiben in einem Umschlag per Eilmittelung oder mit der gewöhnlichen Briefpost an den Adressaten geliefert oder kann auf Wunsch vom Empfänger abgeholt werden. Die Grundgebühr für die erste Seite beträgt im Inland 6,50 Mark, nach Übersee bis zu 26 Mark, jede weitere angefangene Seite kostet in der Bundesrepublik vier Mark, im Auslandsverkehr bis zu 23 Mark.

Zugkatastrophe in China?

AFP, Hongkong

Mehr als 600 Tote und 2000 Verletzte soll eine Eisenbahnkatastrophe im April dieses Jahres in der südchinesischen Provinz Hunan gekostet haben. Das berichtete gestern die "Hong Kong Times", die sich auf den Bericht eines Augenzeugen berief. Die Regierung in Peking dementierte das Zugunglück noch am selben Tag.

Im Streit erschlagen

AP, Wien

Vierzehn Stunden nach dem Tod der 17jährigen Monika Fleischer aus Wels hat die österreichische Polizei den Fall aufgeklärt. Der 33jährige deutsche Zirkusarbeiter Uwe Beyer legte Sonntagabend in Linz ein Geständnis ab. Nach einem gemeinsamen Besuch in einer Diskothek habe er das Nummermännchen des in Wien gastierenden Zirkus Sarrazani auf dem Nachhauseweg im Streit erschlagen.

Blinde Passagiere erfohren

rt, Bremerhaven

Mit dem Leben bezahlten zwei Kolumbianer eine Fahrt als blinde Passagiere von Turbo (Kolumbien) nach Bremerhaven. Zwei weitere junge Männer wurden Sonntag beim Löschen des belgischen Bananentrackers "Pocahontas" (7095 BRT) mit schweren Verletzungen gefunden. Die jungen Leute hatten sich auf eine Schwarzfahrt von vier Tagen Dauer bis New York eingerichtet. Der Dampfer nahm aber Kurs nach Bremerhaven.

Finger im Brot

dpa, Friedrichshafen

Sichtlich schockiert erschien ein Urlauber auf dem Polizeirevier in Friedrichshafen am Bodensee: Er präsentierte dem Beamten ein Dreiecksbrot, in dem er einen Finger gefunden hatte. Der Laib war in einer Großbäckerei in Hechingen (Zollernalbkreis) hergestellt worden, wo ein Bäcker bei einem Unfall einen Finger verloren hatte, der jedoch, wie die Deutsche Pressagentur formulierte, "trotz intensiver Suche im Teig verschwunden blieb".

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT

VERBODEN FÜR ALLE ABONNEMENTS

Hinweis für den neuen Abonnenten

Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abnahme-Datum) gegen schriftliche Zustimmung bei DIE WELT zu widerrufen.

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Luftpostversand auf Anfrage; antwortungsvoll und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ-Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abnahme-Datum) gegen schriftliche Zustimmung bei DIE WELT zu widerrufen.

Vertrieb: Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

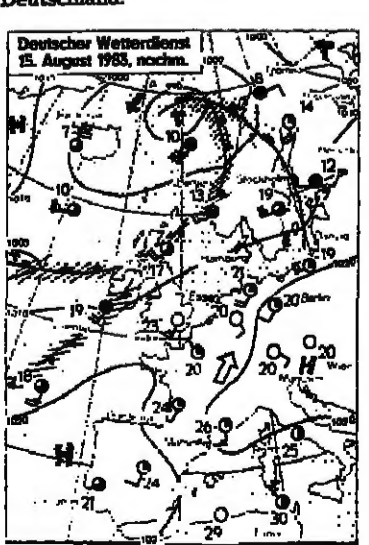
ZU GUTER LETZT

"Viel länger hätte dieses 200-Meter-Rennen aber auch nicht sein dürfen."

ZDF-Reporter Karl Senne von den Leichtathletik-Weltmeisterschaften aus Helsinki.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein Hochdruckgebiet über Mitteleuropa bestimmt mit trocken-warmer Luft das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Im gesamten Bundesgebiet einschließlich Berlin verbreitet sonnig und trocken. Nachmittags 26 bis 28 Grad, nachts um 14 Grad. Stellenweise Frühnebel. Meist nur schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Im Südwesten leicht gewittrig, sonst weiterhin freundlich und sommerlich warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:			
Berlin	30°	Kairo	30°
Bonn	21°	Kopenhagen	18°
Dresden	19°	Las Palmas	23°
Essen	20°	London	23°
Frankfurt	21°	Madrid	24°
Hamburg	21°	Mailand	24°
List/Sylt	19°	Mallorca	30°
München	20°	Moskau	12°
Stuttgart	22°	Nizza	28°
Algier	29°	Oslo	16°
Amsterdam	22°	Paris	20°
Athen	28°	Prag	19°
Barcelona	28°	Rom	25°
Brüssel	21°	Stockholm	19°
Budapest	21°	Tei Aviv	31°
Bukarest	21°	Tunis	30°
Helsinki	12°	Wien	20°
Istanbul	24°	Zürich	22°

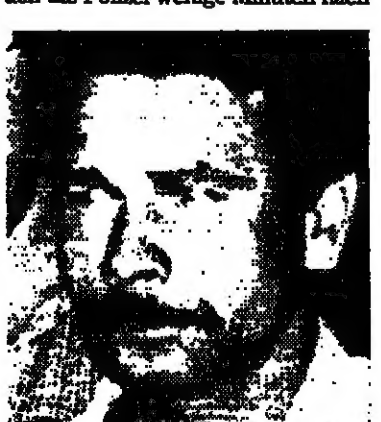
* Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.10 Uhr, Untergang: 19.41 Uhr, Mondaufgang: 15.55 Uhr, Untergang: 23.58 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Nach dem Massaker verliefen alle Spuren im Sand

Zehn Tage nach dem blutigen Überfall auf das Sofitel von Avignon gerieten die Ermittlungen der Polizei in eine Sackgasse

H. WEISSENBERGER, Avignon
Die Ermittlungen über den mißglückten Raubüberfall auf das Hotel Sofitel in Avignon am 5. August, der mit dem Massaker von sieben Hotelangestellten und Gästen endete, und dem Mord an einem der vermutlichen Mittäter stecken völlig in der Sackgasse. Der einzige der Gangster, den die Polizei wenige Minuten nach



Schweigt eisern über Mitter und Motive: Jean Roussel

FOTO: DIE WELT

dem Blutbad in dem Hotel faßte, Jean Roussel (39), schweigt eisern. Die Kriminalbeamten unter Kommissar Yves Bertrand sind sich bis heute immer noch nicht sicher, auf was genau die Banditen es in dem Hotel "Sofitel - Le Grand Pont d'Avignon" nahe dem imposanten Papstpalast abgesehen hatten und wissen nicht, wieviel Personen an dem Raubüberfall beteiligt waren - drei, vier, fünf oder sogar sechs.

Fest steht bisher nur, daß die Gangster fünf Waffen, ein Messer und vier Revolver bei sich hatten. Zweiten der Opfer, dem holländischen Gepäckträger Rene Pool (28) und dem Barmann Pierre Ansell (25), wurden erst die Kehlen durchgeschnitten, ehe auch sie mit je einem Kopfschuß endgültig getötet wurden. Der Schnitt durch die Kehle, so die Polizei, deutete auf die Beteiligung eines Nordafrikaners hin. Doch in dem Bekanntenkreis des verhafteten Gangsters Roussel, den die Kriminalbeamten durchleuchteten, tauchte bisher kein Araber auf.

Die fünf anderen Opfer im Hotel wurden mit einem 12-mm- und einem

9-mm-Revolver umgebracht. Bei seiner Festnahme warf Roussel einem Polizisten seinen leeren 9-mm-Revolver ins Gesicht. Doch die Kugeln in den Leichen stammten aus zwei verschiedenen 9-mm-Revolvern. Mit einem 9-mm-Revolver wurde auch der Gangster Jacques Gouttenoire, von dem feststeht, daß er im Hotel war und sich auf der Flucht beim Sprung aus einem Fenster im zweiten Stock den Knöchel brach, ermordet. Gouttenoire trug sechs Leiche, von sechs Kugeln durchschossen, wurde am Tag nach dem Blutbad in einem Kanal südlich von Avignon schwimmend gefunden.

Vermutlich wurde er von einem weiteren Komplizen umgebracht, da er wegen seiner Verletzung zum "Hindernis" geworden war. Die Polizei verdächtigt den mehrfach vorbeistrafen Christian Paris, Koch in einem Restaurant in dem Badeort La Grande Motte, dieser "dritte Mann" zu sein. Paris habe jedoch ein felsenfestes Alibi: Er hatte die Nacht mit der Ehefrau eines prominenten Mannes aus La Grande Motte verbracht. Mit der Freilassung von Paris endete die "Piste" der Kriminalbeamten.

Roussel selbst leugnet eisern, im Sofitel geschossen zu haben. Auch darüber, was die Gangster im Sofitel suchten, schweigt er. Wollten die Banditen den Panzerschrank und die 24 Schlüsselfächer für die Hotelgäste aufbrechen? Diese Hypothese steht auf schwachen Beinen: Es ist bekannt, daß die Gäste des Sofitel gewöhnlich weder große Summen noch kostbaren Schmuck bei sich haben und im Panzerschrank des Hotels befanden sich nur ein paar Mark.

Bleibt die Hypothese, daß sie den Auftrag hatten, bestimmte Dokumente zu suchen. Denn der Inhaber des Hotels, Jean Panatoni (53), sitzt seit 1. Juli in Marseille unter der Anklage, eine Million Francs (300 000 Mark) unterschlagen zu haben, in Haft. Die Geschäfte von Panatoni, der seine Finger in mehreren Unternehmen hatte, sind offenbar recht undurchsichtig. Doch auch Panatoni schwört Stein und Bein, mit dem Überfall auf sein Hotel nichts zu tun zu haben. Der Fall scheint damit auf dem besten Weg zu sein, ungeklärt in die Ablage zu wandern. (SAD)

تلاوة القرآن